Probleme der Leistungsbilanz in den achtziger Jahren

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE TAGUNG 1980
DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK

Probleme der Leistungsbilanz in den achtziger Jahren

Herausgeber, Eigentümer, Druck und Verlag:
Oesterreichische Nationalbank, Wien

Redaktion:
Dkfm. Dr. A. Kanitz, Dkfm. E. Kapfer

Wien 1980

Volkswirtschaftliche Tagung der Oesterreichischen Nationalbank

vom 10. bis 12. Juni 1980

Inhaltsverzeichnis

Bruno Kreisky

Internationale wirtschaftliche und politische Probleme der achtziger Jahre aus österreichischer Sicht 7

Ludwig Bauer

Die energiewirtschaftliche Seite des Leistungsbilanzproblems 19

Hans Korbl

Die weltweite Versorgung mit landwirtschaftlichen Rohstoffen 25

Walter Heinrich Neubauer

Internationale Entwicklungstendenzen sensitiver metallischer Rohstoffe 39

Otmar Emminger

Die Rückschleusung der Ölmilliarden 47

Wolfgang Michalski, Egon Matzner

Wie sieht ein Ökonom die achtziger Jahre? 55
Podiumsgespräch

Hans Seidel, Anton Kausel, Stephan Koren

Überblick über binnenwirtschaftliche Probleme *87*
Podiumsgespräch

Helmut Haschek

Leistungsbilanzverbesserung durch Exportausweitung *111*

Helmut Mayr

Leistungsbilanzverbesserung durch den Fremdenverkehr *119*

Gunther Tichy

Strukturschwächen und Leistungsbilanz *131*

Sepp Wille

Beitrag der Einkommenspolitik zur Verbesserung der Leistungsbilanz *153*

Heinz Kienzl

Schlußbemerkungen *157*

Die Vortragenden *161*
Beruflicher Werdegang, Funktionen, Publikationen

Internationale wirtschaftliche und politische Probleme der achtziger Jahre aus österreichischer Sicht

Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky

ZUSAMMENFASSUNG: Dkfm. Alexander Dörfel und Mag. Wolfdietrich Grau, Oesterreichische Nationalbank

Die derzeitige außenpolitische Situation muß als äußerst kritisch bezeichnet werden. Weltpolitische Ereignisse, wie sie während der letzten Monate zu beobachten waren (z. B. Afghanistan), hätten in der Vergangenheit unweigerlich zum Ausbruch von Kriegen geführt. Im folgenden sollen die drei Hauptkrisenherde (Afghanistan, Persien, Naher Osten) und jene Maßnahmen dargestellt werden, die meiner Ansicht nach dazu beitragen könnten, jene große Konfrontation zu verhindern, deren Eintritt heute von vielen befürchtet wird.

Krisenherd Afghanistan: Frieden durch innenpolitischen Ausgleich

Das jüngste Problem der Weltpolitik ist Afghanistan. Die Supermächte neigen im allgemeinen dazu, politische Probleme durch Teilung bzw. Abgrenzung ihrer Einflußsphären zu lösen. Die Vereinigten Staaten hatten so lange nichts dagegen einzuwenden, daß Afghanistan in der Einflußsphäre der Sowjetunion liegt, wie sie glaubten, die Kontrolle über den Iran auszuüben.

Die UdSSR akzeptierte diese Machtaufteilung und arrangierte sich mit dem Schah, der der Sowjetunion gewisse militärische und politische Konzessionen machte. Die Annahme der USA, daß sie den Iran über dessen früheres Regime kontrollieren könnten, erwies sich allerdings als Illusion. Offensichtlich gelang es den Vereinigten Staaten nicht, sich über die wahre Stimmung im Land zu informieren.

Ich bin persönlich davon überzeugt, daß sich die Sowjetunion zum Einmarsch in Afghanistan entschlossen hat, um in diesem Land eine ähnliche Entwicklung wie im Iran zu verhindern, nämlich die Machtübernahme durch den islamischen Fundamentalismus, und nicht, um dadurch den ersten Schritt in Richtung des Persischen Golfs zu tun. Das zum Zweck der Legitimation immer wieder ins Spiel gebrachte demokratische Pathos ist beim Ringen der Großmächte um ihre Einflußgebiete fehl am Platz, vergleicht man die gegenwärtigen Regimes in Afghanistan und Pakistan.

Bekommt die Sowjetunion jedoch in absehbarer Zeit Afghanistan mit militärischen Mitteln nicht unter Kontrolle, so besteht die Gefahr, daß sich die Auseinandersetzungen durch die ihnen innewohnende Dynamik letztlich bis an den Persischen Golf und unter Umständen bis an den Indischen Ozean ausweiten. Derzeit leben die diversen Völker dieser Region verstreut über verschiedene Staatsgebiete, die mit dem Ziel nationaler Unabhängigkeit ihre Identität suchen. Zusammen mit dem Interesse der Großmächte an der Verfügungsgewalt über die in dieser Region vorhandenen und für die Versorgung der Weltwirtschaft entscheidenden Energierohstoffe besteht die Gefahr, daß die Weltmächte durch die Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen eine „Balkanisierung" herbeiführen. Afghanistan muß daher als ein sehr ernstes Problem angesehen werden, das in entscheidendem Maße die Weiterführung der Entspannungspolitik in Europa belastet.

Eine Lösung der afghanischen Krise kann nur auf innenpolitischem Weg gefunden werden. Dazu müssen sich maßgebende Gruppen des islamischen Widerstands bereit finden, mit den

gegenwärtigen, von der Sowjetunion abhängigen Machthabern einen innenpolitischen Konsens herbeizuführen. Die auf dieser Grundlage gebildete Regierung könnte dann mit Pakistan über die Regelung der Grenzverhältnisse verhandeln. Die Sowjetunion läßt in ernstzunehmender Form durchblicken, daß sie im Falle einer Regelung dieser Grenzverhältnisse bereit wäre, einem schrittweisen Abzug ihrer Truppen zuzustimmen. Die Erfahrung beweist, daß die UdSSR dann, wenn mehr auf dem Spiel steht, als zu gewinnen ist, bereit ist, ihre Truppen von besetzten Gebieten abzuziehen. Österreich und der Iran seien hier als Beispiele angeführt.

Krisenherd Iran: Geiseln als Pfand des islamischen Fundamentalismus

Ein weiterer Krisenherd von weltpolitischer Bedeutung ist der Iran. Dort ist immer noch eine Revolution im Gang, die aber zum Unterschied zu jenen der modernen Geschichte keine tragende politische Bewegung aufweist. Die sogenannte „Islamische Revolution" ist ein Phänomen mit vielen Machtzentren, wobei es immer wieder zu einem sehr prekären Ausgleich zwischen diesen kommt. Die dabei entstehenden Gegensätze bergen die Gefahr eines Bürgerkrieges in sich, wie die letzten Entwicklungen erkennen lassen. Im Spannungsfeld der Machtzentren haben zwei den größten Einfluß: Auf der einen Seite befindet sich eine Gruppe im Westen ausgebildeter, revolutionär gesinnter, islamischer Intellektueller – wie vor allem Präsident Bani Sadr und Außenminister Gotbsadeh –, auf der anderen Seite das Machtzentrum unter der Kontrolle des Ajatollah Beheshti, einer eindrucksvollen Persönlichkeit, die sehr an die starken Männer der sowjetischen Nachrevolutionsphase erinnert. Als Repräsentant der Religion lehnt dieser zwar den Kommunismus, nicht aber dessen Methoden ab. Wer letztlich die Oberhand behalten wird, kann nicht vorausgesagt werden.

Das amerikanische Geiseldrama ist wiederum nichts anderes als ein Ausdruck dieses Machtkampfes. Der Gruppe um Bani

Sadr und Gotbsadeh ist schon seit langem bewußt, daß die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu den westlichen Industriestaaten die Freilassung der Geiseln zur Voraussetzung hat. Sie sehen ein, daß man Personen, die die diplomatische Immunität genießen, auch wenn diese nicht ausschließlich diplomatische Aktivitäten entfaltet haben, nicht als Geiseln festhalten darf.

Auf der anderen Seite behauptet Ajatollah Beheshti ebenfalls, daß er dies einsehe; seiner Ansicht nach sei jedoch die Zeit dafür noch nicht reif, und der Versuch der USA, das Geiselproblem mit militärischen Mitteln zu lösen, hätte zusätzliche Erschwernisse geschaffen.

Hinter diesen nuancierten Meinungsverschiedenheiten verbirgt sich aber das eigentliche innenpolitische Problem des Iran: Die Männer um Bani Sadr und Gotbsadeh wollen zwar die Eigenständigkeit ihrer Revolution anerkannt wissen, gleichzeitig aber auch eine Öffnung nach dem Westen, wenn auch mit gewisser Distanz. Diese Öffnung soll allerdings nicht in Richtung USA erfolgen, da diese Beziehungen derzeit blockiert sind und der Antiamerikanismus im Iran sowie auch in allen anderen Ländern am Golf sehr stark ausgeprägt ist. Für die wirklichen islamischen Fundamentalisten um Ajatollah Beheshti hingegen würde eine Öffnung gegenüber dem Westen nur eine Verhinderung oder Verlangsamung der von ihnen angestrebten Entwicklung bedeuten. Da nun aber der Schlüssel zu einer Öffnung nach dem Westen – auch zu Sozialdemokraten – nur über die Befreiung der Geiseln möglich ist, verhindern die iranischen Fundamentalisten in dieser Frage eine Verständigung mit der anderen Gruppe. Ajatollah Khomeini, der das wirkliche Machtzentrum des Iran ist, die Führung aber nur gelegentlich ausübt, hält das Gleichgewicht zwischen den beiden Gruppen dadurch aufrecht, daß er einmal den Argumenten der einen und ein anderes Mal jenen der anderen Gruppe folgt, wodurch die Lösung des Geiseldramas immer wieder hinausgeschoben wird.

Diese Situation im Iran ist natürlich für die Vereinigten Staaten unerträglich. Daß Amerika trotzdem keine größeren

militärischen Aktionen zur Befreiung der Geiseln setzte, findet seine Ursache im verlorenen Vietnam-Krieg. Amerika unternahm damals die größten militärischen Anstrengungen und scheiterte. Dadurch, daß sehr mächtige Nationen nur zum äußersten Einsatz fähig sind – nämlich zum Krieg –, vermitteln sie in Auseinandersetzungen wie derjenigen mit dem Iran manchmal den Eindruck der Schwäche.

Es könnte aber trotzdem zu einer Befreiung der Geiseln kommen: Voraussetzung dafür ist natürlich, daß die Gegner einer solchen durch einen Stärkeren überwunden werden. Durch einen „big bargain", also ein Geschäft, oder durch eine militärische Aktion werden die Geiseln kaum befreit werden können.

Deutlich muß aber auch gesagt werden, daß der Spott über die amerikanische Befreiungsaktion unberechtigt ist. Man darf dabei nicht übersehen, daß es sich meiner Meinung nach um eine mit gewissen iranischen Kreisen konzertierte Aktion gehandelt hat, bei der der iranische Teil den Amerikanern im entscheidenden Augenblick mitteilte, daß er nicht mehr in der Lage sei, mitzutun. Das war vermutlich die Ursache für den Abbruch der Aktion.

Die Ereignisse um die besprochenen Krisenherde unterstreichen, daß die Supermächte nicht immer von rationalen Überlegungen geleitet werden und gewisse Führungsschwächen aufweisen. Diese Führungsschwächen führten dazu, daß Persönlichkeiten, wie Bundeskanzler Schmidt, Präsident Giscard d'Estaing und Außenminister Lord Carrington, zu der Überzeugung kamen, gewisse Probleme der Weltpolitik selbst einer Lösung näher bringen zu müssen.

Krisenherd Naher Osten: Gegensätze nicht unüberwindbar

Der dritte Krisenherd, der vielleicht derzeit gar nicht so wichtig erscheint, der sich aber dramatisch entwickelt, ist der Nahe Osten. Innerhalb der PLO gibt es verschiedene Gruppierun-

gen: Einerseits ist dies die kleine Gruppe der Anhänger des Terrors, deren Bedeutung jedoch nur so lange überproportional ist, als eine Befreiungsbewegung gezwungen ist, sich terroristischer Methoden zu bedienen. Andererseits gibt es große Gruppen, in denen sehr gemäßigte, vernünftige und auch wohlhabende Politiker entscheidend mitreden. Wohlhabend deshalb, weil die Palästinenser aufgrund ihres hohen Bildungsgrades und der Diaspora, in der sie leben, führende Posten in Ländern wie Kuwait, Saudi-Arabien, den Golf-Staaten und Ägypten inne haben. Diese Repräsentanten der Intelligenz und der Führungsschicht waren für eine Öffnung der PLO nach dem westlichen Europa und wollten ihre Freunde nicht nur in den arabischen und kommunistischen Staaten finden. Und so begannen sie die Politik der Hinwendung zum Westen. Da ich selbst an dieser Politik mitwirkte, habe ich auch immer vor der Gefahr einer Radikalisierung im palästinensischen Lager gewarnt, wenn diese Politik keine entsprechende Reaktion Westeuropas hervorruft. Ursache dieser Gefahr ist, daß sich die echt radikalen Gruppen und die von der sowjetischen Politik beeinflußten, die diese Politik von vornherein nicht wollten, in ihrer Abneigung gegenüber dem Westen bestätigt sehen und diese dann auch leichter gegenüber den gemäßigten Gruppen vertreten können. Dieser Fall ist nun eingetreten. Der Westen und insbesondere die Europäischen Gemeinschaften diskutieren seit Monaten, ob sie den Palästinensern politisch entgegenkommen sollen. Die Amerikaner haben versucht, solche Bemühungen zu verhindern und begründen dies mit dem Hinweis, daß ein im Laufen befindlicher Befriedungsprozeß nicht gestört werden solle. Dahinter dürften jedoch vom Wahlkampf beeinflußte Überlegungen stehen, die dahin gehen, den vielleicht einzigen überzeugenden außenpolitischen Erfolg der gegenwärtigen Administration nicht zu gefährden.

Das von Israel vorgebrachte Argument, daß durch das Eintreten für einen Palästinenser-Staat der Kommunismus in diese Region verpflanzt würde, ist unglaubwürdig. Die Sowjetunion ist durch ihren Einfluß auf Syrien bereits auf den Golan-Höhen und durch ihre Präsenz im Süd-Jemen im Golf-Gebiet präsent.

Die Anwesenheit der Supermächte in dieser Region und ihr Einfluß können nur durch eine Lösung dieses Problems gemildert werden, die angesichts der Meinungen der am Konflikt direkt Beteiligten gar nicht so schwierig erscheint. Der Führer der Palästinensischen Befreiungsbewegung, Arafat, erklärt immer wieder, daß die PLO auf jedem Stück befreiter palästinensischer Erde den Palästinensischen Staat errichten wolle. Dabei sei das wichtigste, daß das palästinensische Volk weiß, daß es dorthin gehört, was nicht zugleich bedeuten muß, daß alle Palästinenser dorthin auch kommen. Wenn dieser Staat besteht, wollen die Palästinenser selbst entscheiden, ob und wie sie sich mit Jordanien arrangieren. Simon Peres, vermutlich der nächste Regierungschef Israels, erklärt dazu, daß dies aus seiner Sicht nicht in Frage komme. Über seine Zukunftsvorstellungen befragt, erklärt er allerdings, daß das Westufer und der Gazah-Streifen nach kleineren Korrekturen an Jordanien zurückgegeben werden sollen, damit dieses dann einen jordanisch-palästinensischen Staat einrichtet. Offensichtlich sind diese beiden Lösungen sachlich nicht sehr weit voneinander entfernt. Durch Verhandlungen – wobei direkte Verhandlungen sicher eine Illusion sind – könnte aufgrund dieser Ausgangspositionen eine Lösung erzielt werden.

Entspannungspolitik nicht auf alle Zeit teilbar

Für die weitere Zukunft stehen zwei Alternativen zur Auswahl: Entweder die drei Krisenherde werden befriedet, oder es entsteht die Gefahr, daß diese sich zu einem einzigen verschränken, der unweigerlich zur Konfrontation der Großmächte führen muß. Europa, das von den Erfolgen der Entspannungspolitik am meisten profitiert hat, hat das erste Mal eine große außenpolitische Aufgabe in dieser Region. Die Politik der europäischen Staaten muß darauf abzielen, die drei Krisenherde durch Konzentration auf jeweils ein Problem voneinander zu isolieren und Verhandlungsprozesse herbeizuführen. Wenn dies nicht gelingt, werden wir wahrscheinlich keine Möglichkeit zur Fortführung

der Entspannungspolitik haben: Die Ergebnisse von „Salt II" würden nicht unterzeichnet, „Salt III" nicht begonnen, die Wiener Truppen-Abbaugespräche steckenbleiben und die „KSZE" in Madrid den Rückschlag in der Entspannungspolitik auf Europa konzentrieren. Die Entspannungspolitik ist nämlich nicht für alle Zeiten teilbar; noch sind die alten europäischen Krisenherde, wie etwa Berlin, nicht aufgebrochen. Die gegenseitige Abhängigkeit ist aber viel zu stark, als daß Afghanistan oder der Iran bei der Madrider Konferenz ausgeklammert werden könnten.

Es darf nicht übersehen werden, daß diese die Entspannungspolitik gefährdende Entwicklung an Österreich nicht spurlos vorübergehen kann; überdies sollte man sich erinnern, daß der Entspannungsprozeß mit dem österreichischen Staatsvertrag begann und damit auch erst die Voraussetzung für unsere Prosperität gegeben war. Sollte der kalte Krieg wieder aufleben, wird die Neigung, vor allem ausländischer Unternehmen, in einem Land, das an der Grenzlinie zwischen den Machtblöcken liegt, zu investieren, sehr gering sein. Wir haben in einem viel größeren Ausmaß von der Entspannungspolitik profitiert, als dies etwa England, Schweden oder Holland getan haben. Wir, und zu einem Großteil auch die Bundesrepublik Deutschland, sind die großen Gewinner dieser Politik. In geringerem Ausmaß und in einem ganz anderen Sinn haben auch manche Volksdemokratien von diesem Entspannungsprozeß profitiert.

Die Rolle der neutralen Staaten

Österreich war immer von Entwicklungen der Weltpolitik – früher der europäischen Politik – abhängig. Es muß daher unser Interesse sein, die Entspannungspolitik nach Möglichkeit zu fördern. So stellt sich die Frage, ob Österreich hier wirklich einen Beitrag leisten kann. Diese Frage kann deshalb bejaht werden, weil es wenig Außenseiter gibt, die sich dazu bereit finden. Die Schweiz hat bestimmte Vorstellungen von ihrer Außenpolitik. Sie leistet manchmal einen maximalen Einsatz, der jedoch möglichst

unsichtbar und auf gewisse Fragen begrenzt sein soll. Schweden wiederum hat seinerzeit unter der sozialdemokratischen Regierung innerhalb der Vereinten Nationen Beträchtliches geleistet und auch zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen der BRD und der UdSSR beigetragen. Die Finnen, um Paasikivi zu zitieren, „liegen dort, wo sie liegen".

Es gibt Situationen, in denen der vermittelnde Außenseiter den Großmächten auch einen Gefallen tun kann. Es darf nur nicht immer darauf hingewiesen werden, daß die Großmächte um diesbezügliche Aktivitäten ersucht haben. Im Zusammenhang mit der Reise der Vertreter der Sozialistischen Internationale in den Iran gab es sicherlich keine Opposition seitens der Vereinigten Staaten. Im Nahen Osten wurden die Gespräche der Sozialistischen Internationale zwar nicht immer im Einklang mit den interessierten Mächten geführt, aber nie ohne ihr Wissen. Der kleine, ungebundene Staat wird also ab und zu benötigt, um Gespräche herbeizuführen.

Das hat Österreich qualifiziert, als Ort der Begegnung zu fungieren. Der österreichische Staatsvertrag stand am Anfang der Entspannungspolitik und ist daher deren Symbol. Sicher kann man auch diesen Vertrag obsolet machen, wie dies andere Staaten mit ihren Friedensverträgen praktizierten, wenn sie die darin enthaltenen Einschränkungen als unangenehm empfanden. Auf dem österreichischen Staatsvertrag aufbauend kann Österreich aber auch zur Lösung der in der Welt vorhandenen Probleme beitragen und damit auch seine eigene Sicherheit fördern. Ein Beitrag war das Treffen der Außenminister der Großmächte im Rahmen der Feiern zum 25jährigen Bestand dieses Vertrages.

Wirtschaftliche Probleme der achtziger Jahre

Schließlich seien noch einige wirtschaftliche Probleme erörtert: der Ost-West-Handel, die Energiesituation und die Nord-Süd-Beziehungen.

Für den Westen stellt die höhere Verschuldung der Staatswirtschaftsländer des Ostens derzeit nicht das Haupthindernis für den Handel mit dem Osten dar, vielmehr sind es diese Länder selbst, die durch Verringerung der Kreditaufnahme das Handelsvolumen beschränken. Dies gilt insbesondere für die Sowjetunion, die im Falle Österreichs nur ungern bereit ist, unser bestehendes Handelspassivum durch größere Käufe in Österreich auszugleichen. Polen kann hinsichtlich der Auslandsverschuldung als Ausnahme angesehen werden, da dort auch Naturkatastrophen ihre Spuren hinterließen.

In der Energiepolitik müssen alle Alternativen verfolgt werden; derzeit ist Kohle jedoch die einzige. Die uns zur Entwicklung anderer Energiequellen zur Verfügung stehende Zeit ist so gering, daß wir uns gezwungen sehen, mit der Nuklearenergie, trotz der damit verbundenen Probleme, zu leben. Die Nutzung dieser Energiequelle ist nun keine technologische Frage mehr, sondern eine politische. Hinsichtlich der Ölpreisgestaltung sei der Vorschlag wiederholt, den Ölpreis über einen Index an die Preise der wichtigsten von den ölproduzierenden Staaten aus den Industrieländern importierten Güter zu binden.

Über Nord-Süd-Beziehungen zu sprechen, heißt das Versagen der westlichen Industriestaaten bei der Gewährung von Entwicklungshilfe an die Staaten der Dritten Welt einzubekennen. Die Ursache dafür liegt in erster Linie in der Nichtbeachtung der Erfahrungen unserer eigenen Wirtschaftsgeschichte: Die westlichen Industriestaaten haben verabsäumt, in den Entwicklungsländern jene Infrastruktur aufzubauen, die für den Erfolg von Industrieinvestitionen eine unabdingbare Voraussetzung darstellen. Entscheidend sind hier vor allem die Bereiche des Verkehrs, der Wasserversorgung, der Energie und der Telekommunikation. Die Realisierung derartiger Projekte muß jedoch auf multilateraler Ebene erfolgen; bilaterale Entwicklungshilfe ist nur eine zweite Stufe.

Die Antwort auf die Forderungen des Südens werden die westlichen Industriestaaten bald geben müssen, soll verhindert werden, daß die Welt tief gespalten bleibt. Der industrialisierte

Westen ist dem Osten aufgrund seiner ökonomischen Potenz weit überlegen und muß diese Möglichkeit politisch nützen. Deprimierend war in diesem Zusammenhang die Haltung des Westens gegenüber den Forderungen der Dritten Welt anläßlich der 3. UNIDO-Generalversammlung in New Delhi im Frühjahr 1980. Nachdem die Invasion der UdSSR in Afghanistan im Rahmen der UNO von 104 Staaten, also auch von der überwiegenden Mehrheit der Entwicklungsländer, verurteilt worden war, fanden sich die westlichen Industriestaaten nicht bereit, diese Schwäche des Ostens durch Zugeständnisse an die Entwicklungsländer auszunützen und zu verstetigen.

Sollte der Westen eines Tages großangelegte Vorschläge zur Hilfe für die nichterdölproduzierenden Entwicklungsländer vorlegen, so würden sicher die ölproduzierenden Staaten ebenfalls beträchtliche Mittel für diese Zwecke einsetzen.

Die energiewirtschaftliche Seite des Leistungsbilanzproblems

Generaldirektor Ludwig Bauer
Vorsitzender des Vorstandes
der Österreichischen Mineralölverwaltung Aktiengesellschaft

Die Situation der österreichischen Leistungsbilanz hat sich – mit Ausnahme der Jahre 1975 und 1978 – in den siebziger Jahren rasch verschlechtert. Betrug der Saldo der Bilanz der laufenden Transaktionen im Jahre 1972 minus 4'5 Mrd S, so stieg das Defizit 1974 auf 8'8 Mrd S und 1979 gar auf 25'9 Mrd S. Parallel zu dieser Verschlechterung der österreichischen Leistungsbilanz hat der Wert der österreichischen Energieimporte drastisch zugenommen. Betrugen nämlich diese Energieimporte im Jahre 1972 8'7 Mrd S, so stiegen sie 1974 auf 20'2 und bis 1979 auf 33'3 Mrd S. Dieser Vervierfachung des Wertes der österreichischen Energieimporte steht nur eine Steigerung der Importmengen von etwa 30% im gleichen Zeitraum gegenüber.

Bei dieser Entwicklung handelt es sich selbstverständlich nicht um ein speziell österreichisches, sondern um ein weltweites Phänomen. Dahinter steht eine drastische Umstrukturierung der Weltenergieversorgung, die sich auch in den achtziger Jahren fortsetzen wird.

Ölversorgung

Rein technisch wäre wohl eine beträchtliche Steigerung der Ölproduktion der OPEC möglich. Wirtschaftliche und politische Erwägungen der OPEC-Länder dürften jedoch gegen eine derartige Produktionspolitik sprechen. Als Folge der gestiegenen Preise werden die OPEC-Länder ja schon heuer einen Leistungsbilanzüberschuß in der Höhe von 115 Mrd $ haben. Für das nächste Jahr zeichnet sich ein ähnlicher Betrag ab. Es besteht also für die meisten dieser Länder nicht nur kein Anreiz, die Produktion zu erhöhen, sondern es gibt schwerwiegende wirtschaftliche Gründe dafür, die noch vorhandenen Ölvorräte über einen möglichst langen Zeitraum zu erstrecken.

Aufgrund dieser Politik der OPEC muß auf jeden Fall mit weiteren Ölpreiserhöhungen gerechnet werden. Auf lange Sicht werden diese Preiserhöhungen letztlich von den Kosten der Ersatzenergien für OPEC-Öl abhängen, d. h. vor allem von den Kosten des Atomstroms, und die sind bekanntlich hoch.

Gasversorgung

Vom Standpunkt der physisch vorhandenen Reserven bestehen in den achtziger Jahren keine Grenzen der Erdgasverfügbarkeit.

Die gegenwärtige Preissituation ist dadurch gekennzeichnet, daß Erdgas für den Verbraucher in den Importländern etwa gleich teuer oder billiger kommt als das vergleichbare Ölprodukt Heizöl. Die weit höheren Transportkosten für Erdgas lassen von diesem Endverbraucherpreis jedoch einen signifikant geringeren Produzentenerlös als für den Erdölexport übrig.

Daher zeichnet sich zunehmend die Absicht der betreffenden Produzentenländer ab, Erdgas, für das sie einen geringeren Erlös als für Erdöl erzielen können, für ihre eigene Wirtschaft einzusetzen.

An einem höheren Export ihres Bodenschatzes Erdgas zeigen sie sich nur interessiert, wenn die Importländer bereit wären, für Erdgas dem Produzentenland wesentlich mehr als bisher, etwa gleichviel wie für Erdöl, zu bezahlen.

Sollten die von den Exporteuren angestrebten signifikanten Preiserhöhungen durchgesetzt werden können, werden E-Wirtschaft und Industrie aus dem Kreis der Erdgasbezieher aussteigen.

Kohleversorgung

Experten rechnen in den achtziger Jahren mit einem Anstieg der Kohleproduktion zwischen jährlich 2 bis 3%. Selbst die optimistische 3%-Wachstumsrate p. a. wird keine relevante Substitution des Öls, sondern höchstens eine teilweise Abdeckung des Energieverbrauchszuwachses erlauben. Kohle wird die in den fünfziger und sechziger Jahren vorherrschende Überflußsituation auf dem Weltenergiemarkt sicher nicht wieder bringen. Daraus folgt auch, daß der Kohlepreis im Welthandel nur vorübergehend merkbar niedriger als der für Öl und Gas bleiben kann. Die allgemeine Energieknappheit wird den Kohlepreis am Weltmarkt in Kürze an einen äquivalenten Wärmepreis für Heizöl heranführen.

Kohlevergasung, besonders aber -verflüssigung, werden in den achtziger Jahren keine entscheidende Rolle spielen. Dies erstens, weil ihre technische Entwicklung noch nicht so weit vorangeschritten ist, und zweitens, weil die bisher verfolgte konventionelle Veredelung – also ohne Koppelung mit Kernenergie – einen so hohen Kohleeigenverbrauch erfordert, daß schon von der Seite der Kohleverfügbarkeit her enge Grenzen gezogen sind.

Energieimporte und Leistungsbilanz Österreichs

Bei insgesamt rückläufiger Inlandsproduktion und steigender Energienachfrage werden sich die österreichischen Energieimporte in den achtziger Jahren weiter erhöhen.

Diese mengenmäßige Erhöhung wird – aufgrund der weltweit angespannten Energieversorgung – mit steigenden Energiepreisen zusammentreffen und die österreichische Leistungsbilanz weiter belasten.

Aus dem absoluten Rückgang der Erdölproduktimporte, verbunden mit einer gegenüber Rohöl überproportionalen Steigerung ihrer Preise seit 1972, läßt sich für die Ölversorgung der achtziger Jahre die Schlußfolgerung ableiten, daß die Inlandsverarbeitung sowohl aus Gründen der Sicherheit der Versorgung in einem knapper werdenden Markt als auch aus Gründen der Billigkeit und damit Entlastung der Leistungsbilanz zu fordern ist.

Zur Sicherung der daraus resultierenden hohen Rohölversorgung ist ein Nahverhältnis Österreichs zu den Produzentenländern zu forcieren. Direktbezüge Österreichs von Erdöllieferländern sind ein Instrument zur Herstellung solch enger Kontakte, die vermehrt mit österreichischen Warenexporten in diese Länder sowie mit Technologietransfer und Dienstleistungen gekoppelt werden sollten.

Die Erdgasimporte Österreichs stiegen zwischen 1972 und 1979 um 90%; der Preis für Importerdgas je m^3 vervierfachte sich im gleichen Zeitraum. Noch immer steht er aber – nach Ansicht der Erdgasexporteure – in keiner angemessenen Relation zum Rohölpreis. Verteuerungen von Erdgas im Verhältnis zum Rohöl sind für die achtziger Jahre wahrscheinlich.

Diese Preiserhöhungen werden zwar die Verwendung von Erdgas in der Verstromung und teilweise der Industrie vermindern. Zur Sicherung des weiter steigenden Energiebedarfes im Kleinverbrauchssektor werden aber die Bemühungen um erhöhte Erdgasimporte intensiv fortzusetzen sein.

Da der Kohlepreis von einem absolut unwirtschaftlichen Niveau ausging, ist es auch nicht zu verwundern, daß er sich gegenüber 1972 bis 1979 nur verdoppelte und nicht so wie das Rohöl vervierfachte. Daß er andererseits aber sehr wohl in 8 Jahren um über 100% stieg – ohne OPEC, ohne Kohlenkrise –, ist ein Indiz dafür, daß sich der Kohlepreis in Zukunft äquivalent mit dem Heizölpreis entwickeln wird. Äquivalent heißt, unter Be-

rücksichtigung des niedrigeren Heizwertes sowie der mit ihrer Verfeuerung verbundenen höheren Investitions- und Manipulationskosten.

Für Österreich, ein Binnenland, das über keine billigen Kohleantransportmöglichkeiten verfügt, bedeutet dies, daß die Substitution von Heizöl durch Kohle nur den Vorteil einer größeren Diversifikation der Energiebezüge bieten kann, jedoch keine Wirtschaftlichkeits- oder Umweltvorteile. Eine Entlastung der Leistungsbilanz in den achtziger Jahren wird nur durch Kernenergie und Energiesparen, d. h. vor allem durch Isolation von Gebäuden und durch Forcierung der Fernwärme, möglich sein.

Die weltweite Versorgung mit landwirtschaftlichen Rohstoffen

Dr. Hans Korbl

Generalsekretärstellvertreter der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

Es gibt keine nach Waren gegliederte Prognose für landwirtschaftliche Rohstoffe bis zum Jahr 2000. Die FAO-Produktionen (FAO = Food and Agriculture Organisation of the United Nations) für einzelne landwirtschaftliche Rohstoffe reichen derzeit nur bis 1985.

Die FAO arbeitet derzeit an einer Studie mit dem Titel „Agriculture – towards 2000", die erst in einer Rohfassung, deren Inhalt durchaus umstritten ist, vorliegt. Diese Studie stellt aber derzeit die einzige Prognose am Agrarsektor mit einem derart weiten Zeithorizont dar. Fast alle nachstehenden Ausführungen entstammen dieser noch nicht publizierten Studie.

Wachstum der Weltbevölkerung und Zug in die Städte

1960: 3 Milliarden Menschen
1980: 4'37 Milliarden Menschen
1990: 5'28 Milliarden Menschen
2000: 6'25 Milliarden Menschen

Bevölkerungswachstum 1960–1980 weltweit 1'9%
1980–2000 weltweit 1'7%

Dieses Bevölkerungswachstum wird sich vor allem auf die Entwicklungsländer konzentrieren und dort wieder auf die Städte. Das Bevölkerungswachstum der Industrieländer (1970–1975) 0·9% pro Jahr, wird auf 0·6% bis zum Jahr 2000 sinken.

70% der Weltbevölkerung leben heute in den Entwicklungsländern, im Jahre 2000 wird ihr Anteil auf 78% wachsen. 1975 lebten in den Entwicklungsländern 27% in den Städten, im Jahr 2000 werden es 40% sein. Das heißt, die Hälfte des Bevölkerungswachstums der Entwicklungsländer wird auf die städtischen Zentren entfallen.

Daraus werden enorme Anforderungen an die Steigerung der Marktproduktion, der Infrastruktur und an den Verteilungsapparat gestellt werden. Städtische Zentren waren noch immer Zentren für soziale Umwälzungen und daher kommt ihrer Versorgung für die Aufrechterhaltung einer ruhigen sozialen Entwicklung besondere Bedeutung zu.

Möglichkeiten der Produktionssteigerung in den Zuschußländern

In den letzten 20 Jahren konnten die Entwicklungsländer ihre landwirtschaftliche Produktion im Schnitt um 2·4% jährlich steigern. In den Industriestaaten sank der Zuwachs der landwirtschaftlichen Produktion von 2·8% in den fünfziger Jahren auf 2·4% in den sechziger Jahren und auf 2·3% in den siebziger Jahren.

Die FAO-Studie hegt keinen Zweifel, daß die Landwirtschaft in den Industriestaaten weiterhin in der Größenordnung des Wachstums der siebziger Jahre zunehmen könnte. Bezüglich der Entwicklungsländer werden von der FAO Zielsetzungen genannt, die nur unter bestimmten Voraussetzungen erreichbar erscheinen.

So geht die FAO u. a. davon aus, daß es in den Entwicklungsländern möglich sein sollte, so wie in den letzten 20 Jahren, die

Ackerfläche jährlich um 1% auszuweiten. Limitierender Faktor ist dabei jedoch vor allem das Wasser. Teilweise sind gigantische Investitionen zur Sicherstellung der Wasserversorgung erforderlich. Heute steht in den Entwicklungsländern pro Kopf der Bevölkerung eine Ackerfläche von 0'9 ha zur Verfügung. Diese wird bis 2000 auf 0'5 ha pro Kopf sinken. Erlauben Sie mir hier einige Worte über die Produktionsfaktoren: Boden – Arbeit – Kapital; sie reichen nicht mehr aus, um die starken Seiten oder die Schwächen der Landwirtschaftssysteme zu charakterisieren. Es gibt bedeutend mehr Faktoren, welche, wenn sie im Minimum sind, besonders negative Auswirkungen auf die Produktion haben. Aber bleiben wir zuerst beim Produktionsfaktor *Boden*. Hier gilt es vorerst verschiedene falsche Vorstellungen zu beseitigen. Falsche Vorstellungen, die zu dem falschen Schluß führen, daß die Böden in den Entwicklungsländern eine, auf Grund ihrer Jungfräulichkeit, hohe Fruchtbarkeit aufweisen. Leider ist eine gute Fruchtbarkeit aber nur bei den selten vorkommenden jungvulkanischen Böden zu finden. Die starke Intensität der Sonnenbestrahlung führt in den Böden jüngst gerodeter jahrtausendealter tropischer Urwälder innerhalb von ein bis zwei Jahren zur restlosen Oxidation der organischen Substanzen, d. h. zum völligen Abbau des Humusgehaltes. Hohe Regenfälle – es gibt Gegenden in Afrika und Asien mit 10 m jährlicher Niederschlagsmenge – führen zu rapider Auswaschung der Nährstoffe. Saure Böden überwiegen. Die Vernichtung der organischen Substanzen im Boden führt zur Zerstörung der Bodenstruktur, zur Erosion, zur Versteppung und schließlich zur Wüste.

Obwohl weite Gebiete der Welt höhere Niederschläge im Schnitt aufzuweisen haben als Österreich, ist der Faktor *Wasser* im Minimum. Die größere Hitze führt zu größeren Verdunstungsverlusten; außerdem ist die jährliche Niederschlagsmenge oft auf eine einzige 4 bis 5 Wochen dauernde Regenzeit beschränkt. Bewässerungsanlagen sind nicht nur teuer und auf das Vorhandensein von Grundwasser oder Flüssen angewiesen, auf den durch ungenügende Drainage bewässerten Feldern kommt es durch die hohe Wasserverdunstung zu Salzausblühungen an der Boden-

oberfläche. Der kapillare Wasseranstieg bringt das Salz der unteren Bodenschichten an die Oberfläche, das Land wird unfruchtbar.

Der Produktionsfaktor *Kapital* – sicher einer der wichtigsten Faktoren – ist aber in seiner Nützlichkeit oder Verwertbarkeit von verschiedenen anderen Faktoren abhängig. Ganz grob gesprochen: Was nützt alles Geld, wenn der Landwirt nicht weiß, welchen und wieviel Handelsdünger er anwenden soll, welche Maßnahmen er zur Schädlingsbekämpfung ergreifen soll. Es gibt leider viele andere Faktoren, die einen Einfluß auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion haben.

Es sind Faktoren, die leicht zu identifizieren sind und deren Einsatz bestimmend für die Entwicklung der Agrarproduktion in den nächsten Jahren bzw. Jahrzehnten sein wird. Das Ausmaß ihres Einsatzes ist aber schwer abzuschätzen und dies macht es nicht leicht, genaue Prognosen über zukünftige Entwicklungen auf dem Agrarsektor zu geben.

Hier wären die Probleme der Betriebsstruktur zu erwähnen. Nur ein Beispiel: Wir alle wissen, daß die UdSSR gewaltige Probleme im Agrarsektor hat, daß jedoch die relativ kleinen, privat genutzten Flächen in hohem Grad zur Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse, Obst, Fleisch und Eiern beitragen. Sollte eine Liberalisierung eintreten, die eine Vergrößerung des Privatlandes zuließe, könnte sich die Abhängigkeit der Sowjetunion und der anderen COMECON-Länder von Lebensmittelimporten mit einem Schlag ändern – ja ins Gegenteil verkehren. Ein anderes Beispiel ist Südamerika. Weite Gebiete, besonders in fruchtbaren Talniederungen, werden derzeit nur extensivst als Weidebetriebe geführt; Betriebe mit 5.000–10.000 ha sind eher die Regel als die Ausnahme. In verschiedenen Staaten wird von Bodenreform gesprochen, in wenigen wurde sie bis jetzt in die Tat umgesetzt. Bei Verteilung des extensiv genutzten Weidelandes an Ackerbauern würden die Auswirkungen weltweit bemerkbar sein. Die Getreide- oder Sojaexporte aus Südamerika könnten steigen, die Fleischexporte jedoch zurückgehen. Wichtig, doch schwer vorhersehbar ist der Beitrag, den die landwirtschaftliche Forschung

in den nächsten Jahren zur Produktionssteigerung leisten wird. Welche Bedeutung die Forschung für die Produktion hat, ist z. B. beim mexikanischen „Wunder-Kurzstrohweizen" erkennbar. Die durchschnittlichen Weizenerträge Mexikos stiegen von 1.700 kg/ha im Jahr (1965) auf 3.367 kg/ha (1977).

Die von der FAO angepeilte Produktionssteigerung geht von einer Erhöhung der Ackerfläche in den Entwicklungsländern um 28% bei einer gleichzeitigen Verbesserung der Erträge um 78% aus. 62% der Bevölkerung der Entwicklungsländer werden im Jahr 2000 aber in Ländern wohnen, in denen es keine weitere nennenswerte Ausdehnungsmöglichkeit der Ackerflächen mehr geben wird.

Voraussetzungen für Produktionssteigerungen

1. Das Bevölkerungswachstum darf weltweit die vorher genannten 1·7% keineswegs übersteigen.
2. Das Brutto-Nationalprodukt muß weltweit um 4·9 bis 5·3% real wachsen, was eine Pro-Kopf-Quote von 3·0 bis 3·4% ergibt.
3. Die bisherige Wachstumsrate der landwirtschaftlichen Produktion der Entwicklungsländer muß ganz wesentlich angehoben werden. Die Versorgung der Entwicklungsländer mit Düngemitteln und Saatgut muß vervierfacht werden (in Reinnährstoffen ausgedrückt, müssen die Düngergaben pro Hektar von 26 kg im Jahr 1980 auf 100 kg im Jahr 2000 angehoben werden; der durchschnittliche Düngerverbrauch der Industrieländer betrug schon Mitte der siebziger Jahre 166 kg/ha).
4. Die jährlichen Bruttoinvestitionen in die Landwirtschaft inklusive ihrer Vorprodukte müssen in den Entwicklungsländern von 52 Mrd $ im Jahr 1980 auf 107 Mrd $ im Jahr 2000 wachsen. Dies entspricht einer jährlichen Wachstumsrate von 3·6%. Ein großer Teil dieses Investitionsbedarfes wird importiert werden müssen. Die Industrieländer müssen den Ent-

wicklungsländern entsprechende Mittel zur Finanzierung dieses gigantischen Devisenaufwands zur Verfügung stellen.

5. Weltweit bessere Dotierung der landwirtschaftlichen Forschung.

Bekämpfung des Hungers in der Welt; Notwendigkeit der Nahrungsmittelhilfe

Die Berechnungen der FAO sind darauf abgestellt, daß es auch im Jahr 2000 für die Bevölkerung der Entwicklungsländer nicht möglich sein wird, den derzeitigen Pro-Kopf-Kalorienverbrauch von etwas weniger als 2.000 Kalorien pro Tag wesentlich anzuheben. Trotzdem wird es je nach errechneter Variante in den nächsten 20 Jahren kein Jahr geben, in dem die Zahl derer, die permanent hungern, unter 240 bzw. 390 Millionen Menschen sinken wird.

Das Beispiel Afrika: Die Getreideproduktion Afrikas stieg von 48 Mio t (1961/65) auf 65 Mio t (1975/79). Dies entspricht einer Steigerung um 17 Mio t oder um 35%. Die Bevölkerung stieg jedoch im gleichen Zeitraum um 120 Millionen Menschen oder 45%. Das Bevölkerungswachstum erreichte in den siebziger Jahren 2·8% pro Jahr und wird in diesem Jahrzehnt auf 3% steigen.

Die Nahrungsmittelhilfe zugunsten der Entwicklungsländer, die in den siebziger Jahren bei Getreide gesunken, bei Butter und Magermilchpulver gestiegen ist, wird in den kommenden 20 Jahren wesentlich angehoben werden müssen, und zwar bei Milchprodukten von 235.000 t Magermilchpulver – je nach tatsächlicher Entwicklung der Landwirtschaft der Entwicklungsländer – auf ca. 250.000 bis 350.000 t. Bei Getreide wird die Nahrungsmittelhilfe, sofern die Landwirtschaft der Entwicklungsländer sich in den kommenden 10 Jahren so weiter entwickelt wie in den vergangenen 20 Jahren, auf 32 Mio t und – sofern die ehrgeizigen Ziele der FAO erreicht werden sollten – immerhin noch auf 20 Mio t steigen müssen. Diese Ziffern beziehen sich jedoch nur auf

eine Zeitrelation bis zum Jahr 1990. Darüber hinaus wollte oder konnte die FAO keine Prognosen über den Nahrungsmittelhilfebedarf bisher machen. Dem steht bei Getreide eine Nahrungsmittelhilfe am Ende der siebziger Jahre von nicht ganz 10 Mio t gegenüber.

Preispolitik und Einkommensverteilung

Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich äußerst große Unterschiede von Land zu Land, aber auch von Einkommensschicht zu Einkommensschicht. Es wird notwendig sein, in den Entwicklungsländern Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich gerade die untersten Einkommensschichten Lebensmittel überhaupt im Mindestausmaß leisten können. Dies setzt tiefgreifende Veränderungen in den Einkommensstrukturen der Länder der Dritten Welt, aber auch eine wesentlich stärkere Industrialisierung und Stärkung der Exportfähigkeit der Entwicklungsländer voraus.

Sollen die hochgesteckten Ziele der FAO erreicht werden, müssen Maßnahmen zur Beseitigung der Instabilität der Agrarmärkte geschaffen und finanziert und den Erzeugern solche Preise geboten werden, daß diese einen Anreiz zur Produktionssteigerung erhalten. Mit der heutigen Preispolitik, einer möglichst niedrigen Gestaltung der agrarischen Produzentenpreise, werden die Entwicklungsländer Gefahr laufen, die bisherigen Steigerungen ihrer landwirtschaftlichen Produktion in Zukunft nicht zu erreichen. Schon gar nicht werden sie jedoch die wesentlich höher gesteckten Zielsetzungen realisieren, die die FAO für die Entwicklungsländer als unbedingt notwendig annimmt.

Selbstversorgungsgrade der Entwicklungsländer; Auswirkungen auf den Handel

Während bei den tropischen Produkten, wie z. B. Kaffee, Tee, Kakao, Bananen, Zitrusfrüchte usw., für die Exporte der Entwicklungsländer noch erhebliche Ausweitungsmöglichkeiten be-

stehen, werden diese Länder bei Rindfleisch, Getreide und Milchprodukten in Zukunft noch stärker von Lieferungen der Industriestaaten abhängig werden.

Der Selbstversorgungsgrad der Entwicklungsländer wird, in Kalorien ausgedrückt, in den kommenden 20 Jahren von derzeit 92% auf 80% fallen. Bei Fleisch lauten die entsprechenden Zahlen 102% bzw. 76% und bei Milch 91% bzw. 71%. Dies entspricht einem Getreidedefizit der importierenden Entwicklungsländer von 180 Mio t und einem Nettofleischdefizit von 14 Mio t.

Während es bei Getreide von der Produktion her möglich erscheint, diesen Importbedarf weltweit zu decken, ist es mehr als zweifelhaft, ob auch die Voraussetzungen für eine derartig rasche Steigerung des Getreidewelthandels gegeben sein werden. Bei Fleisch erscheint es unwahrscheinlich, daß das Versorgungsdefizit überhaupt deckbar sein könnte.

Die Rolle der Landwirtschaften der Industrieländer bis zum Jahre 2000

Die FAO äußert ihre Sorge, daß es bei einer Reihe von Produkten zu Marktzusammenbrüchen kommen könnte, wenn die Produktivitätssteigerungen der Landwirtschaften der Industrieländer auf dem bisherigen Niveau bleiben und die Entwicklungsländer ihrerseits die ehrgeizigen Ziele der FAO erreichen. Andererseits vertritt die FAO jedoch die Meinung, daß zur Sicherung der Nahrungsmittelhilfe, zum Ausgleich von Ernteschwankungen und zur Sicherstellung der weltweiten Versorgung mit Agrargütern der Landwirtschaft der Industriestaaten in den nächsten 20 Jahren entscheidende Bedeutung zukommt.

Probleme für die Landwirtschaften der Industrieländer werden zweifellos daraus resultieren, daß, abgesehen von ihrem höheren Ertragsniveau, auch in Zukunft zu erwarten ist, daß die Produktivitätssteigerung im bisherigen Rahmen weitergeht. Gleichzeitig wird jedoch die Nachfrage nach Nahrungsmitteln in den Industriestaaten nur noch um 0·9% pro Jahr zunehmen, und

zwar aufgrund eines Bevölkerungswachstums, das auf 0·7% pro Jahr bei einem Einkommenszuwachs von real 1% geschätzt wird.

Es muß jedoch bezweifelt werden, ob die Volkswirtschaften der Industriestaaten, sollen sie selbst weiterwachsen, in der Lage sein werden, eine Nahrungsmittelhilfe in gesteigertem Ausmaß zu gewähren und insgesamt wirtschaftspolitische Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die von der FAO prognostizierten zusätzlich notwendigen Kapitalhilfen an die Entwicklungsländer tatsächlich geleistet werden.

Enttäuschte Erwartungen der Vergangenheit

Es gibt derzeit keine in Entwicklung befindliche Technologie, von der in den nächsten Jahren erwartet werden kann, daß sie zu einer wesentlichen Verbesserung der Produktionsvoraussetzungen in der Landwirtschaft beiträgt.

Obwohl es heute großtechnisch möglich ist, Einzellerprotein auf der Basis von Methan, Paraffin und anderen Erdölderivaten zu produzieren, wurden diese Produktionen vor ihrer Verwirklichung durch die weltweit gestiegenen Erdölkosten unrentabel. Letztere spielen jedoch auch eine entscheidende Rolle bei der Produktion von Düngemitteln, insbesondere bei Stickstoffdüngemitteln. Es ist vollkommen ungelöst, inwieweit bei weiter steigenden Düngemittelpreisen mit einem erhöhten Düngemitteleinsatz überhaupt gerechnet werden kann.

Vollkommen neu wird die Produktionskraft der Meere beurteilt. Die Nachfrage nach Fisch wird zwar in den nächsten Jahren weltweit um ca. 30 Mio t steigen, dies würde aber nur noch eine Verarbeitung von ca. 5 bis 6 Mio t Fisch zu Fischmehl erlauben. Heute werden jedoch 23 Mio t Fisch zu Fischmehl verarbeitet. Es wird hier weltweit zu einer Entscheidung kommen müssen, wozu die Fischbestände der Weltmeere verwendet werden sollen. Auf jeden Fall wurden die Erwartungen, daß die Weltmeere wesentlich zur Entlastung der angespannten Situation in der Ernährung beitragen können, nach unten revidiert.

Der Welthandel bei Getreide und Futtermitteln; die Marktmacht der USA

Wie die nachstehenden Tabellen zeigen, ist sowohl bei Weizen als auch bei Futtergetreide die Zahl der exportierenden Länder auf ein halbes Dutzend beschränkt, wobei allein auf die USA über 46% des Welthandels bei Weizen und über 72% des Welthandels mit Futtergetreide entfallen.

Welthandel bei Weizen 1979/80

	Mio t	%
insgesamt	81·0	100·0
davon:		
USA	37·4	46·2
Kanada	14·0	17·3
Australien	13·7	16·9
EG	9·2	11·4
Argentinien	3·5	4·3
sonstige	3·2	4·0

Welthandel bei Futtergetreide 1979/80

	Mio t	%
insgesamt	98·5[1])	100·0
Diese Menge wird in folgenden Staaten aufgebracht werden:		
USA	71·0	72·1
Kanada	5·0	5·1
Argentinien	9·0	9·1
Australien	3·2	3·2
Südafrika	2·5	2·5
sonstige	7·8	7·9

[1]) +13% gegenüber 1978/79.

Bei Sojabohnen besitzen die USA praktisch ein Monopol. Die Sojabohnenexporte der USA im Jahr 1979/80 werden zwischen 21·8 Mio t und 23·8 Mio t liegen. Neben den USA exportiert nur Brasilien relativ geringe Mengen.

Daß die USA bereit und in der Lage sind, ihre Marktmacht zu politischen Zwecken einzusetzen, haben sie bereits im Jahr 1973 bewiesen, als durch die vorübergehende Sperre der Sojaexporte die „Eiweißkrise" weltweit zu ernsten Versorgungsschwierigkeiten geführt hat.

Biomasse bereits eine respektable Energiequelle

Anfang Mai fand eine internationale Konferenz über Bioenergie in Atlanta statt, an der etwa 2.000 Delegierte aus 40 Ländern teilnahmen.

Dort wurden in zahlreichen Referaten und Diskussionen Möglichkeiten und bisherige Erfahrungen auf dem Gebiet der Gewinnung flüssiger, gasförmiger und fester Brennstoffe aus pflanzlicher Materie und organischen Abfällen erörtert. Klarheit bestand darüber, daß technisch ausgereifte Verfahren für die Umwandlung beispielsweise von Zuckerrohr und Zuckerrüben, Getreide und Pflanzenzellulose in Alkoholtreibstoff bereits verfügbar sind. Auch können brennbare organische Abfälle in Gas umgewandelt, getrocknet oder unter Druck zu anderen gasförmigen Brennstoffen und zu festem brikettiertem Brennmaterial verarbeitet werden. Vertreter zahreicher Länder konnten in Atlanta interessante Programme vorstellen, so aus Brasilien, China, Frankreich, Kanada, Schweden, Finnland, von den Philippinen, aus Indonesien, Ghana, Neuguinea und den USA.

In Brasilien, das in Diskussionen über alternative Energien häufig zu allererst genannt wird und wo bereits eine Benzin-Alkohol-Mischung als Kraftstoff Verwendung findet, beginnen derzeit Fahrzeuge vom Fließband zu rollen, die mit reinem Alkohol betrieben werden. Bis 1985 hoffen die Südamerikaner, 10 Mrd Liter Äthanolkraftstoff aus Zuckerrohr produzieren zu können. Derzeit sind es etwa 4 Mrd Liter jährlich.

Der im brasilianischen Industrie- und Handelsministerium für Biomasse-Projekte zuständige Experte Lourival do Monaco berichtete, daß durch die neue Industrie bereits 150.000 zusätz-

liche Arbeitsplätze geschaffen worden seien. Laut Angaben des Wissenschafters Dr. Wu Wen gibt es in der Volksrepublik *China*, dem „größten Biogas-Produzenten der Welt", gegenwärtig 7 Mio Faulanlagen zur Gewinnung von Methan. In Behältern von etwa 10 cbm Rauminhalt wandeln Bakterien, Dung, organische Abfälle und teilweise Haushaltsmüll in Gas für Kochzwecke, Beleuchtung und Stromerzeugung um. Jährlich, so Dr. Wu Wen, würden über 500 Mio cbm Methan auf diese Weise gewonnen. In Peking hoffe man, den Bestand an solchen Zersetzungsanlagen pro Jahr um 1 Mio Einheiten vergrößern zu können. Pro Stück seien die Anschaffungskosten der Behälter auf rund 100 DM zu veranschlagen, womit sich der Energiebedarf einer 4köpfigen Familie decken lasse.

Vertreter *Schwedens* berichteten von Untersuchungen, wonach das Land seinen gesamten Energiebedarf aus Biomasse dekken könnte. Gegenwärtig bezieht der skandinavische Staat 8% seiner Energie aus organischen Stoffen, und zwar insbesondere aus der zellstoffverarbeitenden Industrie, wo Abfallprodukte zur Erzeugung von Prozeßwärme für die Papierherstellung und Stromgewinnung verwendet werden.

Frankreich deckt 1·7% seines Energiebedarfes aus biologischen Quellen. Dieser Prozentsatz soll bis zum Jahr 1985 verdoppelt werden. Im laufenden Kalenderjahr beabsichtigt die Pariser Regierung bis umgerechnet 20 Mio DM für Forschungs- und Entwicklungsausrüstungen aufzuwenden, mit denen die verschiedenen Verfahren zur Nutzbarmachung von Bioenergie demonstriert werden sollen.

Kanada beabsichtigt eine Fortentwicklung der Energieerzeugung aus organischer Materie. Bis zum Jahr 2020 will man damit rund 20% des gesamten Bedarfs decken können, während es zur Zeit 5% sind.

Einen Betrag von mehr als 100 Mio DM will das *Washingtoner Energieministerium* 1980 in die Forschung und Entwicklung der Biomasseverwertung stecken. Als Jahresproduktions-Soll für Äthylalkohol hat Präsident Carter für Ende 1981 eine Menge von 1·9 Mrd Liter angesetzt.

Zahlreiche Wissenschaftler warnten auf dem internationalen Kongreß aber auch davor, mit der industriellen Nutzbarmachung von Biomasse zur Energieerzeugung die Produktion von Nahrungsgetreide in den Hintergrund treten zu lassen. Die Erzeugung von „Organkraft" dürfe nicht auf Kosten der Nahrungsversorgung einer von Hunger geplagten Welt geschehen.

Rohstoff Holz

Die Weltwaldfläche nimmt jährlich um 20 bis 30 Mio ha ab. Sie beträgt derzeit rund 4·2 Mrd ha. Die Ursache dieser Abnahme ist vor allem darin zu suchen, daß besonders in den Entwicklungsländern durch Brandrodung zusätzliche landwirtschaftliche Nutzflächen geschaffen werden. Die rapid steigende Weltbevölkerung und die Notwendigkeit, die Nahrungsmittelproduktion auszudehnen, wird den Druck auf die Weltwaldfläche weiter steigern. Schon heute gibt es Entwicklungsländer, die wegen ihrer großflächigen extensiven Landwirtschaftspolitik nicht einmal ausreichend Brennholz, geschweige denn Nutzholz zur Verfügung haben.

Laut einer ECE-Prognose wird auch in Europa der Holzverbrauch in den nächsten 20 Jahren bis über 80% steigen. Dementsprechend werden die Netto-Holzimporte Europas von 44 Mio cbm auf 115 Mio cbm ansteigen.

Verpflichtung der Industrieländer

Aus der geschilderten und zu erwartenden Situation erwächst den Industrieländern eine große Verpflichtung. Sie werden durch entsprechende koordinierte Maßnahmen weit mehr als bisher zur Bekämpfung des Hungers beizutragen haben. Man wird versuchen müssen, anstatt der jetzigen gegenseitigen Preisunterbietungen bei Agrarprodukten, die in Form von direkten oder indirekten Exportsubventionen erfolgen – die EG hat für

das Jahr 1980 für ihre Exporterstattungen allein einen Betrag von rund 30 Mrd DM vorgesehen! –, durch den Abschluß von weltweiten Rohstoffübereinkommen (Zucker-, Weizenübereinkommen) eine gewisse Ordnung auf den Weltmärkten herbeizuführen. Die dort eingesparten Beträge könnten zu einer wesentlich verstärkten Nahrungsmittelhilfe verwendet werden, wobei die Verkaufserlöse im betreffenden Entwicklungsland zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten verwendet werden müßten (Counterpart-Programme). Wenn dies nicht geschieht und der Westen sich seiner Verpflichtungen nicht bewußt wird, werden die Entwicklungsländer diese Hilfen erbetteln, erpressen und – vielleicht – erkämpfen, wobei der Osten die Waffen dazu liefern könnte.

Schlußfolgerungen für Österreich

Die weltpolitische Lage, die weiter zu erwartende Ölpreissteigerung und der enorm steigende Bedarf der Dritten Welt an Nahrungsmitteln und besonders an Energie wird auch in Österreich zu einer starken Aufwertung der Land- und Forstwirtschaft führen. Eine durchaus mögliche Koppelung von Getreide-, Zukker- und Ölpreisen wird den planvollen Einsatz der zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Nutzflächen sowohl in Richtung auf eine gezielte Exportproduktion der eßbaren Pflanzenteile als auch in Richtung einer energetischen Nutzung im Bereich der Zellulosehydrolyse erforderlich machen.

Die Aufstellung einer entsprechenden Flächenbilanz, die Erarbeitung mittelfristiger Zielvorstellungen, die Förderung der in Betracht kommenden Technologien und der notwendigen Anbauversuche mit neuen Arten von Energiepflanzen, die Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen zur Beimischung von Biosprit sind daher Aufgaben, denen sich eine verantwortungsbewußte Regierung nicht entziehen kann.

Internationale Entwicklungstendenzen sensitiver metallischer Rohstoffe

Dr. Walter Heinrich Neubauer
Geschäftsführer der AUSTROMINERAL Ges. m. b. H.

Die Entwicklung der Leistungsbilanz Österreichs in den achtziger Jahren wird entscheidend von der erfolgreichen Bewältigung der Probleme der Energieversorgung und der Rohstoffsicherung beeinflußt. Ein mittelfristiger Ausblick auf die zukünftige Situation der Rohstoffmärkte bedarf daher der Orientierung an den wirtschaftspolitischen Ereignissen der vergangenen 10 Jahre.

Der Verlauf der wirtschaftlichen Konjunktur der siebziger Jahre stand unter dem dominierenden Einfluß der überproportional, fast explosionsartig gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise, ausgelöst durch die seit 1973 in mehreren Schockwellen über uns hereingebrochene sogenannte Erdölversorgungskrise.

Innerhalb von 7 Jahren sind die Rohölpreise bekanntlich um rund 1.000% gestiegen. Die Auswirkungen auf Konjunktur, Handels- und Leistungsbilanz waren signifikant und alarmierend.

Die schon fast selbstverständliche jährliche Zuwachsrate des Brutto-Nationalprodukts in den ersten Nachkriegsjahrzehnten in der Größenordnung von zweistelligen Zahlen wurde kurzfristig eingebremst, und das Gespenst des sogenannten „Nullwachs-

tums" ist heute Tagesgespräch von Politikern und Wirtschaftsfachleuten.

Das Wirtschaftswachstum der westlichen Welt erlebte in den siebziger Jahren eine im wesentlichen rohstoffbedingte historische Zäsur, die möglicherweise mit den einschneidenden Auswirkungen – aber diesmal im umgekehrten Sinn – der Industrialisierung in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts vergleichbar ist. Von Rahmenwirkungen abgesehen sind die revolutionären wirtschaftspolitischen Veränderungen auf die immer stärker zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammenwachsende Welt für Österreich allerdings scheinbar bemerkenswert belanglos geblieben. Die Europareife ist erreicht worden. Das nominelle Brutto-Inlandsprodukt pro Kopf stieg von 1.900 US-$ im Jahre 1970 auf rund 9.000 US-$ im Jahre 1979.

Aber auch das Wachstum des realen Brutto-Inlandsprodukts war innerhalb der OECD überdurchschnittlich und die Arbeitslosenrate sogar exemplarisch gering. Ein österreichisches Wunder also, das uns unbesorgt auch in die weitere Zukunft blicken läßt? Ich glaube nicht!

Die Handels- und Zahlungsbilanzen wurden in den letzten Jahren durch steigende Energie- und Rohstoffpreise ernsthaften Belastungen ausgesetzt. Lagen die Importe von Mineralrohstoffen (ohne Strom) 1956 noch bei 6 Mrd S, so stiegen die Einfuhren 1979 auf über 60 Mrd S, das entspricht etwa den Gesamt-Deviseneinkünften des österreichischen Fremdenverkehrs. Energie- und Rohstoffbilanz sind darüber hinaus stark defizitär; die Schere zwischen Inlandsaufbringung und Import öffnet sich immer beängstigender. 1980 dürfte die Gesamtenergieeinfuhrrechnung den gigantischen Wert von nahezu 50 Mrd S erreichen. Sie wird direkt auf Inflation sowie Handels- und Leistungsbilanz durchschlagen.

Eingeordnet in die europäische und westliche Gemeinschaft und als Kleinstaat im Herzen Europas, abhängig von den weltweit eng verflochtenen Handelsströmen, sind die Möglichkeiten auch begrenzt, eine eigenständige, österreichische Wirtschaftspolitik zu betreiben.

Diese Feststellung wird nicht geschmälert durch den Umstand, daß die Auswirkungen der jüngsten Energie- und Rohstoffkrise und die eng verbundenen Probleme des konkurrenzfähigen Industrieexports durch flankierende politische Maßnahmen der österreichischen Regierung – und hier setzt die starke Stellung der verstaatlichten Wirtschaft und Industrie durchaus positive Akzente – Österreich vergleichsweise nur in abgeschwächter Form trafen.

Unser Eintritt in eine neue Dekade wird ursächlich von den in den siebziger Jahren aufgeflackerten Problemen der gerechten Verteilung der Güter dieser Erde überschattet. Ein Trend, der sich zunächst in der sogenannten Erdölkrise manifestierte. Diese ist letztlich in der disparaten Verteilung der Ressourcen auf der Erde begründet.

Unsere soziale Marktwirtschaft befindet sich heute in der gleichen Lage wie der Kapitalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ist es uns in den letzten 100 Jahren gut gelungen, die gerechte Verteilung der Güter im nationalen Rahmen zu realisieren, so ist diese Errungenschaft heute im internationalen Bereich nachzuvollziehen. Um die im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs, insbesondere der UNCTAD-Resolutionen, der UNIDO-Deklarationen und der sogenannten „Brandt"-Kommission diskutierte gerechtere Weltwirtschaftsordnung herbeizuführen, müssen die Industrieländer größere Zugeständnisse an das Proletariat des 20. Jahrhunderts, d. h. an die Länder der Dritten Welt, leisten.

Mit Ausnahme der OPEC sind die Produzentenkartelle für Kupfer, Eisen, Bauxit, Zinn usw., in denen die Länder der Dritten Welt eine maßgebliche Rolle spielen, bisher noch wenig wirksam gewesen. Umso verheerender hat die Politik der OPEC durch den Einsatz der Ölwaffe zur Durchsetzung wirtschaftlicher und politischer Ziele das Wirtschaftswachstum der Industrieländer beeinflußt und wird es auch noch weiter tun. Diese Politik ist aus der Sicht der arabischen Länder durchaus von ökonomischer und politischer Logik. Der überproportionale Anstieg der Ölpreise soll die Industrieländer zwingen, die Substitution des Erdöls

durch andere Energieträger so rasch wie möglich voranzutreiben. Nur so können sie aus der Zwangslage befreit werden, nach Erschöpfung ihrer von Natur her begrenzten Ressourcen wieder in Armut und weltpolitische Anonymität zurückzusinken. Ähnliche Argumente vertreten auch die Produzentengruppierungen bei metallischen Rohstoffen, die sich am OPEC-Modell zu orientieren versuchen.

Die Politik der OPEC hat also die revolutionäre Änderung der Struktur der Energieversorgung der Industrieländer zum Ziel. Im Prinzip ein pragmatischer Ansatz, wenn das Tempo der Strukturveränderung ohne Gefährdung der nationalen Volkswirtschaft der Industrieländer unter Kontrolle gehalten werden kann. Es gibt jedoch auch ernstzunehmende Kreise, die behaupten, irrationale Beweggründe innerhalb des durchaus nicht homogenen OPEC-Kartells würden auf eine Zerstörung der Weltwirtschaft hinarbeiten. Der Ausblick wäre dann echt apokalyptisch, in Spenglerscher Manier, jedoch mit ökonomischer Auslösung. Hierbei ist schließlich noch zu bedenken, daß alle modernen Kriege letztlich eine Auseinandersetzung um den Besitz oder die Kontrolle von Ressourcen darstellten.

Die Entwicklung der Metallmärkte der nächsten Zukunft kann infolge der inhärenten Kausalitäten nicht ohne Einbeziehung des Erdöl- bzw. der Energiescenarios analysiert werden. In einer neuen Studie über den möglichen Preisanstieg bei Rohöl kommt AUSTROMINERAL zur Projektion um 70 US-$/Faß im Jahre 1990[1]) bzw. 113 US-$/Faß um 2000. Bei Kohle bzw. Steinkohle – dem logischen mittelfristigen Ersatzenergieträger – würde dieser Trend einer Steigerung von derzeit rund 40 US-$/t Steinkohleneinheiten (SKE) fob auf ca. 260 US-$/t SKE fob um 1990 und auf ca. 415 US-$/t SKE fob um 2000 entsprechen.

Diese Preisentwicklung mit Steigerungsraten von rund 500% bzw. 1.000% wird nicht ohne mittelbare Auswirkung auf die künftige Preisgestaltung bei den wichtigsten Schlüsselmetallen

[1]) Die US-Erdölindustrie schätzt den Barrel-Preis im Jahre 1990 auf rund 90 US-$.

bleiben. Das preisliche Problem kann jedoch nicht isoliert betrachtet werden mit dem Hinweis auf kompensierende Erlössteigerungen auch für Halbfertig- und Fertigprodukte. Die allgemeine Rohstoffbewußtseinsvertiefung leistet zunehmend der Verlagerung von Wertschöpfung und Rentabilität auf die Primärgewinnung, d. h. auf den Bergbau, Vorschub. Daher wird auch der Preis für den mineralischen Grundstoff laufend und zum Teil überproportional steigen müssen. Schließlich gewinnt die Bedeutung der Entwicklungsländer als Rohstofflieferanten immer mehr an Gewicht. Damit ist der Komplex der mittelfristigen Preisgestaltung bei metallischen Rohstoffen nur ein Teilbereich der künftigen Gesamtversorgungsproblematik der Industrieländer, die sich als Summierung folgender grundsätzlicher neuer Gegebenheiten charakterisieren läßt, auf die wir uns einstellen müssen: fortschreitende internationale Kartellbildung, stärkere Politisierung infolge uneingeschränkter Souveränitätsansprüche seitens der Entwicklungsländer, Investitionsunlust der Industrieländer bedingt durch enorm risikobelastete und hohe Investitionen, Zerrüttung der Währungs- und Kapitalmärkte, zunehmend restriktive Handelsbestimmungen, steigende Anforderungen an Transport- und Umschlagwesen durch rasche Zunahme des Welthandels mit Mineralstoffen und anderes mehr. Die eigentliche Versorgungssicherheit, und nicht allein die Preisgestaltung, wird daher in steigendem Maße die Aktivitäten der Industrienationen in den achtziger Jahren im Rahmen der Rohstoffversorgungsproblematik motivieren.

Bei Eisenerz, dem derzeit wichtigsten Massenrohstoffgut und Schlüsselrohstoff der Stahlerzeugung, wird erwartet, daß das Auslaufen von Kapazitäten in den klassischen Industrieländern, verbunden mit konjunkturbedingtem schlechtem Investitionsklima der letzten 10 Jahre, bereits nach 1985 ein weltweites Kapazitätsdefizit von 50–70 Mio jato (Tonnen pro Jahr) auftreten wird. Versorgungsengpässe mit kräftigen Preisschüben seitens der Produzenten sind im hohen Maße angezeigt und erfordern rasche Maßnahmen, bedenkt man, daß heute ein wirtschaftlicher Bergbaubetrieb in Übersee mit einem Produktionsvolu-

men von mindestens 4 Mio jato Versanderz Investitionen von 4–5 Mrd S erfordert und Implementierungszeiten von 5–7 Jahren benötigt.

Nicht unähnlich wird die Entwicklung bei Aluminium, also beim Rohstoff Bauxit, verlaufen, wo 4–5 Hauptproduzenten in Übersee den Weltmarkt beherrschen.

Bei den Stahlveredelungsmetallen besitzt Chrom, also das Mineral Chromit, in der Rangfolge der Rohstoffe nach Gefährdung durch politische Versorgungsstörungen den höchsten Risikofaktor. Etwa 70% der Weltproduktion werden von den Oligopolen Südafrika–Zimbabwe und der UdSSR bestritten. Ferner sind Wolfram, Mangan, Molybdän sowie Niob und Tantal potentiell versorgungsgefährdet, wodurch Störungen des Gleichgewichtes von Angebot und Nachfrage wahrscheinlich werden.

Bei den Buntmetallen, vor allem bei Kupfer, Blei und Zink, ist die Erzeugung weltweit so breit gestreut, daß von konjunkturell bedingten erratischen Preisfluktuationen abgesehen im nächsten Jahrzehnt kaum mit Versorgungsproblemen zu rechnen sein wird. Kritischer hingegen beurteilt man die Situation bei Nickel und Kobalt, wo der Oligopolcharakter des Marktes gleichfalls Anlaß zu Besorgnis über eine ungestörte Versorgungsentwicklung gibt.

Da eine rein physische Verknappung der wichtigsten und für die österreichische Industrie kritischen metallischen Rohstoffe, die über 80% eingeführt werden müssen, innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte kaum zu erwarten ist, können sich rohstoffpolitische Analysen der uns konfrontierenden Situation auf den Vergleich zwischen politischem Ausfallrisiko und den Folgen daraus auf die heimische Wirtschaft konzentrieren. In einem jüngst angestellten Scenario der Deutschen Bundesregierung kommt zum Ausdruck, daß z. B. bei einer 30%igen Importkürzung von Schlüsselrohstoffen ein industrieller Produktionsrückgang von über 10% eintreten würde. Wenn aus dieser Perspektive Sicherungsmaßnahmen resultieren sollen, so wären insbesondere die Eisen- und Stahlmetalle sowie ihre Hilfsrohstoffe zu schützen und Krisenpläne zu erstellen.

Die Forderung ist also durchaus verständlich, daß infolge der hohen volkswirtschaftlichen Relevanz einer wettbewerbsentzerrten und gesicherten Versorgung der österreichischen Industrie mit kritischen Mineralrohstoffen und Schlüsselmetallen die bereits angelaufenen ordnungspolitischen Maßnahmen des Staates weiter aktualisiert und schließlich auch in die Tat umgesetzt werden müssen.

Kaum beeinflußbar scheinen hingegen die bloßen Preisbewegungen auf den internationalen Metallmärkten in den unsicheren nächsten 10 Jahren. Aufgrund des eingangs geschilderten weltpolitischen Scenarios für die achtziger Jahre werden mineralische Rohstoffe einschließlich der Schlüsselmetalle ein maßgeblich bestimmender Faktor der Inflation bleiben.

Ist der inflationsbereinigte Preisindex für Metallrohstoffe in den siebziger Jahren im Durchschnitt nur mäßig bzw. zum Teil überhaupt nicht gestiegen, so muß mittelfristig wegen zahlreicher Kapazitätsengpässe infolge Investitionsanstaus mit kräftiger Preisbelebung auf konstanter Dollarbasis gerechnet werden. Der „Dollar-Horror" beschäftigt bereits Rohstoffeinkäufer und Metallhändler in aller Welt. Sicher scheint zu sein, daß die Paritätserhöhung bzw. die Stabilisierung des US-Dollars eine mittelfristige Preisentwicklung auf den Metallmärkten aus der Sicht der Hartwährungsländer analog den Verhältnissen der Vergangenheit ziemlich ausschließt.

Metallische Rohstoffe sind das Fundament des industriellen Zeitalters. Ihre jederzeitige und zu Konkurrenzbedingungen gewährleistete Verfügbarkeit bestimmt maßgeblich den Fortbestand unserer marktwirtschaftlichen Ordnung und unseres Gesellschaftssystems. Österreich wird in Annäherung an dieses Ziel seine Bemühungen zur multinationalen Betätigung auf den einschlägigen Rohstoffmärkten – eine epochemachende Entwicklung, die in den siebziger Jahren konzipiert und initiiert wurde – in den nächsten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts konsequent weiterführen und noch verstärken müssen.

Dabei sind sämtliche Möglichkeiten des uns als aktiv neutralem Staate reichlich gegebenen wirtschaftlichen und außenpoliti-

schen Maßnahmenkataloges auszuschöpfen. Es geht auch um eine positivere Einstellung zu den legitimen Wünschen der Entwicklungsländer, deren Wirtschaftswachstum und Stabilität von gerechten Rohstoffpreisen abhängen. Die heutigen Interdependenzen zwingen uns, den Dialog mit der Dritten Welt zu intensivieren.

Nur knapp 20 Jahre trennen uns noch vom Jahr 2000. 5–7 Jahre dauert es, um ein größeres Bergwerk zur Produktionsreife zu entwickeln. Unsere Rohstofflücke wird ohne Zweifel wachsen. Noch ist der weltweite „run" nach lebensnotwendigen Ressourcen nicht abgeschlossen. Österreich hat eine Fülle von Chancen.

Lassen Sie uns die achtziger Jahre nützen!

Dieser Appell geht auch an die heimische Rohstoffinventur, die noch lange nicht abgeschlossen ist.

Das nächste Jahrzehnt wird möglicherweise die Weltwirtschaft noch entscheidender beeinflussen und verändern, als dies die jüngste Vergangenheit bewerkstelligte. Die mineralischen bzw. metallischen Rohstoffe werden dabei eine wesentliche und wegweisende Funktion erfüllen.

Ohne Pathos darf festgehalten werden, daß sich an der allseits befriedigenden Lösung der Probleme ihrer gerechten Verteilung unser Vermögen messen wird, den Interessenausgleich der verschiedenen Nationen und gesellschaftlichen Systeme auf friedlichem Wege herbeizuführen.

Die Rückschleusung der Ölmilliarden

Dr. Otmar Emminger
Präsident a. D. der Deutschen Bundesbank

Der Ölpreisschock hat die durchschnittlichen Ölexportpreise der OPEC-Länder ungefähr auf das 2½fache des Standes von 1978 hinaufkatapultiert, und ein Ende der Ölpreissteigerungen ist noch nicht abzusehen. Die bisherigen Preiserhöhungen werden den OPEC-Ländern im Jahre 1980 Überschüsse in ihren Leistungsbilanzen von schätzungsweise 100 bis 120 Mrd $ bescheren.

Was werden die OPEC-Länder mit ihren Überschußmilliarden machen? Und wie finanzieren die Ölimportländer ihre plötzlich massiv angeschwollenen Zahlungsbilanzdefizite? Die erste Frage ist leichter zu beantworten als die zweite. Denn mit der bloßen Rückschleusung der Ölmilliarden auf die internationalen Finanzmärkte ist noch lange nicht gesagt, daß die Gelder dorthin fließen, wo sie für Zwecke der Zahlungsbilanzfinanzierung am dringendsten benötigt werden.

Die Devisenüberschüsse, die den OPEC-Ländern nach Begleichung von Einfuhrzahlungen und sonstigen Verpflichtungen verbleiben, stehen zunächst – bis zu einer anderweitigen Anlage

– in Dollar, als der üblichen „Zahlungswährung" für Öl, zur Verfügung. Ob die OPEC-Länder diese Dollarguthaben nun auf dem Eurodollarmarkt oder in den Vereinigten Staaten selbst halten, jedenfalls bedeutet dies in einer ersten Phase eine „automatische" Rückschleusung in den Dollar-Raum, die auch dem Dollarkurs zugutekommt (wie wir in den vergangenen Monaten sehen konnten, solange die Dollarzinsen hoch waren). Später kann es zu einer „Diversifizierung", einer teilweisen Verlagerung in andere Währungsräume, kommen.

Die OPEC-Staaten sind wahrscheinlich an einer Risikoverteilung interessiert, vor allem aber daran, daß die Kaufkraft ihrer Devisenanlagen möglichst erhalten bleibt. Auch die Ölimportländer haben ein Interesse daran, den OPEC-Staaten attraktive und möglichst wertbeständige Anlagemöglichkeiten zu bieten, da sonst die Versuchung für Öl-Länder groß ist, nur das für ihren unmittelbaren Zahlungsbilanzbedarf erforderliche Öl zu produzieren und darüber hinaus ihr Öl im Boden zu belassen. Dies war eine von mehreren Überlegungen, die den deutschen Finanzminister dazu bewogen haben, einem seit langem bekannten Wunsche Saudiarabiens nachzukommen, D-Mark-Schuldtitel der Bundesregierung als Anlagemöglichkeit zu bieten; diese Form der Rückschleusung paßte auch gut in die deutschen Zahlungsbilanzerfordernisse.

Sollten die OPEC-Zahlungsbilanzüberschüsse noch längere Zeit in der gegenwärtigen Höhe weitergehen, würde die Versuchung für die OPEC-Staaten stärker, lieber weniger zu produzieren als nichtwertbeständige oder risikobehaftete Devisenanlagen aufzuhäufen. Das könnte zu einem für die Ölimportländer verheerenden Circulus vitiosus führen. Die manchmal ventilierten Vorschläge von Schuldtiteln mit Preisindexierung oder gar eine Bezahlung in Gold erscheinen gegenwärtig unrealistisch. Am ehesten könnte die Überwindung des weltweiten Inflationsklimas zu einer Beruhigung auch der Ölpreise beitragen. Dies beweist ja auch die bei den OPEC-Ländern zur Beratung stehende Preisanpassungsformel, wonach der Ölpreis zu einem erheblichen Teil an die Weltinflationsrate gebunden werden soll.

Vergleich mit dem ersten Ölschock

Nach dem ersten Ölschock von 1973/74 gelang die Rückschleusung der Ölmilliarden überraschend gut, und zwar hauptsächlich aus zwei Gründen: Einerseits gingen die Leistungsbilanzüberschüsse der OPEC-Staaten rascher zurück als erwartet, so daß 1978 das globale Zahlungsbilanzungleichgewicht zwischen Ölexport- und -importländern fast verschwunden war. Andererseits wurde eine Überbelastung des internationalen Bankensystems auch dadurch vermieden, daß in den 5 Jahren 1974 bis 1978 rund drei Fünftel der investierbaren OPEC-Überschüsse von insgesamt 180 Mrd $ nicht bei Banken, sondern in anderen Anlagen, wie Wertpapieren, Direktinvestitionen, Krediten an internationale Institutionen und arabische Hilfsfonds, bilateralen Hilfskrediten usw., investiert wurden.

Während dieser 5 Jahre, als ungefähr zwei Fünftel der OPEC-Devisenüberschüsse bei den Banken angelegt wurden, stellten diese ihrerseits den Defizitländern viel größere Beträge zur Verfügung. So sprach man von einem „Über-Recycling" – ein mißverständlicher Ausdruck für die Tatsache, daß neben den (ab 1976 immer spärlicher fließenden) Ölgeldern andere wichtige Finanzierungsquellen für die internationalen Finanzierungsmärkte verfügbar waren. Diese waren so ergiebig, daß die Entwicklungsländer trotz ihrer Leistungsbilanzdefizite ihre Währungsreserven in den letzten Jahren um fast 50 Mrd $ aufstocken und dadurch mehr als verdoppeln konnten. Insofern stehen sie dem neuen Ölschock besser gerüstet gegenüber.

Auch in anderer Hinsicht ist die Ausgangsposition der Weltwirtschaft beim zweiten Ölschock günstiger als beim ersten. 1974 marschierten alle größeren Industrieländer im Gleichschritt – „synchron" – nach einem überhitzten Boom in die weltweite Rezession von 1974/75. Diesmal steht dem scharfen Wirtschaftsrückschlag in den USA und Großbritannien eine relativ günstige Wirtschaftsentwicklung in Japan, Westdeutschland, Österreich

und anderen europäischen Ländern gegenüber. Das läßt hoffen, daß es nicht zu einem Absturz des Welthandels wie im Jahre 1975 kommen wird. Für die Finanzierungsaufgabe ist es auch eine gewisse Erleichterung, daß diesmal die Hauptlast des globalen Defizits zunächst auf die währungsstarken Länder Japan und Westdeutschland fällt; nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds dürften 1980 von dem zu erwartenden globalen Leistungsbilanzdefizit der Industrieländer von ca. 75 Mrd $ annähernd 30 Mrd $ allein auf diese beiden Länder entfallen. Allerdings können Japan und Westdeutschland solche Leistungsbilanzdefizite nicht auf Dauer übernehmen, weil dies weder von der Finanzierungsseite noch mit Rücksicht auf die Währungsstabilität tragbar wäre. Auch diese beiden Länder können nicht umhin, an dem allgemeinen Anpassungsprozeß teilzunehmen, der auf eine Verringerung des globalen Defizits gegenüber den OPEC-Ländern ausgerichtet sein muß.

Beim Vergleich mit dem ersten Ölschock gibt es allerdings auch Faktoren, die das Bild wesentlich ungünstiger erscheinen lassen. Erstens könnte das ölbedingte Zahlungsbilanzungleichgewicht diesmal länger anhalten als nach 1974. Wir können nicht mit einer ähnlich sprunghaften Zunahme der Einfuhr in die OPEC-Staaten rechnen wie damals. Wir müssen, anders als nach 1975, mit ständigen weiteren OPEC-Preiserhöhungen rechnen. Das würde dem Zahlungsbilanz- und Finanzierungsproblem eine neue und sehr viel schwieriger zu beherrschende Dimension geben. Ein zweiter gravierender Unterschied liegt in dem hohen Verschuldungsstand, der bei einer Reihe von zahlungsbilanzschwachen Ländern, Entwicklungs-, aber auch Industrieländern, in den letzten 5 Jahren aufgelaufen ist. Bei den Entwicklungsländern konzentriert sich diese Auslandsverschuldung zu einem großen Teil auf wenige Länder; auf ein halbes Dutzend Länder der mittleren Einkommensgruppe entfallen ungefähr 60% der Leistungsbilanzdefizite und 85% der Bankenverschuldung dieser Ländergruppe. Es gibt kein einheitliches, globales Defizit- und Schuldnerproblem; die Probleme sind von Land zu Land verschieden.

Finanzierung und Zahlungsbilanzanpassung

Nach allen Indikationen sind ölbedingte Leistungsbilanzdefizite selbst in der Nähe von 100 Mrd $ fürs erste wohl ohne allzu große Spannungen oder gar internationale Finanzkrisen zu bewältigen. Auch der Finanzierungsbedarf der Entwicklungsländer als Gruppe, der auf etwa 50 Mrd $ insgesamt und auf 30 bis 35 Mrd $ aus nichtamtlichen Finanzquellen veranschlagt werden kann, übersteigt nicht die Finanzierungskraft des internationalen Systems. Anders sieht die Sache aus, wenn die globale Zahlungsbilanzlücke infolge weiterer Ölpreiserhöhungen und einer zu langsamen Einfuhrsteigerung der OPEC-Staaten auch in den kommenden Jahren in ähnlichen Größenordnungen fortdauern sollte. Dann würden immer mehr Defizitländer an ihre Verschuldungsgrenzen, immer mehr Banken an ihre Ausleihegrenzen stoßen. Bei längerer Fortdauer des globalen Zahlungsbilanzungleichgewichts müssen wir also mit einer wachsenden Zahl von Problemfällen, mit dem Zwang zur Umschuldung und mit zunehmender Verunsicherung der Finanzmärkte rechnen. Die Kreditfähigkeit vieler Schuldnerländer wird entscheidend davon abhängen, ob sie eine vernünftige Zahlungsbilanz- und Stabilisierungspolitik führen. Nicht mehr die Finanzierung, sondern die Korrektur des Handels- und Leistungsbilanzdefizits wird im Vordergrund stehen müssen.

Die international tätigen Banken werden zwar die ihnen zufließenden Ölgelder – vielleicht wiederum zwei Fünftel bis die Hälfte des Gesamtüberschusses – voraussichtlich verkraften können. Sie werden aber aus Bonitäts- und anderen Gründen bei der Weiterleitung vorsichtiger und wählerischer sein. Hier müssen die internationalen Institutionen, vor allem der Internationale Währungsfonds und die Weltbank, in die Bresche springen. Aber gerade der Internationale Währungsfonds kann nicht Dauerdefizite unbegrenzt finanzieren. Finanzierung der Defizite und Zahlungsbilanzanpassung müssen hier erst recht aufs engste miteinander gekoppelt sein. Der Internationale Währungsfonds ist derzeit ausreichend mit Mitteln ausgestattet. Er könnte sich in

das Recycling auch in der Form einschalten, daß er in Zukunft längerfristige Mittel auf den Finanzmärkten aufnimmt. Noch besser wäre es, wenn er Kredite unmittelbar bei den OPEC-Ländern, als den einzigen Überschußländern der Weltwirtschaft, aufnehmen würde. Den OPEC-Ländern fällt in der heutigen Lage eine besondere Verantwortung nicht nur auf dem Preis-, sondern auch auf dem Finanzierungsgebiet zu.

Es gibt eine Reihe von Vorschlägen, wie den Banken ein Teil des Risikos abgenommen und dadurch ihre Ausleihefähigkeit erweitert werden könnte: Kofinanzierung mit dem Internationalen Währungsfonds, Konsortialkredite mit OPEC-Ländern, Haftungsübernahme durch den Internationalen Währungsfonds. Bis jetzt sind auf diesen Gebieten aber keine praktischen Ergebnisse in Sicht.

Zusammenfassung

Die Rückschleusung der Ölmilliarden an sich wirft keine unlösbaren Probleme auf – es sei denn, die Zahlungsbilanzüberschüsse der OPEC-Länder gingen Jahr für Jahr in der gegenwärtigen Größenordnung weiter. In diesem Fall würden nicht nur die Banken an die Grenzen ihrer Weiterleitungsfähigkeit, sondern wichtige Defizitländer an die Grenzen ihrer Verschuldungsfähigkeit stoßen. Die internationalen Institutionen werden stärker einspringen müssen; sie können dies aber nur, wenn die Finanzierung eng mit der Korrektur der Defizite verbunden wird. Ob es zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Banken und internationalen Finanzinstitutionen, wie Internationaler Währungsfonds, kommen wird und auf welche Weise, ist noch offen. Eine besondere Verantwortung wird, mehr noch als nach dem ersten Ölschock, auch für die Finanzierung bei den OPEC-Überschußländern liegen. Eine bessere Kooperation mit diesen Überschußländern, ein „Dialog", ist wichtiger als zuvor.

Es muß aber vor der Illusion gewarnt werden, es sei mit der Rückschleusung der Ölgelder schon das Hauptproblem gelöst.

Nicht nur wird es immer schwieriger werden, diese Ölgelder direkt oder indirekt dorthin zu leiten, wo sie vielleicht am dringendsten gebraucht werden. Auf die Dauer wird es einfach nicht mehr möglich sein, riesige Leistungsbilanzdefizite ad infinitum durch Kredite zu decken.

Noch wichtiger als die Rückschleusung der Überschußgelder ist infolgedessen die Verringerung der Ungleichgewichte selbst, und zwar des globalen Ungleichgewichts gegenüber den OPEC-Ländern. Die richtige Mischung zwischen Finanzierung und Korrektur der Defizite zu finden, wird eine wichtige Aufgabe sein, die nicht zuletzt dem Internationalen Währungsfonds gestellt sein wird.

Für die Weltwirtschaft insgesamt gibt es auf die Dauer keine erträgliche Lösung, auch nicht für die Finanzierungsprobleme, außer auf dem Wege über eine Verringerung der Ölabhängigkeit.

Die Abhängigkeit von knappen, teuren und unsicheren Ölzufuhren bedeutet für unsere Länder

- die Gefahr ständig neuer Inflations-Schübe von außen,
- Kaufkraftentzug zu Lasten unseres Lebensstandards,
- ein Damokles-Schwert über unserem Wirtschaftswachstum,
- eine auf die Dauer untragbare Zahlungsbilanzbelastung sowie eine Verunsicherung der internationalen Finanzmärkte,
- schließlich ein latentes Risiko für die wirtschaftliche und politische Ordnung (wenn nicht sogar für den Frieden) in der Welt.

Kurzum: Die Ölabhängigkeit ist die Achillesferse der freien Welt. Grund genug, mit allen Kräften dahin zu wirken, durch Energie-Einsparung und alternative Energieentwicklungen diese schlimme Abhängigkeit zu verringern.

Wie sieht ein Ökonom die achtziger Jahre?

Podiumsgespräch

Prof. Dr. Wolfgang Michalski
Leiter des Planungsstabs der OECD in Paris
Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg

Prof. Dr. Egon Matzner
Institutsvorstand am Institut für Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik an der Technischen Universität Wien

Dr. Michalski: Die Zukunft der Weltwirtschaft

Für die Beurteilung der längerfristigen Perspektiven der weltwirtschaftlichen Entwicklung erscheinen drei Problemkreise von besonderer Wichtigkeit: Erstens die Frage nach den physischen Grenzen des Wachstums. Zweitens die Aussichten für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in den Industrieländern unter besonderer Berücksichtigung der Notwendigkeit und der Konsequenzen des Strukturwandels. Und drittens die Zukunftsaspekte der wirtschaftlichen Entwicklung der Dritten Welt einschließlich der Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

Die Analyse der Zukunftsaussichten im Hinblick auf Bevölkerungsentwicklung, Nahrungsmittelproduktion, Energieversorgung, Verfügbarkeit mineralischer Rohstoffe, der Möglichkeit weiterer technologischer Innovationen sowie potentieller Umweltbelastungen führt zu dem folgenden Ergebnis:

Selbst wenn die Menschheit den Auswirkungen der ökonomischen Aktivität auf die Umwelt im weitesten Sinne in immer stärkerem Maße Rechnung zu tragen hat, kann sich der Prozeß des wirtschaftlichen Wachstums, bezogen auf die Gesamtheit der Länder dieser Erde, für alle voraussehbare Zukunft weiter fortsetzen, ohne auf absolute physische Grenzen zu stoßen. Allerdings ist hinzuzufügen, daß es erstens Übergangsprobleme und wahrscheinlich auch regionale Engpässe geben wird, daß zweitens das Wirtschaftswachstum in vielen Ländern in qualitativer Hinsicht Änderungen erfahren wird und daß drittens Wachstumshemmnisse politischer, ökonomischer und sozialer Natur steigende Bedeutung erlangen können.

Abgesehen von temporären Engpässen, besonders im Energiebereich im Falle unvorhergesehener politisch bedingter Ver-

sorgungsunterbrechungen, neuer dramatischer Preiserhöhungen oder einer inadäquaten Energiepolitik, werden auch künftig die folgenden drei immanent politisch-wirtschaftlichen Wachstumshemmnisse von entscheidender Bedeutung sein: unzureichende private Investitionen vor dem Hintergrund ungenügender Gewinnerwartungen bei erhöhtem Risiko; Inflationstendenzen im Zusammenhang mit Einkommensverteilungskonflikten; sowie Zahlungsbilanzprobleme vor allem als Folge der OPEC-Überschüsse. Allerdings deckt diese makro-ökonomische Erklärung der Wachstumshemmnisse nur einen Teil der Wahrheit auf. Hinzu kommt ein zunehmendes Spannungsverhältnis zwischen den strukturellen Anpassungserfordernissen einerseits und einer offensichtlich abnehmenden Fähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft, diesen Herausforderungen zu begegnen, andererseits.

Jene Faktoren, die auf einen fortgesetzten und teils verstärkten Zwang zum Strukturwandel hinwirken, sind unter anderem durch die folgenden Elemente gekennzeichnet: Entwicklung von Bevölkerung und Arbeitskräftepotential; Veränderung in der Struktur der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage; relative Verteuerung der Verwendung natürlicher Ressourcen, wie Energie, Industrierohstoffe und Umwelt; Veränderungen in der internationalen Wettbewerbssituation wichtiger Industrien auch unabhängig von den Problemen der Energie- und Rohstoffversorgung; neuere Entwicklungstendenzen im internationalen Technologie- und Kapitaltransfer. Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang, daß die Kräfte, die die strukturelle Anpassung erzwingen, nicht etwa nur als externe Variable auf den Wirtschaftsprozeß einwirken, sondern zu einem nicht geringen Teil, wie beispielsweise der Einfluß unterschiedlicher Steigerungsraten von Lohnstückkosten, durchaus auch intern induziert werden.

Auch im Hinblick auf die Tendenzen einer erhöhten strukturellen Rigidität lassen sich eine Reihe wichtiger Elemente isolieren: Herausragende Beispiele sind zunehmende Inflexibilitäten und spezifische qualitative Disparitäten auf dem Arbeitsmarkt; negative Auswirkungen eines zunehmenden staatlichen Einflus-

ses auf den Wirtschaftsablauf, und zwar sowohl im regulativen Sinne als auch im Hinblick auf direktes staatliches Engagement in bestimmten Wirtschaftssektoren; Rigiditätseffekte kapitalintensiver Großtechnologien; zunehmender Protektionismus, nicht unbedingt im traditionellen Sinne, sondern vor allem durch Einführung freiwilliger Exportbeschränkungen durch Orderly-Marketing-Arrangements und andere Versuche, den internationalen Handel im engeren Sinne zu organisieren. Hinzuweisen ist außerdem auf die zunehmende Politisierung wirtschaftlicher Entscheidungen nicht nur in der staatlichen Administration, sondern ebenfalls im Verhältnis zwischen den Sozialpartnern sowie im Zusammenhang mit dem steigenden politischen Einfluß von Bürgerinitiativen.

Die oben dargestellten Elemente dürfen in bezug auf ihre Wirkungen auf den Prozeß des wirtschaftlichen Strukturwandels nicht isoliert gesehen werden. Sie stehen auch untereinander in vielfältigen gegenseitigen Abhängigkeiten, die sich nicht selten in ihren negativen Einflüssen gegenseitig verstärken. Hinzu kommt, daß niedrige wirtschaftliche Wachstumsraten einerseits strukturelle Anpassungsprobleme in vieler Hinsicht erschweren, daß aber gleichzeitig zunehmende Spannungen zwischen den strukturellen Anpassungserfordernissen und der Kapazität von Wirtschaft und Gesellschaft, darauf positiv zu reagieren, die Realisierung höherer wirtschaftlicher Wachstumsraten bei Vollbeschäftigung und Preisstabilität tendenziell behindert. Dieser Wechselbeziehung zwischen Strukturwandel und Wirtschaftswachstum kommt neben den vorher dargestellten makro-ökonomischen Wachstumshemmnissen größte Bedeutung zu. Alle Faktoren zusammen bringen das Risiko mit sich, daß ein vergleichsweise niedriges Wirtschaftswachstum in den Industrieländern selbst auf mittlere Sicht zumindest nicht ausgeschlossen werden kann.

Zur Wiedererlangung eines dauerhaften nichtinflationären Wirtschaftswachstums und angemessen hoher Beschäftigung bedarf es folglich nicht nur einer energischen Energiepolitik und einer vorsichtigen Nachfragesteuerung, sondern gleichzeitig auch einer angebotsorientierten Politik, die dazu beiträgt, den Struk-

turwandel zu fördern und das Inflationspotential der zuvor angesprochenen Rigiditäten abzubauen. Dies ist der Hintergrund für die vom OECD-Ministerrat beschlossenen und vor wenigen Tagen nochmals bekräftigten Orientierungslinien für die Durchsetzung einer positiven Strukturanpassungspolitik. Da die Wachstumsperspektiven für die Dritte Welt von der Entwicklung der Weltwirtschaft als Ganzes und insbesondere auch vom Wandel der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung nicht unabhängig sind, besteht kein Zweifel daran, daß der Erfolg der hier skizzierten wirtschaftspolitischen Gesamtstrategie nicht nur den Industrieländern nützen würde.

Abgesehen davon wird die Gestaltung der direkten Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern auch in Zukunft von überragender Wichtigkeit sein. Dies gilt selbst dann, wenn man davon ausgeht, daß die Zukunftsaussichten für die Dritte Welt in entscheidendem Maße von den internen Entwicklungsstrategien in den betreffenden Ländern selbst abhängt. Im Hinblick auf die ärmsten Länder, die überwiegend in Südasien und Schwarzafrika und nur zum geringeren Teil in Lateinamerika und Südostasien liegen, kommt es darauf an, gezielte Hilfe zur Deckung der Grundbedürfnisse zu geben. Insbesondere erscheint es sinnvoll, neben direkter Nahrungsmittelhilfe wirkungsvolle Unterstützung zur Entwicklung der Landwirtschaft zu gewähren.

Was die rohstoffproduzierenden Entwicklungsländer anbetrifft, so stehen die Probleme der Exporterlös- und Preisstabilisierung sowie die Sicherung ausreichender, am zukünftigen Bedarf orientierter Investitionen im Vordergrund. Im Zusammenhang mit dem ersten Fragenkreis erscheint es aus vielen Gründen zweckmäßig, der Exporterlösstabilisierung den Vorzug vor der Preisstabilisierung zu geben. Soweit Preisstabilisierung zusätzlich angestrebt wird, sollte man quasi-automatische Interventionsmechanismen entwickeln, die einerseits die großen Preissprünge wirkungsvoll verhindern, andererseits aber normale Preisbewegungen um einen mittelfristigen Trend nach wie vor zulassen.

Nicht nur für die industrialisierte Welt, auch für die Entwicklungsländer selbst, kommt der längerfristigen Sicherung der Energieversorgung größte Bedeutung zu. Da die ölproduzierenden Staaten nur einen Teil der Entwicklungsländer darstellen, kann kaum bestritten werden, daß die Industrieländer und die OPEC-Staaten in dieser Hinsicht gemeinsame Verantwortung tragen. Energieeinsparung, forcierter Einsatz von Kernenergie und Kohle, Entwicklung neuer Energiesysteme und der weitere Ausbau der Ölförderung innerhalb und außerhalb der OPEC sind die wichtigsten Aufgaben in diesem Zusammenhang. Im Verhältnis zwischen OECD- und OPEC-Ländern kommt es darüber hinaus darauf an, daß die Zusammenarbeit über den Energiebereich hinaus dazu beiträgt, in den OPEC-Ländern eine gesunde wirtschaftliche Basis für die Nachölära zu schaffen.

Schließlich verbleiben jene Entwicklungsländer, die im Industrialisierungsprozeß schon relativ weit vorangeschritten sind und die heute für die Industriestaaten im Hinblick auf viele Märkte und Produkte als neue Konkurrenten auftreten. In bezug auf diese Länder kommt es darauf an, daß sie von den Industrieländern im Rahmen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und im internationalen Handel als Partner akzeptiert werden. Das heißt, man muß ihnen die Möglichkeit geben, ihre Wirtschaft weiter zu diversifizieren und ihre Exporte besonders in die Industrieländer ständig weiter zu erhöhen. Nur wenn die Industrieländer ihre eigenen Importbeschränkungen abbauen und bei sich selbst den daraus resultierenden Strukturwandel akzeptieren, können sie erwarten, daß die Industrialisierungsländer vergleichbare Maßnahmen auch bei sich selbst realisieren. Daß letzteres nicht nur dem Interesse der Industrieländer dient, sondern darüber hinaus für die Weltwirtschaft als Ganzes wichtig ist, ergibt sich unter anderem daraus, daß auf diese Weise gleichzeitig neue Exportmärkte für jene Entwicklungsländer geöffnet werden, die noch am Beginn der Industrialisierung stehen.

Man mag noch so sorgfältig analysieren und ebenso vorsichtig argumentieren – die Geschichte der Zukunft ist noch nicht geschrieben. Betrachtet man die vergangenen 25 Jahre, so hat die

Zunahme der internationalen Interdependenz, besonders im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung, überwiegend positive Einflüsse gehabt. Ob dies auch für den Rest dieses Jahrhunderts gelten wird, ist indessen durchaus offen. Zumindest werden die Konsequenzen des Wandels der internationalen Beziehungen sowohl innerhalb der OECD als auch zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern eine Reihe wichtiger politischer Probleme aufwerfen. Insbesondere kann nicht ausgeschlossen werden, daß jene Kräfte, die bereits seit Beginn der siebziger Jahre zu erheblichen Ungleichgewichten geführt haben und die dazu beigetragen haben, die externe Verwundbarkeit einiger Volkswirtschaften zu erhöhen, auch in Zukunft fortbestehen werden.

Die Regierungen sind daher aufgefordert, alles zu tun, um den künftigen Verlauf der weltwirtschaftlichen Entwicklung positiv zu beeinflussen und um das Risiko akuter Fehlentwicklungen und möglicher Krisen zu verringern. Dabei ist durchaus in Betracht zu ziehen, daß nicht alles in der Macht von Regierungen liegt und, wie dargelegt, erst recht nicht allein in der Macht der Regierungen der Industrieländer. Hinzu kommt, daß nationale Strategien nur einen Aspekt darstellen und die Möglichkeiten sowie die Notwendigkeit der internationalen Kooperation den anderen.

Dr. Matzner: Probleme der achtziger Jahre: Ergebnis von gesellschaftlichen und politischen „Methodenkrisen"

Die Wachstumsaussichten nach INTERFUTURES

Nach dem Prognose-Debakel der siebziger Jahre tun sich heute Ökonomen schwer, über die Zukunft zu reden. Helmut Kramer schreibt im „Ausblick auf die achtziger Jahre", dem neuesten WIFO-Gutachten für den Finanzminister: „Schlimmer als die quantitative Fehleinschätzung (durch die OECD-Projektion, Anmerkung des Autors) wiegt die fast völlige Verkennung der wirtschaftspolitischen Probleme, mit denen die Industriestaaten im letzten Jahrzehnt konfrontiert wurden: nicht nur die Wachstumsabschwächung als solche, sondern vor allem ihre Ursachen, Begleit- und Folgeerscheinungen wurden nicht einmal schemenhaft erkannt."

Für die meisten Prognosen gilt noch immer das Wort Kurt W. Rothschilds: „Prognosen sagen mehr über die Gegenwart als über die Zukunft aus." Dennoch können Ökonomen auch heute nicht umhin, sich Vorstellungen über die Zukunft zu machen. Ich tue das deshalb guten Mutes, weil ich mich früher als andere mit Problemen der Wachstumsverlangsamung beschäftigt habe[1]).

Als Grundlage für die Diskussion der Probleme der achtziger Jahre halte ich den noch unveröffentlichten OECD-Bericht der Arbeitsgruppe INTERFUTURES, der unter maßgeblicher Mitar-

---

[1]) „Gesellschaftliche Folgen und Bedingungen eines gedrosselten Wirtschaftswachstums" hieß der Vortrag, den ich zum Jahreswechsel 1974/75 vor dem „Arbeitskreis Dr. Benedikt Kautsky" gehalten habe. Veröffentlicht in: Wirtschaft und Gesellschaft, Nr. 2, 1975, sowie in: Socio-Economic Planning Sciences, Vol. 10, New York, 1976. Ferner zusammen mit W. Blaas, Budgetdefizite bei langsamem Wirtschaftswachstum – Möglichkeiten und Grenzen. In: Quartalshefte der Girozentrale, Heft 4, 1976.

beit von W. Michalski verfaßt wurde und die Wahrscheinlichkeit unterschiedlicher Entwicklungsszenarien in den OECD-Ländern bis zum Jahre 2000 untersucht, für hervorragend geeignet.

Zwei „Wachstums-Szenarien" stehen bei INTERFUTURES im Mittelpunkt der Betrachtung:

- ein *Szenarium raschen Wachstums*, mit einer jährlichen Zuwachsrate von 4·3% von 1975 bis 2000, das durch ein Wachstumstempo von 4·9% bis 1990 und 3·4% von 1990 bis 2000 zustande kommen soll;
- ein *Szenarium mäßigen Wirtschaftswachstums*, mit einer jährlichen Wachstumsrate von 3·6% von 1975 bis 1990, von 3·1% von 1990 bis 2000 und einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 3·4% über die gesamte Periode 1975 bis 2000.

Das erste Jahrfünft hat bekanntlich dem moderaten Szenarium entsprochen. Obwohl die Autoren von INTERFUTURES kein Hehl daraus machen, daß ihnen das rapide Entwicklungsmuster lieber ist, messen sie einer Variante des moderaten Wachstums die größte Wahrscheinlichkeit bei. Ausschlaggebend hiefür sind nicht so sehr die vielzitierten „natürlichen Grenzen des Wachstums". Vielmehr gehen die Begrenzungen aus von:

1. *makroökonomischen Barrieren*, wie der Inflationsgefahr, den Zahlungsbilanzdefiziten und der Investitionsschwäche (aufgrund von Überkapazitäten, sinkenden Profitraten und wachsendem Risiko);
2. *gesellschaftlichen Barrieren*, nämlich der „Sklerose" der Institutionen, der Änderung der Werterhaltung in der Bevölkerung, die sich vom ethischen „Materialismus" zum „Postmaterialismus" wandelt, sowie der abnehmenden Fähigkeit der Regierungen, ihre Politik international zu koordinieren.

Man könnte als weitere Argumente für eine Wachstumsverlangsamung anführen:

- das *Ausbleiben eines Innovationsschubes*, der erst für die neunziger Jahre prognostiziert wird,
- den *Rückgang der Wohnbevölkerung*,
- die *Verlagerung von Investitionen* aus den industriellen Kernländern in Entwicklungsländer, für die sowohl hohe Ar-

beitskosten in den Industrieländern als auch hohe Handelsschranken in den Entwicklungsländern Motive liefern.

Vor allem aber gibt es auch heute schon

- *ökologische Grenzen* des Wachstums, wenn nicht generell, so doch partiell, sowie
- *Sättigungstendenzen* bei einigen Konsumgütern (wie Agrarprodukten), zu denen auch Produkte gehören, die in der Vergangenheit (wie etwa das Auto) zu den Wachstumsmotoren gezählt haben.

Das Dilemma der achtziger Jahre besteht nun darin, daß eine Reihe von Problemen erst mit mäßigem Wachstum entsteht. Andere wiederum treten besonders konzentriert auf, wenn es rasches Wachstum gibt.

Um in den OECD-Ländern bis 1990 wieder Vollbeschäftigung zu erreichen, müßte die Wachstumsrate bei jährlich 5% liegen. Ein so hohes Wachstumstempo jedoch zieht hohe Energie- und Rohstoffpreise, damit Inflation und Zahlungsbilanzdefizite, ferner auch ökologische Belastungen und beschleunigten Wertwandel nach sich. Gemäßigtes Wachstum kann vor allem die Massenarbeitslosigkeit und die damit zusammenhängenden desintegrativen gesellschaftlichen Tendenzen nicht beseitigen. Eine solche Krise ist immer auch ein guter Nährboden für Irrationalismen und Gewalt. Sie stumpft die Menschen gegenüber ihren Mitmenschen und ökologischen Gefahren ab. So ist die Bevölkerung im krisengerüttelten England weniger an ökologischen Fragen interessiert als anderswo. Vor allem bringt aber niedriges Wachstum zwangsläufig auch eine hohe Belastung der Staatsfinanzen mit sich. Schließlich ist eine so labile ökonomische Situation, in der jede Beschleunigung ihre eigenen Beschränkungen erzeugt, kaum geeignet, jenes Klima optimistischer Erwartungen entstehen zu lassen, die zur Durchsetzung von Innovationen auf breiter Front notwendig sind. Ohne eine solche Anpassung der Produktionsstrukturen an die neue internationale Arbeitsteilung ist weder das Zahlungsbilanz- noch das Beschäftigungsproblem lösbar. Das Tempo und das Momentum der Änderung, das auf die europäischen OECD-Länder zukommt, ist bedeutend: INTERFUTU-

RES rechnet mit einem Sinken des Anteils der OECD-Länder (einschließlich Japans) am „Bruttoweltprodukt" von 62% im Jahre 1975 auf knapp 50% im Jahre 2000. Vermutlich ist die Verschiebung der Anteile noch unterschätzt, weil die Tragweite des 1978 zwischen der Volksrepublik China und Japan geschlossenen Kooperationsvertrages wohl noch gar nicht abzuschätzen war. Dieses Abkommen wird vielleicht in Zukunft einmal als das größte historische Ereignis der siebziger Jahre bezeichnet werden. Denn dieses Modernisierungsprogramm verbindet eine Macht mit großem industriellem Know-how mit einer Macht mit großen entwicklungsfähigen menschlichen und materiellen Potentialen. Beide kennen außerdem angesichts des niedrigen industriellen Niveaus noch keine „Wachstumsverdrossenheit". Zunächst bedeutet das für die übrige Welt auch Liefermöglichkeiten. Langfristig aber sind für die OECD-Länder außer Japan Verluste von Marktanteilen unvermeidbar. Was das bedeutet, haben die USA und England seit den fünfziger Jahren aufgrund des Wachstums der anderen OECD-Länder erfahren. Die Schwierigkeiten der Anpassung, die vor uns stehen, lassen sich vor allem in England gut vorwegnehmend studieren.

Anmerkungen zu INTERFUTURES

Ich gehe mit den Analysen von INTERFUTURES in vielen Bereichen konform. Die Makro-Beziehungen werden konsistent hergestellt; die Eliminierung von Inkonsistenzen wird realistisch mit gesellschaftlichen Konfliktzonen in Verbindung gebracht; erstmals werden in einer OECD-Studie neben einem „harten" Zahlengerüst wesentliche Fakten, auch wenn sie „weich" sind, wie dies für kulturelle Werthaltungen zutrifft, in die Überlegungen mit eigenständigem Gewicht und nicht nur als Gegenstand der Manipulation („Anpassung") im Sinne bestehender Verhältnisse einbezogen.

Dennoch halte ich die INTERFUTURES-Studie in zwei Punkten für ergänzungsbedürftig:

Erste Ergänzung:
Einbeziehung der Mikro-Entscheidungsverhältnisse

Bei INTERFUTURES handelt es sich vornehmlich um eine Schau aus der *Vogelperspektive.* Makro-Aggregate werden auf ihre Konsistenz überprüft; wünschenswert erachtete Entwicklungen werden aufgrund von Makro-Restriktionen revidiert usw. Dies alles ist wichtig und unersetzbar. Zu kurz kommt jedoch die *Froschperspektive* der individuellen oder mikroökonomischen Entscheidungsverhältnisse. Aus diesen aber ergeben sich jene tausende Entscheidungen und Handlungen, die in Summe erst in einem dezentralen System Makro-Aggregate konstituieren. Erst wenn die Entstehung von Problemen aus diesen Entscheidungsverhältnissen begriffen wird, dann ist die Konzipierung von rationalen politischen Strategien möglich. Erst durch diese Sichtweise werden Probleme zu solchen, die durch Allokations- und Organisationsmaßnahmen bewältigt werden können. Ansonsten gibt es eben nur Mengenprobleme, die durch ansatzlose Zu- und Abschläge auf der Makro-Ebene scheinbar gelöst („konsistent gemacht") werden.

Ohne Berücksichtigung der Mikro-Entscheidungsverhältnisse erscheint das Energieproblem lediglich als ein Problem, für das vor allem die Mehrproduktion eine Lösung verspricht. Die Möglichkeit einer besseren Nutzung wird hingegen unterschätzt. Beachtet man aber die Mikro-Ebene, dann wird das Energieproblem auch zu einem Problem der *Energienutzungspolitik,* weil die Intensität seines Auftretens von jenen Signalen und Anreizen abhängig wird, die durch die Energiepolitik gesetzt werden können.

Ähnliches gilt für die Probleme der Inflation, der Beschäftigung, der Zahlungsbilanz oder des Staatshaushaltes. Es gibt keinen „Goldenen Schnitt", durch den ein Makro-Aggregat so verändert wird, daß das Problem verschwindet: Das ist jene Illusion, die die Monetaristen und die Interventionisten, jeweils mit umgekehrten Vorzeichen, gemeinsam hegen. Worauf es ankommt, das

ist die Beeinflussung der Mikro-Entscheidungsverhältnisse auf eine Weise, die in Summe jenes Verhalten ergibt, das volkswirtschaftlich und gesellschaftlich angestrebt wird.

Zweite Ergänzung:
Berücksichtigung von partiellen Grenzen des Wachstums

Der zweite Punkt betrifft die Einschätzung der „natürlichen" und „sozialen" Grenzen des Wachstums. Nach INTERFUTURES reichen die Energie- und Rohstoffvorräte aus der heutigen Sicht durchaus für noch einmal 50 Jahre raschen Wachstums. Auch aus Umweltbelastungen ergeben sich nicht notwendigerweise Beschränkungen des Wachstumstempos. In beiden Fällen kommt es nach INTERFUTURES darauf an, daß die politischen Entscheidungen zeitgerecht durchgesetzt werden. In der Energiepolitik sind das vor allem die Sparprogramme und der Bau der Atommeiler und in der Umweltpolitik die Belastungsgrenzen und das Recycling. Dabei wird übersehen, daß Wachstum unvermeidbar ökologische Probleme mit sich bringt, die nicht durch politische Steuerung aus der Welt zu schaffen sind. Wachstum bedeutet mehr Güter, mehr Güter bedeuten mehr Energie und andere Inputs, aber auch mehr Abfall. Das ist ein Produktionsgesetz und ein Naturgesetz, das nicht aufzuheben ist.[2]) Damit bedeutet mehr Wachstum immer auch mehr Umweltbelastung. Auch ein ausreichender Anteil von Umweltinvestitionen am Brutto-Nationalprodukt, wie dies u.a. eine von W. Leontief geleitete UN-Studie meint (The Future of the World Economy, 1977), kann daran nichts ändern. Es gibt kein „Entropie-Schmuggeln", wie es N. Georgescu-Roegen als erster den gängigen ökonomischen Vorstellungen über Energie und Ökologie entgegengehalten hat.

Vor allem aber übersieht INTERFUTURES, daß bereits heute partielle Grenzen erreicht sind.[3]) *Physiologische Grenzen* gibt

[2]) N. Georgescu-Roegen, Energy and Economic Myths, New York 1976.
[3]) Vgl. auch Binswanger/Geissberger/Ginsburg (Hrsg.), Der NAWU-Report: Wege aus der Wohlstandsfalle, Frankfurt a. M. 1978, S. 53 ff.

es in den reichen Ländern für den Absatz wichtiger Agrarprodukte. *Ökologische Grenzen* gibt es für manche hochentwickelte Industrie- oder Fremdenverkehrsregionen. *Politische Grenzen* gibt es für manche Energie- oder Verkehrsprojekte, die die betroffene Bevölkerung nicht will. *Politische Grenzen* können aber auch wirksam werden, wenn durch Kriege und Blockaden in Haupterzeugungsgebieten die Versorgung bei wichtigen Energie- oder Rohstoffen zeitweise ausfällt.

Die Vernachlässigung von „partiellen Grenzen" des Wachstums erscheint aus vier Gründen als verhängnisvoll:

Erstens kann es bei Überschreitung von Belastungsgrenzen, etwa in Fremdenverkehrsregionen, zu Schäden kommen, die entweder irreversibel sind oder nur unter sehr großem Ressourcenaufwand behoben werden können.

Zweitens treten insbesondere bei *positionalen Gütern*, d. s. Güter, die nicht durch Wachstum vermehrbar sind, bei zunehmender Inanspruchnahme Beeinträchtigungen der Qualität oder Schäden auf, zumeist auch überdurchschnittliche Preissteigerungen. Fred Hirsch hat dieses Phänomen zum erstenmal hervorgehoben in seinen „Social Limits to Growth" und dann in einem posthum erschienenen Werk.[4]) „Grenzen", auch partielle, erzeugen durch Überfüllung Qualitätsverschlechterungen und/oder tragen zu Inflation bei. Da sie insbesondere dort auftreten, wo es auch viele artikulationsfähige Menschen gibt, ist damit auch für ein ausreichendes Maß an Kritik und Bewußtseinsbeeinflussung gesorgt. Deshalb sind partielle Grenzen des Wachstums *drittens* auch die stärksten *Quellen des Wertwandels*. Sprießen sie blind und unbeeinflußt von historischen und komparativ/zeitgeschichtlichen Überlegungen, dann können sie auch Quelle eines *neuen Irrationalismus* werden, der wegen seines destruktiven Potentials nicht ernst genug genommen werden kann. In jedem Fall fördern sie, insbesondere wenn die Beeinträchtigungen von vielen erfahren werden, das Potential des Widerstandes gegenüber

---

[4]) F. Hirsch, Social Limits to Growth, London 1977; F. Hirsch und J. H. Goldthorpe (Hrsg.), The Political Theory of Inflation, London 1978.

neuen Projekten der Expansion, insbesondere dann, wenn diese nicht mehr als existentiell sinnvoll empfunden werden können. Damit können partielle Grenzen des Wachstums *viertens* zur Blockierung von Investitionsprojekten führen, die unter den gegebenen Bedingungen für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung unersetzbar sind.

Die Probleme, die durch partielle Grenzen des Wachstums hervorgerufen werden, können nach der herrschenden Wirtschaftsauffassung, die auch durch die OECD vertreten wird, vor allem durch das Wachstum und den Preismechanismus bewältigt werden. Eine der jüngsten neoklassischen Analysen der Probleme der begrenzten natürlichen Ressourcen kommt zu folgendem Schluß (J. E. Stiglitz, A Neoclassical Analysis of the Economics of Natural Ressources New York 1979): „. . . natürliche Ressourcen unterscheiden sich im Grunde nicht von anderen Produktionsfaktoren. Es gibt heute viele Möglichkeiten der Substitution zwischen natürlichen Ressourcen und anderen Faktoren (insbesondere Kapital), und mit weiterer Forschung werden wir wahrscheinlich weitere Möglichkeiten zu Substitution durch weitere Faktoren finden."

Dies ist jedoch ein fundamentaler Irrtum, wenn es sich um *ökonomische Basisgüter* handelt, die nicht erneuerbar oder nicht beliebig vermehrbar sind. Dabei sind unter ökonomischen Basisgütern alle jene Inputs zu verstehen, ohne die menschliche und gesellschaftliche Tätigkeiten nicht stattfinden können: also Energie, Land, Materie, Sauerstoff, Wasser, Zeit usw. Primärenergie und Materie terrestrischen Ursprungs sowie Land sind prinzipiell begrenzt. „Nur Ökonomen und Idioten können glauben, daß in einer endlichen Welt unendliches Wachstum stattfinden kann", heißt es deshalb treffend bei Kenneth Boulding, einem amerikanischen Nationalökonomen.

In einer Welt, in der wichtige Basisgüter prinzipiell begrenzt oder nur begrenzt substituierbar sind, ist die ausschließliche Lenkung der Ressourcennutzung über den Preismechanismus destruktiv. Denn jede Erhöhung des Preises führt nicht nur zu Einschränkung, sie bietet auch einen Anreiz zur Ausweitung des An-

gebotes und damit zur rascheren Erschöpfung solcher Ressourcen. Dabei gilt noch, daß der Preis notorisch zu niedrig ist, da ja die noch nicht geborenen Generationen als Nachfrager noch gar nicht mitzählen. Georgescu-Roegen hat dazu bahnbrechende Analysen vorgelegt, denen die Arbeiten mancher Nobelpreisträger nicht standhalten. Seine Folgerungen, über die Fähigkeit des Marktmechanismus und/oder technologischen Fortschrittes die Ressourcenfrage zu lösen, lassen diese gängige Auffassung als *Mythen* erscheinen.[5]) Die Ergebnisse der „Bioökonomie" sind bis heute unwiderlegt. Physiker, wie Victor Weißkopf, meinen, daß Georgescu-Roegen das Ausmaß an Negentropie, das der entropischen Degradierung entgegensteht, unterschätzt. Deshalb scheinen seine Aussagen erst in vielen Generationen relevant zu werden. Auch wenn das *in toto* zutreffen dürfte, ergeben sich schon heute Probleme durch die *Ungleichzeitigkeit*, mit der die partiellen Grenzen räumlich wirksam werden. Mit Sicherheit haben die Auseinandersetzungen in Afrika, Asien und Lateinamerika in Form von „Stellvertreter-Kriegen" heute nicht nur mit nationaler Emanzipation, sondern vor allem mit der Kontrolle von knappen Ressourcen zu tun.

Differenzierte Entwicklung durch Reform der Entscheidungsverhältnisse

Auf die Schwierigkeiten, die mit dem Auftreten partieller Grenzen verbunden sind, gibt es nur zwei Antworten:

1. Den *Weg des Laisser-faire*, d. h. Gewährenlassen der Entwicklung, wobei es früher oder später zur Erschöpfung der Ressourcen und zur Abwanderung kommen wird. Letztlich bedeutet dies, daß eine Existenzgrundlage durch Raubbau vorzeitig zerstört wird. Preise allein können dies nicht verhindern. Denn die Entvölkerung mancher Gegenden oder die Dezimierung von Büffelherden oder von seltenen Pelztieren

[5]) N. Georgescu-Roegen, Myths about Energy and Matter. In: Growth and Change, Vol. 10, No. 1, 1979.

hat gerade deshalb stattgefunden, weil die Preise „gestimmt" haben.

2. Den *Weg der quantitativen Beschränkung* des Abbaues oder der Nutzung. Im Rahmen dieser Grenzen können durchaus der Preismechanismus und andere Allokationsverfahren genutzt werden. Wesentlich ist jedoch, daß nur die Einführung und Durchsetzung einer wirksamen Grenze hohe Sanierungskosten und oft auch irreversible Schäden verhindern können.

Läßt man sich von der Einsicht in die Konsequenzen bereits existierender partieller Grenzen des Wachstums leiten, dann folgt daraus die Notwendigkeit einer Änderung der Orientierung vom generellen Wachstum zu einer differenzierten Entwicklung der verschiedenen Bereiche und Regionen der Volkswirtschaften. Dieser geänderten Orientierung entspricht folgendes Entwicklungsmuster:

1. Weiterhin wachsen sollte die Produktion jener Güter und Leistungen, bei der die Versorgung der Bevölkerung unzureichend ist. Gleiches gilt für die Produktion für den Export. Das sollte vor allem für jene Regionen gelten, in denen die Belastungen des Wachstums noch nicht von der Bevölkerung abgelehnt werden.
2. Hingegen sollte die weitere Ausweitung der Produktion bei jenen Gütern und Leistungen, die in unserem Land und auf der Welt nur begrenzt vorhanden sind, möglichst gedämpft werden. Das gilt für knappe, nicht vermehrbare Energieträger, wie Erdöl oder Uran, aber auch für den weiteren Ausbau jener Industrie- und Fremdenverkehrsregionen, die heute bereits an ökologische Grenzen stoßen. (Daß es in österreichischen Fremdenverkehrsregionen schon „Stabilisierungs-Kandidaten" gibt, hat z. B. die internationale Studie über Obergurgl deutlich gezeigt.)
3. Schließlich sollte es bei jenen Produktionen, die Güter erzeugen, die der Zerstörung dienen oder diese unbeabsichtigt herbeiführen, zu einer gezielten Reduktion kommen. Das wohl gewichtigste Beispiel sind die Rüstungsgüter und unter die-

sen die Atomwaffen. Aber dazu sind auch zivile Güter zu zählen, die, wie der herkömmliche Treibstoff von Spraydosen oder bestimmte chemische und pharmazeutische Produkte, aber auch Solarien oder gewisse Produkte der Unterhaltungselektronik, mehr Schaden als Nutzen stiften.

Auch INTERFUTURES verbindet das Szenario moderaten Wachstums mit einem „neuen Wachstumstypus", in dem die „neuen Werthaltungen" ihren Niederschlag finden. Die Idee bleibt jedoch vage und ebenso von der Mikro-Ebene abgehoben wie die Analysen der Konsistenz der Makrovariablen. Diesen Mangel vermeidet die Orientierung der differenzierten Entwicklung. Eine solche ist jedoch nicht zu erwarten, wenn nicht gleichzeitig die Entscheidungssituation der Individuen und Unternehmungen verändert wird. Deshalb ist die Reform der Entscheidungsverhältnisse von zentraler Bedeutung für den „neuen Typus" des gemäßigten Wachstums.

Eine solche Reform der Entscheidungsverhältnisse hätte aus mindestens zwei Schritten zu bestehen:

Erster Schritt: Festsetzung einer quantitativen Grenze der Bereitstellung (Produktion) und der Nutzung (des Konsums). Diese Festsetzung sollte möglichst partizipativ, aber auch unter Nutzung höchster fachlicher Expertise und politischer Kompetenz erfolgen. Partizipation ist notwendig, weil nur mit breiter Zustimmung ein gleichgerichtetes Verhalten zustande kommt. Eine Zustimmung aber ist dann nicht ausgeschlossen, wenn eine Überschreitung der Grenze die Lebensbedingung der großen Mehrzahl schädigt oder bedroht und dem lediglich zeitlich begrenzte Vorteile weniger gegenüberstehen.

Zweiter Schritt: Nach Festlegung einer verpflichtenden quantitativen Grenze müssen die Möglichkeiten geschaffen werden, damit die Individuen aus Eigeninteresse durch ihr Verhalten zur Verwirklichung beitragen. Dazu gehören a) eine wirksame Aufklärung durch ein entsprechendes Signalsystem, b) ein wirksames Anreizsystem und c) Institutionen, die bei der Implementierung unter die Arme greifen. Wesentlich ist dabei, daß diese Signal- und Anreizfunktion für Anbieter und Nutzer nicht immer

symmetrisch sein kann, wenn damit ein kongeniales Verhalten beider Marktparteien zustande kommen soll. Die Aufgabe besteht deshalb darin, die Preise, Steuern und Prämien so zu kombinieren, daß ein gleichgerichtetes Mikroverhalten im Sinne der quantitativen Grenze am wirkungsvollsten zustande kommt.

Eine Reform der Entscheidungsverhältnisse ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Inszenierung einer differenzierten Entwicklung. Weder zentralstaatliche Planung noch Markt und Wettbewerb allein könnten dies bewerkstelligen. Bei dieser Reform ist jene „Kardinalregel" der Politik zu berücksichtigen, die besagt, daß es nicht möglich ist, von den Menschen ein Verhalten zu erwarten, das sich nachhaltig gegen ihre Eigeninteressen richtet.

Die vorgeschlagene Reform der Entscheidungsverhältnisse erscheint in allen jenen Fällen notwendig, in denen die Verfolgung des Eigeninteresses das Gesamtinteresse schädigt. In diesen Fällen konzidiert auch die liberale Theorie Adam Smith' Eingriffe in die Wirtschaft. Ich habe in meinem Vortrag vor der Volkswirtschaftlichen Tagung der Oesterreichischen Nationalbank am 1. Juni 1976 gezeigt, daß derzeit die Verfolgung des Eigennutzes in der urbanisierten, technisierten und chemisierten Welt in einer zunehmenden Anzahl von Fällen gesellschaftliche Schäden hervorruft. Das Auseinanderklaffen von individuellem und gesellschaftlichem Interesse kann selbstverständlich nicht autoritär festgestellt werden. Analoges gilt für Eingriffe, die die individuellen Entscheidungsverhältnisse im Sinne des gesellschaftlichen Interesses reformieren sollen; auch jene können nicht technokratisch verordnet werden. In beiden Fällen bedarf es deshalb einer demokratisch-partizipativen Legitimation.

Beispiele zur Veranschaulichung

Der Grundgedanke, auf dem die Orientierung der differenzierten Entwicklung fußt, ist weder neu noch revolutionär. Er hat seine Bewährungsprobe in der österreichischen Forst- und Wald-

wirtschaft schon längst abgelegt. Oder kann man sich vorstellen, wie es um Österreichs Wald- und Wildbestand aussähe, wenn es für Holzeinschlag und Wildabschuß keine quantitativen Grenzen gäbe? Beide Bereiche zeigen auch, daß innerhalb der gesetzten Grenzen der Preismechanismus sehr wohl eine wichtige Allokationsfunktion ausüben kann. Am Beispiel der Landwirtschaft, des Fremdenverkehrs und des Energiesektors soll nun gezeigt werden, welcher Wandel in den Methoden der Politik notwendig ist, um eine entsprechende Änderung der Mikro-Entscheidungsverhältnisse herbeizuführen.

Erstes Beispiel: Landwirtschaft

An der Agrarpolitik Österreichs, aber auch jener der EG-Länder, läßt sich sehr deutlich zeigen, wie die *Methoden* der Politik zur Bewältigung alter und zur Entstehung neuer Probleme beitragen können. Deshalb können auch die neuen Probleme nur durch eine Änderung der Methoden bewältigt werden.

In der *alten Agrarpolitik* ging es um die Beseitigung von Mangellagen. Dazu war eine Erhöhung der Arbeits- und Flächenproduktivität notwendig. Neben den üblichen Förderungs- und Schulungsmaßnahmen und der Konkurrenz bildete eine generelle, unbegrenzte Preissubvention pro Erzeugungsmenge das mächtige Anreizinstrument. Nachdem der Sättigungsbereich erreicht worden ist, das ist eine der bereits jetzt in Westeuropa wirksamen „partiellen Grenzen des Wachstums", führte ein solches Anreizsystem aber zu steigenden Überschüssen mit entsprechenden Finanzierungs- und Verwertungsproblemen. Eine Methode der Politik, die gestern noch richtig gewesen ist, wird nun zur Plage. Deshalb bedarf es einer *Reform in der Agrarpolitik*. Es geht dabei *erstens* um die Einführung einer quantitativen Grenze. *Zweitens* ist die Einhaltung dieser Grenze durch eine Staffelung der Subvention den Produzenten schmackhaft zu machen und ihre Überschreitung ist zu entmutigen. In Österreich wurde für Milch 1978 ein Richtmengensystem eingeführt, dessen

Grundgedanke der hier befürworteten zweischrittigen Reform der Entscheidungsverhältnisse entspricht. Die ersten Ergebnisse sind positiv. Sicherlich gibt es noch Mängel, bekanntlich ist nichts vollkommen. Vor allem wäre es notwendig, die Reform in Richtung einer regionalen Differenzierung weiterzuführen, wenn in den achtziger und neunziger Jahren die Produktion in der Landwirtschaft nicht ausschließlich in den Gunstlagen, vor allem des Marchfeldes und des Alpenvorlandes, stattfinden soll.[6])

Zweites Beispiel: Fremdenverkehr

Im europäischen Fremdenverkehr gibt es zweifellos einige Regionen, die bereits heute die ökologische und qualitätsmäßige Gefahrenzone erreicht haben und in denen eine weitere mengenmäßige Expansion kontraproduktiv und deshalb unerwünscht ist. (Kandidaten hiefür sind Palma de Mallorca, Costa Brava, Obergurgl, St. Anton oder auch das unmittelbare Gebiet um den Wörthersee.)

In der *alten Politik* wurden diese Regionen, mehr oder weniger wildwüchsig, durch lokale Wirtschaftstreibende und durch externe Kapitalgruppen ausgebaut. Es gab zwar Einschränkungen von Seiten der Flächenwidmung und des Baulandangebotes. Förderungen, vor allem aus Gründen der Sicherung von Einkommen aus dem Ausländerfremdenverkehr, wurden großzügig zur Verfügung gestellt. Die unbegrenzte Fortsetzung dieser Politik ist selbstzerstörerisch. Dort, wo die Bevölkerung noch über ihre Lebensgrundlagen mitbestimmen kann, kann dies auch einsichtig gemacht werden. Dort, wo kurzfristige Interessen, wie die Amortisation des Kapitals, das von außen zur Verfügung gestellt wird, im Vordergrund stehen, ist die Einsicht weniger zu erwarten.[7])

---

[6]) G. Scheer/J. Krammer, Situation, Perspektiven und Alternativen im österreichischen Agrarsystem. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 2/1979, S. 169 ff.

[7]) Vgl. C. Schremmer, Kritische Analyse der Raumplanung im Bezirk Landeck (Diplomarbeit der TU Wien, hektografiert), 1980.

Eine problemadäquate Politik erfordert quantitative Grenzen für Bebauung, Bettenkapazität, Parkraum, Aufstiegshilfen, Motorbootdichte u. ä. Sie sind unerläßlich, wenn an den Ertragsquellen nicht Raubbau betrieben werden soll. Durch eine solche Politik wird die quantitative Expansion auf andere Regionen ausweichen bevor irreparabler Schaden entstanden ist.

Drittes Beispiel: Energieversorgung

Zwischen der alten Agrar- und der alten Energiepolitik gibt es eine auffallende Parallele: Beide waren in erster Linie Produktions- und Bereitstellungspolitik. In beiden Fällen ging es um den Erfolg in der „Produktionsschlacht". Im Unterschied zur Agrarproduktion ist bei Energie der Zustand der Sättigung *erstens* nicht so leicht erkennbar und *zweitens* nicht lange andauernd. Dies deshalb, weil der Energiesektor, und darin vor allem die Stromerzeugung, wahrscheinlich der einzige Sektor der Wirtschaft ist, in dem bisher das *Saysche Gesetz* voll gültig ist, wonach sich das Angebot seine eigene Nachfrage schafft. (Das gilt zumindest für die „bequemen" Energieformen wie Strom.) Soviel Energie kann gar nicht angeboten werden, daß es nicht noch Verwendungen gibt, mag nun damit ein Komfortgewinn verbunden sein oder nicht. Drei Beispiele mögen genügen: Der Glaskult in der Architektur, durch den viel Energie benötigt wird; zur Heizung im Winter und zur Kühlung im Sommer, zur Beleuchtung und Entlüftung in den Korridoren. Weiters die geheizten Freiluftschwimmbecken für die Winterzeit. Und schließlich die Abschaffung der Jahreszeiten durch die kontinuierliche Glashausproduktion von Gemüse. Bei Überschußkapazitäten liefert die Kostentheorie die Begründung für Lockangebote zur Teilkostendeckung. Die Mengenrabatte durch den degressiven Tarif sind ein Ausdruck davon.

In der *alten Energiepolitik* geht es also um *Expansion*. Der Preis ergibt sich als eine strategische Variable, in die der Gestehungspreis, vermehrt um einen konjunkturabhängigen Monopol-

aufschlag oder vermindert um einen auslastungsgradabhängigen Preisabschlag, eingeht. Der Wirkungsgrad der Energieumwandlung, die begrenzte Verfügbarkeit nicht erneuerbarer Primärenergieträger oder die ineffiziente Nutzung bleiben dabei völlig unberücksichtigt. Diese drei Argumente sind auch aus der Mikroperspektive der Energieunternehmen zur Zeit noch nebensächlich, weil sie die unternehmerische Ertragsplanung nicht berühren.

In der *neuen Energiepolitik* hingegen müßten quantitative Grenzen eine zentrale Rolle spielen, sei es in Form von Erzeugungsmengen (auch von Alternativenergie) oder sei es in Form von Sparzielen (Verbrauchsmengen), wie sie von der Internationalen Energie-Agentur in Paris den Mitgliedsländern auch vorgeschlagen werden. Diese Ziele sollten im Verhandlungswege erarbeitet werden. Aber nur aus einer *Kombination* aus Angeboten an Information und technologischen Möglichkeiten, aus organisatorischen Hilfen, aus dezentraler Orientierung an Kosten und Preisen, aus quantitativen Auflagen und aus dem Steuer/Subventionsinstrumentarium kann jenes tausendfache Verhalten in den privaten Haushalten, in der Wirtschaft und in den öffentlichen Institutionen erwachsen, ohne das jegliche Politik erfolglos bleiben muß. In diesem Zusammenhang spielt die Bereitstellung zusätzlicher Energie, auch aus Kernspaltung, eine wichtige Rolle. Es ist aber klar, daß die Energiepolitik sich nicht in der Frage „Zwentendorf: ja oder nein?" erschöpfen kann.

Die niedrigeren Erzeugungskosten des Atomstromes, gehen wir von dieser Prämisse aus, sind im Rahmen einer rationalen Energiepolitik ein zweischneidiges Argument. Dieses Argument wäre nur dann zulässig, wenn durch eine Energiesteuer ein Atomstrompreis zustande käme, der einen Anreiz zur effizienten Nutzung und zur Substitution von nicht erneuerbarer durch erneuerbare Energie bildet. Bei jeder Steuer auf Energie ist jedoch darauf zu achten, daß ihre Verwendung nicht zu höheren Energieinputs führt. Eine Energiesteuer ist nur dann energiesparend, wenn ihr Ertrag entweder *stillgelegt* oder zur *Finanzierung einer rationelleren Energienutzung* einschließlich eines sozialen Härte-

ausgleiches *verwendet wird.* Eine Energiesteuer ist unter diesen Umständen jedoch außerordentlich wichtig, weil sie Knappheiten anzeigen kann, ohne gleichzeitig einen Anreiz zu einer Erhöhung der Erzeugungskapazität zu liefern. In einem rationalen Energieversorgungssystem sollte den Elektrizitätsunternehmungen überdies eine Prämie im Ausmaß der bereitgestellten, aber nicht genutzten Kapazität angeboten werden, die ihr Interesse auch am sparbedingten Rückgang des Absatzes weckt. Dieses Prämiensystem sollte degressiv sein, um nicht die Nichtproduktion „attraktiv" zu machen. Der Vorschlag mag sicherlich für konventionelles Denken eine Provokation sein. Zumindest ebenso provokant erscheinen jedoch Entscheidungsverhältnisse, wie sie jetzt bestehen, und in denen die Energieproduzenten Ertragseinbußen erleiden, wenn sich die Menschen so verhalten, wie es volkswirtschaftlich richtig ist, und deshalb den Energieverbrauch verringern. Im übrigen läßt sich die Existenz des Kernkraftwerks in Zwentendorf als eine solche bereitgestellte und nicht genutzte Kapazität auffassen, die allerdings weder geplant noch Teil eines Prämiensystems ist. Deshalb wirkt die Existenz dieser Kapazität auch derzeit noch nicht als Anreiz zur Verbesserung der Nutzungseffizienz.

An diesen drei Beispielen, die sich spielend fortsetzen ließen, läßt sich zeigen, daß wir in den siebziger Jahren in eine Periode eingetreten sind, in der die alten Methoden der Politik zunehmend stumpf werden. Die alten Methoden waren Antworten auf die alten Fragen. Sie waren erfolgreich, aber es sind, nicht zuletzt durch ihren Erfolg, neue Probleme entstanden. Diese erfordern neue Antworten, was ohne Nachdenken nicht gehen wird. Die Intensivierung der alten Methoden der Politik führt zur „Sklerose", das Zurückfallen auf Positionen des Laisser-faire führt zu sozialer Deklassierung und politischer Turbulenz. Differenzierte Entwicklung als zeitgemäße Orientierung erfordert einen Methodenwandel in der Politik. Wenn dieser unterbleibt und deshalb die Probleme weiterwachsen, dann sind jene verantwortlich zu machen, die den Methodenwandel unterlassen oder sogar verhindern.

Für eine „neue Kultur der Politik"

Nach INTERFUTURES ist es von großer Bedeutung, in den OECD-Ländern gegenüber der Zukunft eine optimistische Haltung zu entwickeln. Nach meiner Auffassung kann dies nur mit einer Politik gelingen, die von der „neuen Wirklichkeit" ausgeht, die übrigens von Dichtern wie Elias Canetti früher als von Wissenschaftern entdeckt wurde. Anders als in der *alten Politik*, die im wesentlichen auf einen Forderungskatalog an den Staat hinausläuft, der sich zwischen links und rechts inhaltlich und im Umfang nur in bezug auf den Kreis und auf das Gewicht der Adressaten unterscheiden läßt, geht es bei der neuen Politik um eine Veränderung der *Verhaltensweisen*. Es geht dann nicht mehr allein mit der mehr oder weniger effizienten Betätigung der staatlichen oder kommunalen Maschinerie, um den Ausstoß von Gesetzen und um die Verwirklichung von Ausgabenprogrammen. Es geht zusätzlich um die Dramaturgie und Inszenierung von gesellschaftlichen Situationen. Die Wortwahl ist dabei nicht zufällig: Nicht mehr die Funktion des Technokraten und Bürokraten allein, sondern auch jene des Regisseurs ist notwendig, wenn es um die Bewältigung der neuen Aufgabe geht. Dabei ist nicht der geniale Regisseur gemeint, sondern ein Mensch mit der Fähigkeit zur Organisation von Partizipation der Beteiligten und Betroffenen. Für die Einbeziehung von Partizipation in die reformierten Entscheidungsverhältnisse sollte nicht allein der Umstand ausschlaggebend sein, daß dies einer Mode entspricht, oder daß Mitbestimmung ein „Grundwert" ist. Denn vor allem spricht hiefür die Einsicht, daß dadurch mehr und bessere Informationen in den Entscheidungsprozeß eingehen und deshalb potentiell ein qualitativ und quantitativ besseres Ergebnis zustande kommt. Partizipation ist vorzuziehen, weil durch sie ein bedürfnisgerechteres und deshalb effizienteres Ergebnis zustande kommt. Nur dann wird sie sich übrigens gegenüber all den Widerständen, die heute bestehen, auch durchsetzen.

Differenzierte Entwicklung aufgrund reformierter Entscheidungsverhältnisse kann aber nur stattfinden, wenn gleichzeitig

das Beschäftigungs- und das Technologieproblem in annähernder Weise zufriedenstellend gesellschaftlich bewältigt wird.

Wenn es stimmt, daß Vollbeschäftigung in den OECD-Ländern in den achtziger Jahren nur erreicht werden kann, wenn die jährliche Wachstumsrate bei 5% liegt, und diese zu erreichen in höchstem Maße unwahrscheinlich ist, dann ist es dennoch keine gute Politik, das Arbeitslosigkeitsrisiko den Menschen aufzubürden oder die Revision der Werthaltungen im Sinne der alten Methoden, bzw. das Einfügen in das „Unvermeidliche", zum Hauptanliegen der Politik zu machen.

Wenn durch Wachstum Vollbeschäftigung nicht mehr sicherzustellen ist, dann ist das Arbeitsvolumen eben bei dem gegebenen Wachstum auf alle Arbeitsuchenden aufzuteilen, oder anders ausgedrückt: Es ist die Arbeitslosigkeit gleichmäßig zu verteilen. „Neues Wachstum", wie es nach INTERFUTURES durch die sich ändernden Werthaltungen zustande kommt, darf nicht um den Preis der Deklassierung von Millionen, vor allem junger Menschen, erkauft werden. Auch diese Verteilung des Arbeitsvolumens ist eine Aufgabe, die durch eine Reform der Entscheidungsverhältnisse zu inszenieren ist. Dabei ergeben sich weitreichende Konsequenzen, vor allem bei der Finanzierung personengebundener, nicht mechanisierbarer Dienstleistungen. Es ist dies ein Thema, das mit Steuerwiderstand und dem Wachstum des *dritten Sektors* (autonom oder informell genannt) zusammenhängt; darüber habe ich vor vier Jahren bei der Volkswirtschaftlichen Tagung der Oesterreichischen Nationalbank am 1. Juni 1976 erstmals als Entwicklungsperspektive gesprochen. Mittlerweile sind die damals als sozialromantisch belächelten Gedanken zu steigender theoretischer und praktischer Beachtung gekommen.[8]) INTERFUTURES ist ein Beispiel dafür. Auch die WIFO-Studie „Ausblick auf die achtziger Jahre" enthält zum Thema „Der autonome Sektor der Wirtschaft" erstmals einen Beitrag von J. Skolka, der sich selbst schon lange mit diesen Fragen beschäf-

[8]) Ein Überblick über die Entwicklung dieses Wissensgebietes findet sich in E. Matzner, Zur Entwicklung des autonomen Sektors. In: thema, Nr. 2/1980.

tigt. Entgegen der Ansicht mancher Autoren kann aber das Beschäftigungsproblem nicht auf den autonomen Sektor abgewälzt werden.

Mit dem Beschäftigungsproblem aufs engste verbunden ist das *Technologieproblem*. Denn die Akzeptanz oder Nichtakzeptanz von Technologien entscheidet, wieviele neue Investitionen getätigt werden können. Vor den Tatsachen eines wachsenden Mißtrauens gegenüber der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung, hier manifestiert sich der von INTERFUTURES hervorgehobene Wertwandel, kann realistischerweise nicht vorbeigesehen werden. Auch hilft es nicht, gleichsam geschichtsdeterministisch das Heraufkommen einer „neuen Romantik" festzustellen und dann dagegen den Kampf anzusagen.[9]) Der Widerstand hat seine realen Ursachen vor allem in den *partiellen Grenzen*, die der Wachstumsprozeß erreicht hat. Der Widerstand, den diese hervorrufen, erscheint nicht ausschließlich neoromantisch, sondern zum Teil rational und ist in seinem Kern aus der Wirklichkeit erklärbar. Irrational hingegen ist es, wenn sogenannte Realisten solche Grenzen nicht sehen können oder wollen.

Es mag sein, daß es ein quasi-anthropologisches Bedürfnis nach Angst gibt, und daß die moderne Großtechnologie die neue „Höllenangst" erzeugt.[10]) Gewiß hingegen ist, daß die technologische Entwicklung, insbesondere die Kernspaltung, nicht nur, wie dies etwa bei der vornuklearen Technologie der Fall ist, *konkretes* Leben, sondern auf großen dicht besiedelten Gebieten, zeitlich nahezu unbegrenzt, *mögliches* Leben gefährden oder zerstören kann. Darauf beruht die Unvergleichbarkeit von „Unfällen", z. B. im Kohlenbergbau, mit dem Unfallsrisiko bei Kernkraftwerken. Nach C. F. v. Weizsäcker liegt eine der Erfolgsbedingungen des wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts darin, Fragen nicht gestellt zu haben. Es kann nicht verwundern, wenn Antworten heute von anderen Seiten kommen.

---

[9]) H. Kienzl in: Die neue Romantik, Oesterreichische Nationalbank (Hrsg.), Wien 1979.
[10]) E. Gehmacher, Technikverdrossenheit und Technologiemißtrauen. In: Die neue Romantik, a. a. O., S. 53.

Angesichts der neuen Dimension der Destruktivität müssen die bisher zu kurz gekommenen Fragen heute gestellt und beantwortet werden. Der „Technologie-Laisser-faire" ist durch eine geplante Technologie-Kontrolle abzulösen, auch weil er möglichen Fortschritt blockiert. Heute gibt es keine Institutionen, die jene Kontrollen durchsetzen, die der neuen Dimension der Zerstörungskraft gemäß sind. Die Ereignisse beim Störfall in Brunsbüttel (BRD) und bei der nicht durch bewußtes menschliches Handeln, sondern allein durch glückliche Umstände ausgebliebenen Katastrophe in Harrisburg, liefern dafür deutliche Belege. Der Wildwuchs, der teilweise bei der Planung und Errichtung des Kernkraftwerks in Zwentendorf herrschte, machen diese Überlegungen für Österreich in höchstem Maße aktuell.

Für mich ist eine Zustimmung zur Inbetriebnahme des Kernkraftwerks in Zwentendorf von drei Voraussetzungen abhängig:

Erstens von der Gründung einer der neuen technologischen Qualität entsprechenden kontrollierenden Institution, die mit jederzeitigem Vetorecht ausgestattet ist und in Hinkunft Planung und, was das Kernkraftwerk in Zwentendorf betrifft, Inbetriebnahme, laufenden Betrieb und Entsorgung überwachen müßte. Diese Institution, die auf einen Vorschlag eines anonym bleiben wollenden österreichischen Nuklearwissenschafters und Kernenergiebefürworters von internationalem Rang zurückgeht, müßte gegenüber Regierung, Verwaltung und Wirtschaft autonom sein. Ihr Status sollte dem der obersten Gerichte entsprechen, jedoch im Unterschied zu diesen, zu voller Öffentlichkeit verpflichten.

Zweitens von weiteren Fortschritten bei der Inszenierung einer rationalen Energienutzungspolitik, da Atomenergie angesichts der gegebenen Probleme nur zur Restbedarfsdeckung verantwortbar erscheint.

Und *drittens* von einer demokratiegemäßen neuen Volksabstimmung, die, im Gegensatz zur Abstimmung über die Flötzersteig-Autobahn in Wien und über die Kernenergienutzung in Schweden, von vornherein ein eindeutig interpretierbares Ergebnis gewährleisten müßte. Ein solches wäre dann gegeben, wenn

entweder nur zwischen zwei Möglichkeiten zu wählen wäre oder bei drei Alternativen ein zweiter Wahlgang stattfinden müßte, wenn im ersten keine Alternative mehr als die Hälfte der Stimmen erhält.

Im übrigen gehöre ich zu denen, die eine neue Volksabstimmung befürworten, wenn diese unter jenen rationalen Bedingungen stattfindet, die einer Demokratie würdig sind. Dazu zähle ich auch den Rat des Herrn Bundespräsidenten, zwischen der ersten und einer neuerlichen Volksabstimmung mindestens vier Jahre verstreichen zu lassen sowie selbstverständlich das Vorliegen neuer Tatbestände. Daß an einer solchen Auseinandersetzung die Jugend lebhaften Anteil nehmen wird, ist verständlich. Denn es geht doch um die Lebensbedingungen ihrer Zukunft, die bekanntlich, gemessen an der durchschnittlichen Lebenserwartung, um 30 bis 50 Jahre weiter reicht als jene der politischen, wirtschaftlichen, administrativen und wissenschaftlichen Establishments, die Kraftwerksentscheidungen treffen.

Erstarrung oder Innovation?

Nach Auffassung des sozialpartnerschaftlichen „Arbeitskreises für ökonomische und soziologische Studien" („Wachstumsalternativen", Wien 1980) gibt es angesichts der Probleme, die mit einer Wachstumsverlangsamung zusammenhängen, vier Entwicklungsmuster:

1. *Explosion*, also die revolutionäre Zerstörung des bestehenden Systems, mit nachfolgendem Chaos oder Neubeginn;
2. *Implosion*, also der Systemzerfall, mit sozialer Desintegration und Rückkehr zu weniger komplexen Gesellschafts- und Produktionsformen;
3. *Erstarrung*, also die Adaption an reduzierte Produktions- und Kulturdynamik durch rigides Fixieren bestehender Formen, zwangsläufig begleitet von Zentralisierung, Bürokratisierung und Einengung des Toleranz- und Freiheitsraumes;

4. *Innovation*, also der Durchbruch zu einer neuen Orientierung, die auf dem alten System aufbauend, die entstandenen Probleme zwar nicht konfliktfrei, aber evolutionär bewältigt.

Die Autoren der sozialpartnerschaftlichen Studie kommen zu der Auffassung, daß derzeit „am ehesten die Tendenzen zu Erstarrung und zu Innovation um die geistige Dominanz (ringen)". Erstarrung und Stagnation bedeutet mehr soziale Kontrolle, Vorliebe für das Beständige, die Gesellschaft wird zunehmend etatistisch und autoritär. Ihr entspricht auch die Neigung zu politischen Koalitionen, die die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zementieren.

Dieser Vortrag ist als ein weiterer Versuch zu „Überlegungen zu einem neuen Basiskonsens"[11]) aufzufassen, der, so wie die sozialpartnerschaftliche Studie, davon ausgeht, daß die *soziale Innovation* die günstigste Form der Bewältigung der Probleme der Zukunft ist. Die Chance eines „neuen Basiskonsens" im Sinne der *Innovation*, für den die Orientierung und die Themen der Auseinandersetzung, nicht aber die Regierungsform entscheidend ist, steht in unserem Land besser, als sich die Kräfte der „Erstarrung" vorstellen können. Damit steigt die Aussicht auf eine humane und demokratische, d. h. der Würde des Menschen gemäße Bewältigung der Probleme der achtziger Jahre.

Dank der Periode der generellen Expansion kann vor allem in der industrialisierten Welt die moderne demokratische Gesellschaft mehr Menschen mehr Freiheiten (Optionen) bieten als jede andere Gesellschaft, „aber um die Bindungen und Bezüge der Menschen ist es in ihr weniger gut bestellt", heißt es in R. Dahrendorfs neuem Essay über Fortschrittshoffnung und Kulturpessimismus. Die Orientierung der *differenzierten Entwicklung* nimmt ihren Ausgang von Problemen, die die Existenzgrundlagen des Menschen gefährden können. Sie ist mit Bindungen verbunden, die von den Individuen deshalb eine Chance haben, als

---

[11]) E. Matzner, Überlegungen zu einem neuen Basiskonsens. In: Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 2/1979, (Vorabdruck in: Der öffentliche Sektor – Forschungsmemoranden, Heft 1/1979).

politische Pflichten akzeptiert zu werden, weil sie, wie es von C. B. Macpherson formuliert wurde, „der alles überragenden Forderung (entspricht), daß . . . menschliche Gesellschaft, das Zusammenleben oder Dasein des Menschen . . . vor allen Dingen verteidigt werden muß".

Nach R. Dahrendorf ist „die Stiftung von Bindungen, in denen die Möglichkeiten der modernen Gesellschaften nicht geleugnet, sondern akzeptiert und bewältigt werden, das große ungelöste Problem unserer Zeit". Ich bin optimistisch genug zu hoffen, zur Bewältigung dieses Problems eine Anregung gegeben zu haben.

Überblick über binnenwirtschaftliche Probleme

Podiumsgespräch

Prof. Dkfm. Hans Seidel
Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Hofrat Dr. Anton Kausel
Abteilungsleiter des Österreichischen Statistischen Zentralamtes

Prof. Dr. Stephan Koren
Präsident der Oesterreichischen Nationalbank

Dkfm. Seidel:

Um die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die sich daraus ergebenden wirtschaftspolitischen Probleme zu verstehen, muß man etwas ausholen und zumindest in groben Linien die Entwicklung seit der Rezession 1974/75 skizzieren. Ich bitte um Verständnis, wenn ich dabei Bekanntes wiederhole.

Die österreichische Wirtschaftspolitik hat in der Rezession 1974/75 eine unorthodoxe Kombination wirtschaftspolitischer Maßnahmen gewählt. Es wurde versucht, Hartwährungspolitik mit keynesianischem Nachfragemanagement zu verknüpfen. Diese Kombination widersprach herkömmlichen Vorstellungen. Viele Wirtschaftspolitiker und -theoretiker waren (und sind vielfach noch) der Auffassung, daß nur der eine Hartwährungspolitik durchstehen kann, der „monetaristische Härte" zeigt. Das gilt umsomehr, als die anderen Staaten des mitteleuropäischen Hartwährungsblocks zumindest zeitweilig und in bestimmten Dimensionen monetaristisches Gedankengut in die Praxis umzusetzen versuchten. Umgekehrt gehörte es zum keynesianischen Gedankengut, daß binnenwirtschaftliche Ziele den Vorrang vor außenwirtschaftlichen Zielen haben. Im Klartext heißt das, wenn die nationale Vollbeschäftigungspolitik zu Zahlungsbilanzschwierigkeiten führt, senkt man den Außenwert der Währung und wertet ab. Die schwedische Wirtschaftspolitik etwa, die manchmal als Vorbild für die österreichische Wirtschaftspolitik hingestellt wurde, ist diesen Weg gegangen.

Die österreichische Mittelkombination war entgegen vielen skeptischen Stimmen erfolgreich. Das heißt nicht, daß die Vorteile der Hartwährungspolitik (insbesondere der rasche Abbau der Inflationsraten nach 1975) kostenlos gewesen wäre. Die Hart-

währungspolitik hatte schon ihren Preis. Mit dem nominellen Wechselkurs ist zumindest zeitweilig auch der reale Wechselkurs des Schillings gestiegen. Österreich wurde, verglichen mit dem Durchschnitt seiner Handelspartner, teurer, sowohl was die Lohnstückkosten in der Industrie als auch was die Reisegeldparitäten oder die Konsumgeldparitäten anlangt.

Änderungen in den realen Wechselkursen haben jedoch zwangsläufig auch Realeffekte (sofern sie nicht ihrerseits bereits die Folge realer Änderungen waren). Prof. Tichy und ich haben unabhängig voneinander eine Schätzung von Prof. Niehans für die Schweiz nachvollzogen und kamen für Österreich zu ähnlich hohen Elastizitätskoeffizienten der Industrieproduktion in bezug auf den realen Wechselkurs. Auch zwischen Ertragsindikatoren der Industrie und dem realen Wechselkurs lassen sich statistische Zusammenhänge nachweisen. Und es scheint mir aufgrund der Evidenz, die gegenwärtige und frühere Mitarbeiter meines Institutes beigebracht haben, keine Frage zu sein, daß auch die Leistungsbilanz belastet wurde, wenngleich der Mengeneffekt (die Ausweitung der realen heimischen Nachfrage) wahrscheinlich mehr zur Verschlechterung der Leistungsbilanz 1977 beigetragen hat als der Preiseffekt (die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit).

Diese Nachteile der Hartwährungspolitik konnten jedoch in Kauf genommen werden, weil die Reaktion der Leistungsbilanzen auf Änderungen des realen Wechselkurses verhältnismäßig gering waren, weil Österreich über reichliche Devisenreserven verfügte und als international kreditwürdig gilt. Schließlich bestand Aussicht, daß nach Brechung der Inflationsmentalität die Gewerkschaften zu einer stabilitätskonformen Lohnpolitik bereit sein werden.

Ein Umschwenken auf eine zahlungsbilanzorientierte Wirtschaftspolitik war früher oder später notwendig. Als sich im Laufe von 1977 die Leistungsbilanz deutlich verschlechterte, schien der Zeitpunkt für einen Kurswechsel gekommen. Das problematische an der Situation 1977 war nicht so sehr die Höhe des Leistungsbilanzdefizites, als vielmehr seine rasche Zunahme so-

wie der Umstand, daß im Grunde nur das eintrat, was ohnehin von Wirtschaftstheoretikern und -praktikern erwartet worden war.

Die Korrektur des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichtes wurde zunächst durch eine Drosselung der heimischen Nachfrage angestrebt, wobei durch Einführung des dritten Mehrwertsteuersatzes gleichzeitig versucht wurde, die Nachfrage von ausländischen Gütern auf heimische umzuschichten. Die Zurücknahme des Wachstumstempos und die relative Verteuerung dauerhafter Konsumgüter, die hauptsächlich importiert werden, sollten der Wirtschaftspolitik den erforderlichen Spielraum für mittelfristig wirksame Maßnahmen geben. Tatsächlich ging das Wachstum 1978 deutlich zurück, und das Leistungsbilanzdefizit schrumpfte auf einen unbedeutenden Betrag. Bemerkenswert war, daß trotz der Wachstumsverzögerung die Vollbeschäftigung erhalten werden konnte, womit jenen Kritikern der Wind aus den Segeln genommen wurde, die behaupteten, daß eine Sanierung der Leistungsbilanz bei Fortsetzung der Hartwährungspolitik nur mit erheblichen sozialen Opfern möglich wäre. Ich kann auf die Frage, warum beschäftigungspolitische Konsequenzen ausblieben, an dieser Stelle nur eine kursorische Antwort geben. Die Mannproduktivität hat sich in den Jahren seit der Rezession 1974/75 in erstaunlich hohem Maße den Wachstumsschwankungen angepaßt, sodaß diese nicht oder nur geringfügig auf den Arbeitsmarkt durchschlugen. Die Hortung von Arbeitskräften in einigen Großunternehmungen der Industrie spielte dabei nur eine verhältnismäßig geringe Rolle. Entscheidend war vielmehr, daß aus Gründen, die zur Zeit noch nicht voll geklärt sind, der Dienstleistungssektor Arbeitskräfte wie ein Schwamm absorbierte.

Den verantwortlichen Wirtschaftspolitikern war indessen klar, daß die Wachstumsdrosselung nur eine temporäre Maßnahme sein konnte, bis andere Maßnahmen greifen, die die Zahlungsbilanz ohne beschäftigungspolitische Risken entlasten. Dazu gehörte eine hartwährungspolitikkonforme Lohnpolitik und eine taugliche Strukturpolitik. Mit Strukturpolitik werden sich die Referate Tichy und Haschek heute Nachmittag beschäftigen. Ich

möchte mich daher auf einige Bemerkungen zur Lohnpolitik beschränken.

Die Lohnpolitik der österreichischen Gewerkschaften war in den letzten Jahren bemerkenswert zurückhaltend. Schätzungen von Lohngleichungen bekommen die letzten Jahre meist nur dann in den Griff, wenn sie Dummy-Variable als Repräsentanten für die Lohnzurückhaltung einführen. Nach meinen ökonometrischen „Fingerübungen" nimmt diese Variable einen Wert von 2 bis 3% an, das heißt, die Lohnsteigerungsraten waren um diesen Prozentsatz niedriger als aufgrund der normalen Lohndeterminanten zu erwarten gewesen wäre. Nun sollte man solchen Schätzgleichungen nicht allzuviel Bedeutung beimessen. Aber der Tatbestand bleibt bestehen, daß in Österreich – wenngleich mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung – eine Senkung der nominellen und der realen Lohnsteigerungssätze möglich war, ohne daß die Arbeitslosigkeit nennenswert gesteigert wurde. Die Korrektur der internationalen Kostenposition über die Einkommenspolitik war ein wichtiger Schritt zur Normalisierung der Ertragsspannen im exponierten Sektor und damit zur Konsolidierung der Zahlungsbilanz, ein Schritt, den selbst wohlwollende Kritiker der österreichischen Wirtschaftspolitik kaum für möglich gehalten hatten. 1978 und 1979 stiegen in Österreich Lohnstückkosten und Preise schwächer als im Durchschnitt der Handelspartner: Es kam zu realen Abwertungen, die freilich die realen Aufwertungen der Jahre vorher nur teilweise ausglichen. Nebenbei bemerkt: Die Befürworter einer nominellen Schilling-Abwertung haben gelegentlich eingewandt, daß die Einkommenspolitik auch zur Absicherung des Konkurrenzvorteils einer Abwertung und zur Vermeidung eines „vicious circle" eingesetzt hätte werden können. Eine konzertierte Lohnpolitik der Gewerkschaften ist jedoch schwieriger, wenn die Inflationsrate hoch ist und wenn die Einkommensverteilung ruckartig zugunsten der Unternehmererträge verschoben wird.

Die österreichische Wirtschaftspolitik war also, gestützt auf die wirtschaftliche Vernunft der Österreicher, in dem Sinne erfolgreich, daß trotz widriger weltwirtschaftlicher Bedingungen

die Inflationsrate wieder auf das in den sechziger Jahren gewohnte Maß gesenkt werden konnte, gleichzeitig die Vollbeschäftigung erhalten blieb und die außenwirtschaftliche Problematik zumindest entschärft werden konnte. „A small house in order" überschrieb der Economist seinen vor kurzem erschienenen Bericht über Österreich. Man darf indessen nicht übersehen, daß in dem Versuch, nach dem Ölschock der Jahre 1974/75 wieder einigermaßen die wirtschaftliche Balance zu gewinnen, Reserven und Handlungsspielräume ausgeschöpft wurden. Die Notenbank befindet sich nicht mehr in der gleichen komfortablen Devisenposition wie vor der ersten Ölkrise. (Ich darf daran erinnern, daß die Experten damals diskutiert haben, ob es sinnvoll wäre, daß Österreich über so hohe ertragslose oder jedenfalls nur wenig zinsbringende valutarische Reserven verfügt. Sorgen hatten wir damals!) Dem Finanzminister erscheint, wie ich glaube zu Recht, das Nettodefizit im Bundeshaushalt von durchschnittlich 4% mittelfristig als zu hoch, und er fordert eine Budgetkonsolidierung. Schließlich halte ich die Ertragsrelationen zwischen exponiertem und nicht exponiertem Sektor noch immer zu Lasten des ersten verzerrt, was eine mittelfristige Konsolidierung der Zahlungsbilanz erschwert. Um es bildlich auszudrücken: Wir haben zwar eine Schlacht gewonnen, aber es sind Wunden zurückgeblieben, deren Ausheilung noch einige Jahre ungestörter weltwirtschaftlicher Entwicklung erfordert hätte.

Die zur Regeneration erforderliche Zeit war der österreichischen Wirtschaft und der österreichischen Wirtschaftspolitik nicht vergönnt. 1979 kam es zu einer neuerlichen Rohölverteuerung, die sich zunächst in Grenzen zu halten schien und die die österreichische Wirtschaftspolitik zu einer Strategie veranlaßte, die man im Jargon des Schilaufens als „Durchdrücken des Bukkels" bezeichnen könnte. Die Ölverteuerung wurde als ein einmaliger und vorübergehender Preisschock aufgefaßt. Um Verstärker- und Sperrklinkeneffekte zu vermeiden, wurde das Konzept der Kostenstabilisierung entwickelt: Eine betonte Hartwährungspolitik sollte die Importverteuerungen möglichst in Grenzen halten; von den Gewerkschaften erwartete man, daß sie ihre

bisherige maßvolle Lohnpolitik fortsetzen und auf eine Abgeltung der ölpreisbedingten Verteuerungen verzichten; schließlich sollten die Zinssätze niedrig gehalten werden, wobei man Zinssätze, einer alten österreichischen Tradition folgend, ausschließlich als Kostenfaktor und nicht als einen Bestimmungsgrund für die Kapitalwerte bestehender realer oder nomineller Vermögensbestände auffaßte. Auf diese Weise hoffte man 1980 mit einer Inflationsrate von etwa 4½% bis höchstens 5% durchkommen und nachher rasch wieder zu einer Basisinflation von etwa 3½% zurückkehren zu können.

Inzwischen mußte die österreichische Wirtschaftspolitik zur Kenntnis nehmen, daß die Energiepreise viel stärker stiegen, als zunächst angenommen worden war. Der „Buckel", um im Jargon der Schiläufer zu bleiben, ließ sich nicht mehr durchdrücken; die österreichische Wirtschaft verlor „Bodenkontakt", und es wird erheblicher Anstrengungen bedürfen, um eine „weiche Landung" zu ermöglichen. Die allgemeine Teuerungsrate ging merklich über die ursprüngliche Zielvorstellung hinaus. Wahrscheinlich (und das ist eher eine vorsichtige Schätzung) wird der Verbraucherpreisindex im Durchschnitt des Jahres 1980 um 6% steigen, womit die Beibehaltung der ursprünglichen lohnpolitischen Konzeption kaum noch möglich erscheint. Die zweite Schwachstelle ist die Zahlungsbilanz. Nach der überraschend starken Reduktion des Leistungsbilanzdefizites im Jahr 1978 und den günstigen Ergebnissen in den ersten drei Quartalen 1979 schien es zulässig, an der Diagnose des Wifo und des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen zu zweifeln, wonach die Konsolidierung der Leistungsbilanz ein mittelfristiges Problem sei. Seit Herbst 1979 ist jedoch die Lücke in der Leistungsbilanz wieder merklich größer geworden. Die Juni-Revision der Wirtschaftsprognose 1980 liegt noch nicht vor. Aufgrund der bisherigen Entwicklung steht jedoch zu befürchten, daß das Leistungsbilanzdefizit (einschließlich statistischer Korrektur, die offensichtlich nur teilweise der Leistungsbilanz zuzurechnen ist) in diesem Jahr 3% übersteigen wird. Das ist wahrscheinlich mehr als der „faire Anteil" Österreichs am gemeinsamen Defizit aller Industrieländer.

Dazu kommt folgendes: Die Beschleunigung der Inflation und die Zahlungsbilanzschwierigkeiten werden weltweit durch eine Politik des knappen teuren Geldes zu bekämpfen versucht. Der internationale Zusammenhang der Geldmärkte (und in schwächerem Maße auch der Kapitalmärkte) ist so eng geworden, daß sich ein einzelnes Land keine eigenständige Zinspolitik mehr leisten kann. Die Zinsdifferenz zwischen ausländischen und inländischen Geldmärkten muß selbst bei unvollkommenen Märkten annähernd der Differenz zwischen dem Kassakurs und dem Terminkurs auf den Devisenmärkten entsprechen, sonst kommt es zu Zinsarbitrage. Während Österreich noch zu Beginn der siebziger Jahre eine Politik der Verstetigung der Zinssätze betreiben konnte und kurzfristige Schwankungen im Ausland nicht mitmachte, mußte schon im Jahr 1979 der Versuch aufgegeben werden, die Zinssätze zu drücken, weil die daraus resultierende Belastung der Zahlungsbilanz zu groß wurde. Die Ziele Stabilisierung der Importkosten durch Hartwährungspolitik und Stabilisierung (oder gar Senkung) der Zinskosten ließen sich nicht gleichzeitig erreichen. Vielmehr mußte eine zahlungsbilanzorientierte Zinspolitik als Voraussetzung für die Fortsetzung der Hartwährungspolitik akzeptiert werden.

Im Augenblick scheint es nicht allzu schwierig, die wirtschaftspolitischen Akzente richtig zu verteilen. Die österreichische Konjunktur hat sich bisher ungewöhnlich günstig entwikkelt: Im ersten Quartal dürfte das reale Brutto-Inlandsprodukt um mehr als 6% über dem Vorjahresstand gelegen haben. Die Arbeitslosenrate hat entgegen den Prognosen sinkende Tendenz, und der Mangel an Arbeitskräften in bestimmten Zweigen und Regionen kann nur durch Gastarbeiter gedeckt werden. Unter diesen Umständen ist es verständlich, wenn die Wirtschaftspolitik Inflation und Zahlungsbilanzschwierigkeiten mit einer Politik der Nachfragedrosselung und der Geldverknappung zu bekämpfen versucht.

Die schon seit einiger Zeit infolge des zweiten Ölschocks erwartete Inflationsrezession der Weltwirtschaft beginnt sich indessen bereits abzuzeichnen. In den USA ist eine steile Rezession

im Gange, das gleiche gilt für Großbritannien. Von den übrigen großen Ländern der OECD erfreuen sich zwar die Bundesrepublik Deutschland, Italien und Japan noch einer relativ guten Konjunktur, doch sprechen verschiedene Indikatoren dafür, daß der Konjunkturgipfel bereits erreicht oder möglicherweise überschritten ist.

Es gibt Optimisten, die aus verschiedenen (nicht unplausiblen) Gründen nur mit einer kurzen oder milden internationalen Rezession rechnen. Es kann sein, daß die Konjunktur in den USA und in Kontinentaleuropa asynchron verläuft (und daher grenzüberschreitende Verstärkereffekte entfallen). Möglicherweise wird die private Nachfrage robuster gegenüber depressiven Einflüssen sein als 1974/75, weil Haushalte und Unternehmungen energiesparende Investitionen vornehmen und sich der Kapitalstock der Industrie in den letzten Jahren dem niedrigen mittelfristigen Wachstumstempo angepaßt habe. Sollte sich jedoch dieser Optimismus nicht bewahrheiten, dann wird es schwierig sein, eine effiziente Vollbeschäftigungsstrategie zu betreiben, und zwar sowohl was die Auswahl der wirtschaftspolitischen Instrumente als auch was den Zeitpunkt und die Stärke ihres Einsatzes anlangt.

Dr. Kausel:

Schon in der Bibel steht geschrieben: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen."

Daß heute niemand mehr die Bibel genau liest, kann man schon allein daran erkennen, daß die heute so offenkundige Vitalität und Gesundheit des österreichischen Wirtschaftsbaumes nicht an seinen herrlichen Früchten, wie starke Dynamik, totale Vollbeschäftigung, Geld- und Währungsstabilität, Export- und Wohlstandswunder, erkannt wird, sondern daß unter völliger Vernachlässigung dieser saftigen Früchte an vereinzelten morschen Ästen oder faulen Wurzeln (sprich: Strukturschwächen) herumgenörgelt wird. Und das schon seit 20 Jahren. Weshalb werden wir eigentlich von der ganzen Welt beneidet und bewundert?

Dies sind die Fakten.

Die äußere Wettbewerbskraft

Gemessen an der Marktanteilsentwicklung im Warenexport, im Export von Industriewaren (Code 5–9) und im Export (i. w. S.), d. h. einschließlich Dienstleistungen, hat Österreich sowohl lang- als auch kurz- und mittelfristig imponierende Erfolge aufzuweisen. Ich unterscheide der Einfachheit halber nur 2 Perioden, begrenzt von den Eckjahren 1955, 1970 und 1979.

Im Warenexport hatte Österreich 1955 einen Anteil von 1·19% am OECD-Gesamtexport, 1970 waren es trotz EWG-Diskriminierung schon 1·29% und 1979 beachtliche 1·46%. Das bedeutet, daß Österreich in Dollar pro Kopf 1955 um 3% mehr exportierte als der OECD-Raum insgesamt, 1970 um 24% und 1979

bereits um die Hälfte (50%) mehr. Diese globale Exportleistung verdeckt indessen zügige Fortschritte in der Verbesserung der Exportstruktur. Vergleicht man nur den Industrieexport (Code 5–9), dann stieg unser Exportanteil viel rascher, nämlich von 1'22% (1955) über 1'39% (1970) auf (vorläufig) 1'60% (1979), und der Pro-Kopf-Export von 105 (OECD = 100) über 134 auf zuletzt 164. Anders ausgedrückt, Österreich liegt seit 1955 pro Kopf und Jahr mit fast 2% und seit 1970 noch deutlicher mit 2'3% und seit 1975 gar mit 2'5% auf der strukturellen Überholspur. Die These vom mangelnden industriellen Fortschritt und von strukturellen Hemmnissen erweist sich somit, zumindest aus außenwirtschaftlicher Sicht, als eine bloße Legende. Bezieht man weiters den Dienstleistungsexport (Reiseverkehr) in die Analyse mit ein, dann erscheint unser Vormarsch in der Welt geradezu beängstigend.

Der Exportanteil Österreichs (i. w. S.) stieg nämlich von 1'09% (1955) über 1'67% (1970) auf 1'94% (1979), d. h. auf fast das Doppelte. Je Einwohner wurde 1955 das Exportvolumen (i. w. S.) der OECD noch um 5% unterschritten, 1970 bereits um 60% und 1979 um knapp 100% überschritten, d. h., wir exportieren heute pro Kopf bereits doppelt so viel wie der OECD-Raum insgesamt. Die langfristige Überholrate lautet in dieser Definition 3'2% pro Kopf und Jahr (seit 1970 2'4%, seit 1975 2'7%).

Mit dieser „Export-Performance" stehen wir unter 24 OECD-Ländern hinter Japan an zweiter Stelle. Nicht einmal „developing countries", wie Spanien und Griechenland, liegen besser.

Langfristige Tendenzen der Leistungsbilanz

Am besten lassen sich lang- und mittelfristig Struktur und Tendenzen der Leistungsbilanz durchschauen, wenn man alle Stromgrößen relativiert, d. h. auf das (nominelle) Brutto-Inlandsprodukt des jeweiligen Jahres bezieht. Damit schaltet man schlagartig alle dynamischen Elemente, wie Inflation und

Wachstum, aus und kann für jeden beliebigen Zeitraum alle strukturellen Tendenzen der Zahlungsbilanz bloßlegen. Faßt man weiters die einzelnen Jahresdaten zu Fünfjahresperioden zusammen, dann bereinigt man die Strukturdaten auch von konjunkturellen Einflüssen und Vorzieheffekten (1977/78). Gliedert man die relativierte Leistungsbilanz Österreichs der letzten 25 Jahre in fünf gleich lange Perioden sowie in die Hauptkategorien Grundbedarf (Nahrung, Rohstoffe, Energie = Code 0–4), Industriewaren (Code 5–9) und Dienstleistungen (einschließlich statistischer Differenz), dann kann man daraus folgende Erkenntnisse ableiten:

1. Der Anteil des Grundbedarfes (netto) am Brutto-Inlandsprodukt war 20 Jahre lang (bis 1974) mit 3·2% bis 3·4% (des Brutto-Inlandsprodukts) praktisch konstant. Die Steigerung in den letzten Jahren auf 4·2% (1979) geht ausschließlich auf die Energieverteuerung zurück.
2. Dieser Grundbedarf wird in allen Perioden mit Ausnahme der Aufbauphase 1955/59 durch hohe Überschüsse im Ausmaß von 4·5% (1960/64) bis 5·8% (1970/74) des Brutto-Inlandsprodukts aus dem Dienstleistungs- und Reiseverkehr nicht nur voll finanziert, sondern es kommt sogar zu einer strukturellen Überdeckung, aus der wir uns permanent Industriewarendefizite, etwa in der Größenordnung der PKW-Importe, leisten konnten.

   Etwas gewagt formuliert könnte man daraus etwa folgern: Unsere Lagerente als Erholungsraum Europas versetzt uns in die äußerst komfortable Situation, unbedenklich auf eine Überindustrialisierung, im Ausmaß der Bundesrepublik Deutschland oder der Schweiz, mit allen ihren Schattenseiten zu verzichten, ohne auch nur den geringsten Wohlstandsverlust erleiden zu müssen. Ja mehr noch, die Forderung nach Exportüberschüssen im Industriebereich war bisher sogar unrealistisch, weil selbst eine nur ausgeglichene Industriewarenbilanz lediglich dazu geführt hätte, daß wir in Devisen regelrecht „ersoffen" wären. Auch 1979 hätte es trotz explosiver Erdölrechnung noch immer Überschüsse gegeben.

3. Besonders bemerkenswert ist die langfristig relative Stabilität des positiven Reiseverkehrssaldos seit 1960 in Höhe von knapp 4% des Brutto-Inlandsprodukts. Die oftmals artikulierten Befürchtungen von einer sinkenden Bedeutung des touristischen Aktivums für die österreichische Leistungsbilanz haben sich als völlig haltlos erwiesen. Schon für heuer (1980) zeichnet sich eine Zunahme des Aktivsaldos auf deutlich mehr als 4% (des Brutto-Inlandsprodukts) ab, und den nächsten Jahren kann vor allem aus zwei Gründen mit noch größerer Zuversicht entgegengesehen werden. Erstens verlieren die wichtigsten Konkurrenten schon seit zwei bis drei Jahren ständig an preispolitischer Wettbewerbsfähigkeit, wobei eine Trendwende auch nicht in Ansätzen zu erkennen ist, und zweitens wird der qualitative Vorsprung Österreichs als Reiseland immer größer, vor allem in bezug auf Sauberkeit von Landschaft und Gewässern.
4. Demgegenüber hat sich freilich die Industriewarenbilanz bis etwa 1976/77 verschlechtert, zum Teil auch als Folge eines extrem liberalen Importregimes. Das Aktivum der Frühphase 1955/59 hat keine Aussagekraft, weil vor der europäischen Integration der Import nicht liberalisiert war.

   Der Höhepunkt der Passivierung der Industriewarenbilanz im Ausmaß von 2·8% des Brutto-Inlandsprodukts fällt in das abgelaufene Jahrfünft 1975/79. Zwei Drittel dieses Passivums (1·8%) entfallen allein auf PKW-Importe und nur 1·0% auf alle übrigen Industriegüter. 1979 belief sich das Industriewarendefizit nur noch auf 2·3%, davon PKWs 1·7% und sonstiges 0·6%, ein Minimum seit 1965/69.
5. Die Ergebnisse von 1979 und die sich anbahnenden von 1980 kündigen mithin einen entscheidenden Wendepunkt im Industriewarenhandel an. Die Ära wachsender Industriedefizite wurde 1977 beendet, wobei die Trendwende vom besonders erfolgreichen Investitionsgüterexport ausgeht. Seit Mitte der siebziger Jahre ist Österreich vermutlich erstmals in seiner ganzen Wirtschaftsgeschichte von einem Netto-Importeur zu einem Netto-Exporteur von Investitionsgütern ge-

worden, wenn auch zunächst noch in einem bescheidenen Ausmaß. Immerhin hat sich der Netto-Saldo von – 0·5% (des Brutto-Inlandsprodukts) im Zeitraum 1965/74 auf + 0·1% 1975/79 und 1979 gedreht.

Die Investitionsgüterindustrien scheinen daher die Bahnbrecher einer langfristig erfolgreichen und zukunftsträchtigen Außenhandelsentwicklung zu werden. Schwerer tun sich sichtlich die Konsumgüterindustrien, deren Defizit von 1·9% des Brutto-Inlandsprodukts (1970/74) auf 3·2% (1975/79 und 1979) gestiegen ist. Aber auch in diesem neuralgischen Bereich hat sich die Passivierungstendenz zuletzt nicht mehr fortgesetzt.

Schlußfolgerungen

Faßt man alle Indizien zusammen, dann war die gesamte Leistungsbilanz bis 1974 völlig problemlos. Der kumulative Saldo war gleich Null. Im Jahrfünft 1975/79 entstand hingegen ein (bereinigtes) Defizit in Höhe von 1·7% des Brutto-Inlandsprodukts (1979: 1·9%), das zu etwa zwei Drittel (1979: zu drei Viertel) allein auf die Erdölpreisexplosion und nur zum viel kleineren Rest von 0·6% (1979: 0·4%) auf überhöhte Konsumgüterimporte zurückgeführt werden kann.

Gäbe es keine Ölkrise, bräuchten wir hier über Zahlungsbilanzprobleme nicht einmal diskutieren.

Unser ganzes Dilemma besteht bloß darin, daß uns die Ölpreislawine belastet, bevor noch die ohnehin seit 1970 anlaufende langsame Verbesserung der Industriewarenbilanz eine volle Kompensation garantieren kann. Trotzdem gibt es ermutigende Ansätze, daß die Zahlungsbilanz der achtziger Jahre trotz des Bleigewichtes der Ölrechnung ganz anders (viel besser) aussehen wird, als es derzeit den Anschein hat.

Dem negativen Einfluß womöglich weiterer überproportional steigender Erdölpreise werden mit ziemlicher Sicherheit mindestens vier positive Einflüsse gegenüberstehen, die den derzeit

ohnehin nicht sehr aufregenden Minussaldo von 1·5 bis 2·0% des Brutto-Inlandsprodukts (den sich andere Länder nur wünschen können) entscheidend reduzieren müßten.

1. Die neuerliche Erweiterung des Reiseverkehrsaktivums (s. o.).
2. Die reale Einsparung von Energieimporten („weg vom Öl").
3. Eine verstärkte Aktivierung der Investitionsgüterbilanz.
4. Eine tendenzielle Einbremsung des Konsumgüterdefizits durch eine weiterhin vorsichtige Einkommenspolitik, verstärkte Gegenlieferungen auf dem PKW-Sektor und psychologischen Abbau der Importneigung durch Forcierung heimischer Qualität gegenüber ausländischer Massenware.

Das sich bereits anbahnende „Zahlungsbilanzwunder 1980" weist bereits, trotz ungeheurer Erdölbelastung, in die anvisierte Richtung. Österreich dürfte so ziemlich das einzige Land der westlichen Welt sein, in dem sich im 1. Quartal die Leistungsbilanz, entgegen allen Prognosen, so gut wie nicht verschlechtert hat.

Abschließend kann zusammenfassend festgehalten werden, daß alle wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewältigung des Zahlungsbilanzproblems in den kommenden Jahren durchaus gegeben sind, und zwar in einem stärkeren Maße als in allen wichtigeren Konkurrenzländern. Die Relation zwischen Kostenlage, Produktivität und technologischem Standard ist heute so günstig wie nie zuvor, die Ökologie ist noch in Ordnung und der Lebensraum im wesentlichen unzerstört und attraktiv.

Das ist ein Segen von oben, der nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Nur äußere Ereignisse von Katastrophenformat oder eigenes Versagen könnten eine weitere positive Wirtschaftsentwicklung abwürgen. Tritt beides nicht ein, was wir alle hoffen, dann sitzen wir jedenfalls auf dem längsten Hebelarm in Europa. Ich wüßte jedenfalls derzeit keinen, der einen noch längeren Hebelarm bedient.

Tabelle 1

Marktanteilsgewinne im Export 1955–1979

(Anteil Österreichs am OECD-Raum)

	in % v. OECD			Pro Kopf in $ (OECD=100)		
	Waren-export	davon Industrie-waren (Code 5–9)	Export-volumen i. w. S. (Güter und Dienst-leistungen)	Waren-export	davon Industrie-waren (Code 5–9)	Export-volumen i. w. S. (Güter und Dienst-leistungen)
1955	1·19	1·22	1·09	103	105	94
1960	1·33	1·40	1·44	121	127	131
1965	1·28	1·37	1·51	119	128	141
1970	1·29	1·39	1·67	124	134	160
1975	1·32	1·50	1·80	132	149	179
1979[1])	1·46	1·60	1·94	150	164	199
Anteilsgewinn pro Jahr in %						
1955/70	0·6	0·9	2·8	1·2	1·6	3·6
1970/79	1·5	1·6	1·7	2·1	2·3	2·4
1955/79	0·9	1·1	2·4	1·6	1·9	3·2
davon 1975/79	*2·5*	*1·7*	*1·9*	*3·3*	*2·5*	*2·7*

[1]) Vorläufige Berechnung.

Quelle: OECD

Tabelle 2a

Leistungsbilanz Österreichs 1955–1979

in % des BIP

	1955/59	1960/64	1965/69	1970/74	1975/79	1979
1. Warenverkehr[1])	−2·5	−4·2	−4·9	−5·8	−6·7	−6·6
2. Dienstleistungen usw.[2])	+1·7	+4·1	+4·2	+4·9	+3·5	+3·8
Saldo	−0·8	−0·1	−0·7	−0·9	−3·2	−2·8
Deckungsquote (2:1) %	*68*	*99*	*86*	*84*	*52*	*57*
3. Statistische Differenz	+1·0	+0·3	+0·4	+0·9	+1·5	+0·9
4. Leistungsbilanz	+0·2	+0·2	−0·3	0·0	−1·7	−1·9

[1]) Laut OeNB. – [2]) Einschließlich Transfers.

Tabelle 2b

Struktur der Leistungsbilanz

in % des BIP

	1955/59	1960/64	1965/69	1970/74	1975/79	1979
1. Grundbedarf (netto) (Nahrung, Rohstoffe, Energie, Code 0–4)	−3·4	−3·4	−3·2	−3·3	−3·9	−4·2
davon Energie (Code 3)	*−2·3*	*−1·6*	*−1·1*	*−1·8*	*−2·9*	*−3·3*
Deckung durch:						
2. Dienstleistungssaldo[1])	+2·7	+4·5	+4·6	+5·8	+5·0	+4·6
davon Reiseverkehr	*+2·5*	*+3·8*	*+3·8*	*+4·9*	*+3·8*	*+3·8*
Überdeckung	−0·7	+1·1	+1·4	+2·5	+1·1	+0·4
3. Industriewaren (netto) (Code 5–9)	+0·9	−0·9	−1·7	−2·5	−2·8	−2·3
davon: Investitionsgüter	..	..	*−0·5*	*−0·5*	*+0·1*	*+0·1*
Konsumgüter, ohne PKWs	..	..	*0·0*	*−0·4*	*−1·4*	*−1·5*
PKWs	..	..	*−1·3*	*−1·5*	*−1·8*	*−1·7*
4. Leistungsbilanz	+0·2	+0·2	−0·3	0·0	−1·7	−1·9
Leistungsbilanz, ohne Energie	*+2·5*	*+1·8*	*+0·8*	*+1·8*	*+1·2*	*+1·4*

[1]) Einschließlich statistischer Differenz.

Tabelle 3

Austauschverhältnisse im Außenhandel

(Terms of Trade)[1])

	UN-Code	1976	1978	1979
		(1971 = 100)		
Ernährung	0	81	74	72
Rohstoffe	2	105	112	115
Energie	3	72	55	41
Chemische Erzeugnisse	5	117	104	98
Bearbeitete Waren	6	109	110	111
Maschinen, Verkehrsmittel	7	101	101	101
Sonstige Fertigwaren	8	107	107	110
Summe 0–9		99	98	97
davon:				
0–9, ohne 3 (Energie)		*105*	*105*	*106*
Industriewaren, Summe 5–9		*104*	*102*	*103*

[1]) Exportpreisindex dividiert durch Importpreisindex × 100.

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

Dr. Koren:

Nach einem Ausflug ins Wunderland kehre ich zu den Problemen der Wirklichkeit zurück, wie sie Hans Seidel der Reihe nach aufgezählt und angeschnitten hat. Ich möchte seine Darstellung in dem Sinn ergänzen, daß ich mich mit ein paar Fragen beschäftige, die die gegenwärtige und sicherlich auch die kommende Wirtschaftspolitik in einer anderen Form erscheinen lassen und mit anderen Problemen belasten, als das noch in der Vergangenheit der Fall war. Und hier scheint mir das ganz Entscheidende zu sein, daß der Aktionsspielraum der Wirtschaftspolitik im Vergleich zur Entwicklung bis zum Beginn der siebziger Jahre unverhältnismäßig länger geworden ist. Bis zum genannten Zeitraum war die aktuelle Konjunkturpolitik mit einem Zeithorizont ausgestattet, der sich innerhalb eines Konjunkturzyklus abwikkelte. In der Aufschwungsphase und in der Abschwungsphase waren die Zielrichtungen – sei es in der Preispolitik, sei es in der Budgetpolitik – jeweils auf die gegebene Situation abgestellt. Eine als nicht in Ordnung erachtete Entwicklung konnte innerhalb eines Konjunkturzyklus korrigiert werden: Ein drohender Preisauftrieb war innerhalb des nächsten Jahres abzufangen, eine Budgettendenz in der einen oder anderen unerwünschten Richtung konnte im Verlauf der nächsten Zeit wieder ausgeglichen werden. Und damit war, letzten Endes, gewährleistet, daß es zwischen den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und der tatsächlichen Entwicklung keine Spannungen und Störungen geben konnte, weil sie eben auf die unmittelbar bevorstehende Zukunft abgestellt waren.

Das ist grundlegend anders geworden – zumindest seit der Mitte der siebziger Jahre. Die Zeithorizonte der Wirtschaftspolitik gehen heute über Jahre hinweg.

Ich will ein konkretes Beispiel geben: Länder mit überdurchschnittlich hohen Inflationsraten, welche als unbefriedigend empfunden werden, setzen sich das Ziel, innerhalb der nächsten

drei bis vier Jahre aus diesem als überhöht empfundenen Bereich in einen vertretbaren Bereich zurückzukommen. Das bedeutet, daß man am Beginn dieser für mehrere Jahre in Aussicht genommenen Periode die Wirtschaftspolitik konsistent mit der Konjunkturpolitik führen kann; aber schon im nächsten Jahr oder spätestens im übernächsten Jahr können sich konträre Entwicklungen ergeben. Die am Anfang einer Periode angewandten Instrumente sind infolge der Konjunkturentwicklung nicht mehr befriedigend oder werden sogar als gegenteilig wirkend empfunden, wenn etwa in der Zwischenzeit Stagflation eingetreten ist und Bremseffekte unerwünschte Begleiterscheinungen gebracht haben.

Das Phänomen, daß die Wirtschaftspolitik in ihren Zielsetzungen längerfristig geworden ist, aber dadurch in einen Wirkungsbereich über mehrere Jahre hineinkommt, in dem Widersprüche zwischen den angewandten Instrumenten und der jeweiligen wirtschaftlichen Situation auftreten, charakterisiert auch unsere gegenwärtige Situation. Wenn ich dafür nur zwei Beispiele herausgreifen darf, das Zahlungsbilanzproblem und das Budgetproblem.

Beide Probleme begleiten uns nun durch mehr als fünf Jahre. In der Zeit des ersten Ölschocks bzw. unmittelbar nachher ist auf der einen Seite die starke Passivierung des Staatshaushaltes und auf der anderen Seite die starke Passivierung der Leistungsbilanz eingetreten. Wie uns die praktische Erfahrung seither zeigt, sind das zwei Probleme, die durch die aktuelle Wirtschaftspolitik immer nur temporär bekämpft werden können. Durch die wechselnde konjunkturelle Situation können sie sich aber einer Lösung immer wieder mehr oder weniger entziehen bzw. gegenwirkend werden. Trotz Kausels Leistungsbilanz- und Zahlungsbilanzoptimismus ist es ein Faktum, daß unsere Leistungsbilanz seit 1975 zwar mit wechselnden Größenordnungen, aber im Durchschnitt – bereinigt um die statistische Differenz – mit 20 Mrd S pro Jahr passiv geworden ist.

Natürlich schwanken diese Defizite von Jahr zu Jahr, die Tendenz ist aber im Grunde unverändert geblieben. Ähnlich hat

sich der Staatshaushalt entwickelt, wo sich nach der „deficit spending policy" in der Krise 1974/75 der Abbau dieses bewußt eingegangenen Defizits als unerhört resistent gegenüber allen Maßnahmen erwiesen hat, die in der Zwischenzeit durch Jahre hindurch immer wieder ergriffen worden sind und die auch jetzt wieder im Mittelpunkt der erklärten Politik des Finanzministers stehen.

Hier ist also, wie gesagt, ein Problembereich, den ich darstellen wollte: Die relativ langfristige Zielsetzung der Wirtschaftspolitik, welche die Lösung der Probleme über längere Perioden offensichtlich unerhört schwer macht, weil in der Zwischenzeit Situationsänderungen eintreten, die – wie sagt man in der Medizin? – „antiindikativ" wirken.

Dazu ein konkretes Beispiel – und hier darf ich Hans Seidel nur ganz kurz ergänzen: Unsere währungs- und wirtschaftspolitischen Überlegungen vom Jahresbeginn 1979 sind ein typisches Beispiel dafür, wie Situationsänderungen natürlich auch Änderungen der Wirkungsweisen der Politik bewirken. Seidel hat es mit dem Skifahren verglichen, ich habe es immer mit dem Schwimmen durch ein Schwimmbecken verglichen, von dem wir geglaubt haben, daß es 20 m lang ist und das sich dann als 50 m lang herausgestellt hat; in der Mitte ist uns dann die Luft ausgegangen. Wir sind Anfang 1979 ganz bewußt von der Annahme ausgegangen, die währungspolitischen Ziele nur für das Jahr 1979 zu setzen. Daß diese auf lange Sicht nicht zu halten wären, war uns völlig klar. Die Wirtschaftsforscher – sowohl inländische als auch ausländische – waren ja am Anfang des Jahres 1979 alle noch der Meinung gewesen, spätestens am Jahresende, allerspätestens aber mit Beginn 1980 werde es weltweit zur Rezession kommen. Diese werde das internationale Zinsniveau natürlich unter Druck bringen und die stärker gewordene internationale Inflation dämpfen; Österreich könne es sich daher für eine begrenzte Zeit erlauben, gegen den Strom zu schwimmen und mit einem niedrigen Zinsniveau zur Dämpfung der Binneninflation beitragen. Dabei war uns klar, daß wir in dieser Phase Währungsreserven verlieren müssen; wer aber diesbezüglich auf

einem dicken Polster sitzt, könne sich solche Verluste über eine bestimmte Zeit erlauben, später müßten die Mittel ja wieder zurückkommen, meinte man.

Dies ist, glaube ich, ein sehr typisches Beispiel dafür, wie die Unüberschaubarkeit der Situation oder die mangelnde Beurteilbarkeit, selbst innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums, wirtschaftspolitische Entscheidungen sehr rasch zu Korrekturen zwingt, nämlich dann, wenn die Wirkungen, die erwartet sind, nicht eintreten. Wohl alle Prognosen der letzten eineinhalb Jahre waren dadurch gekennzeichnet, daß, aus welchen Gründen immer, ein relativ großer Pessimismus vorherrschte. Die Krise, die ursprünglich für Ende 1979 angekündigt worden war, wurde dann auf das erste Halbjahr 1980 vertagt. Jetzt rechnet man mit dem zweiten Halbjahr 1980 und in einzelnen europäischen Ländern möglicherweise sogar erst mit dem Jahr 1981, auch wenn sich jetzt in den Vereinigten Staaten die Rezession bereits eindeutig breitgemacht hat.

Für uns hat diese Situationsänderung natürlich eine ungeheure Belastung für die ursprünglich eingeschlagene Politik bedeutet. Denn es ist Ende 1979 selbstverständlich nicht zu dem erwarteten Druck nach unten auf das internationale Zinsniveau gekommen; im Gegenteil, die Zinsen sind gerade zu diesem Zeitpunkt ganz rasant weitergestiegen und haben das ausgelöst, was Hans Seidel dargestellt hat: nämlich eine sehr vehemente Änderung von „leads and lags", Zinsarbitrage u. a. m. Aber auch die Entlastung unserer Leistungsbilanz, auf die wir im Hinblick auf ein verringertes Wirtschaftswachstum gewartet hatten, ist nicht eingetreten. Im Gegenteil, die Tendenz der Verschlechterung der Leistungsbilanz hat sich noch stärker durchgesetzt, und heute stehen wir vor der Frage, wann nun diese Entlastung im ursprünglich gedachten Sinn tatsächlich eintreten werde, ob das in der zweiten Jahreshälfte sein könne oder nicht.

Sehr im Gegensatz zu Kausel bin ich der Auffassung, daß uns die Entwicklung der Leistungsbilanz zumindest in der absehbaren Zukunft sehr wohl erhebliche Sorgen bereiten wird, und daß wir auch auf mittlere und auf längere Sicht fraglos danach trach-

ten müssen, die Grundtendenzen zu verändern. Denn das bisherige Gleichgewicht, welches sich ergab, weil das Defizit der Handelsbilanz mit dem Überschuß der Dienstleistungsbilanz im großen und ganzen ausgeglichen werden konnte, kann sich aus rein quantitativen Gründen in weiterer Zukunft nicht mehr im gleichen Ausmaß ergeben. Ich glaube daher, daß eine Verbesserung der Güterexporte und der Güterexportstruktur notwendig sein wird.

Niemand wird der Meinung sein, in Österreich hätten sich in den letzten 30 Jahren keine Strukturänderungen ergeben; ich bin aber der Auffassung, daß sich diese strukturellen Veränderungen der österreichischen Wirtschaft in Phasen und in Schüben abgespielt haben, und zwar in sehr deutlich voneinander abgrenzbaren Schüben. Ohne jetzt lange ins Historische zu gehen: Eine dieser ganz entscheidenden Phasen war zweifellos die erste Nachkriegsperiode, die ersten sieben bis acht Jahre nach 1945. Damals sind die großen Entscheidungen über Grundsatzinvestitionen, über Grundrichtungen gefällt worden, damals, als der Aufbau kriegszerstörter Industrien, die Neuausstattung von ausgeräumten Betrieben erfolgte und als eine grundsätzliche Weichenstellung in bestimmte Richtungen stattfand. Gegen die Mitte der fünfziger Jahre bis in die sechziger Jahre hinein hat es die große Expansions- und Umstrukturierungsphase gegeben, die dann, ich darf daran erinnern, ziemlich stark abebbte. Kollege Veselsky wird sich noch daran erinnern, daß wir Mitte der sechziger Jahre eine sehr heftige Diskussion darüber führten, ob es denn in diesem Land nicht zu einer zu frühen Vergreisung der Wirtschaftsstruktur gekommen sei, ob denn nicht der Dienstleistungsbereich im Verhältnis zum Industriebereich viel zu stark und viel zu rasch wachse, ob also im Sinn von Fourastier die Verschiebung zwischen sekundärem und tertiärem Sektor nicht viel zu rasch vor sich ginge. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre hat es dann, wie ich glaube, einen doch sehr intensiven wirtschaftspolitischen Anlauf gegeben, diese Tendenz wieder zu ändern – einen industriepolitischen Anstoß, der das doch relativ stark zurückgebliebene industrielle Investitionsvolumen in der ersten Hälfte der

sechziger Jahre wieder sehr stark antrieb und eine dritte Phase einleitete, die dann bis in die ersten siebziger Jahre hinein gehalten hat. Ich habe den Eindruck – und ich kann es Ihnen an einigen Daten darstellen –, daß mit dem allmählichen Abebben der sehr langen Konjunkturperiode von 1968 bis 1973/74 wieder verstärkt industrielle Strukturprobleme entstanden sind, wie dies in Abschwächungsperioden stets der Fall ist. In der damaligen Situation wurden diese Probleme aber weniger durch Impulse zur Umwandlung überkommener Strukturen in neue Strukturen gelöst, sondern durch einige Jahre hindurch mittels Betonierens von Strukturen, d. h. durch Erhaltung von Betrieben, durch Über-die-Runden-Bringen, mit – in einigen Fällen, die ich hier nicht anführen brauche – doch relativ zweifelhaftem Erfolg. Und wir gewannen die Erkenntnis, daß es doch vielleicht eines neuen Impulses bedarf, um wieder eine möglicherweise vierte Welle der Umstrukturierung auszulösen. Die große Schwierigkeit, die ich aber hiebei sehe, ist – sehr vereinfacht ausgedrückt – budgetpolitischer Art. Jede solche Welle setzt voraus, daß es in irgendeiner Form – wie immer man sie deklariert – zu einer Veränderung der Einkommensverteilung kommt, zumindest auf begrenzte Zeit. Ob sie steuerlich herbeigeführt wird, ob sie auf andere Weise ausgelöst wird, ist relativ gleichgültig. Und das Hauptproblem ist, meiner Meinung nach, daß in der gegenwärtigen Phase infolge doch verringerten Wachstums und im Hinblick auf Anspannungen in anderen Bereichen, ein solcher Einkommensverteilungsspielraum kaum besteht, bzw. im politischen Bereich sehr schwer machbar sein dürfte. Und da man solche Impulse zweifellos nicht setzen kann, ohne bestimmte Beträge in Milliardenhöhe zusätzlich bereitzustellen, sehe ich dort die entscheidende Schwierigkeit für das Einleiten einer weiteren Phase der Neu- und Umstrukturierung.

Leistungsbilanzverbesserung durch Exportausweitung

Generaldirektor Dr. Helmut H. Haschek
Vorsitzender des Vorstandes
der Österreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft

Bis etwa Ende 1974 konnte man davon ausgehen, daß die österreichische Leistungsbilanz über längere Zeiträume hindurch betrachtet ausgeglichen sei. Für die siebziger Jahre insgesamt kann man dies nicht mehr. In der wirtschaftspolitischen Diskussion hat man sich zwischenzeitlich daran gewöhnt, von einem strukturellen Defizit zu sprechen.

In der Prognose des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung bis 1990 wird davon ausgegangen, daß ein Leistungsbilanzdefizit von 2½% des Brutto-Inlandsprodukts als tolerabel angesehen werden kann. Interessanterweise bilden in dieser Prognose die Exporte ein *Residuum*. Es wurde überprüft, unter welchen Voraussetzungen die Exporte wachsen müssen, damit kein größeres Leistungsbilanzdefizit als 2½% des Brutto-Inlandsprodukts entsteht.

Für die Exportpolitik ist dies eine bemerkenswerte und grundlegende Änderung der Betrachtungsweise. Noch 1974 wurde ernsthaft die Frage diskutiert, in welchem Maß durch den forcierten Export der heimischen Wirtschaft Güter entzogen werden und in welcher Weise die Exportpolitik daher inflationswirksam

sei. Die *Ansatzpunkte* für die Exportpolitik der achtziger Jahre wurden in den letzten Jahren vielfach dargelegt; sie haben sich kaum verändert. Sie liegen im wesentlichen in:

1. der verstärkten regionalen Diversifizierung der Exportstruktur mit dem Schwerpunkt der Exportausweitung nach den Schwellenländern in Lateinamerika und Ostasien;
2. der Veränderung der Angebotspalette für jene Güter und Leistungen, die für den Export angeboten werden, mit der Zielrichtung auf hochwertige Industriegüter und immaterielle Güter in Form von Know-how, Patenten, Lizenzen und Schulung;
3. der Intensivierung des Exporthandels durch Erschließung von Vertriebswegen im internationalen Güter- und Leistungsaustausch für österreichische Güter und Leistungen sowie für Dritte.

Wenn auch diese Ansatzpunkte seit langem bekannt sind, ihre Umsetzung ist dennoch nicht erfolgt.

Die Rahmenbedingungen im Bereiche der Riskendeckung und -finanzierung wurden in Österreich in den vergangenen zehn Jahren in hervorragender Weise ausgebaut. Auf diesem Gebiet muß Österreich keinen internationalen Vergleich scheuen. Wenn die Strukturen sich dennoch nicht geändert haben, wenn die ökonomischen und betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben waren, wenn trotz allem Mangel die österreichischen Produkte auf den Auslandsmärkten an sich wettbewerbsfähig waren, sonst hätten nicht in den schwierigsten Märkten Marktanteile gewonnen werden können, dann muß die Wurzel des Mangels an Bereitschaft, die weltwirtschaftlichen Chancen zu nützen, auf einer anderen Ebene als in der unmittelbaren Exportpolitik liegen.

Die Antwort dürfte primär nicht im ökonomischen Bereich liegen, sondern im gesellschaftlichen. Und gerade dies macht die Strukturveränderung so schwierig, nicht allein weil gesellschaftspolitische Veränderungen Langzeitprobleme darstellen, sondern auch weil die Wirtschaftspolitik der Praxis keine Zuständigkeiten hat.

Die Wirtschaftspolitik kann die raffiniertesten Rahmenbedingungen setzen, sie müssen durch Unternehmen und dort wieder durch Entscheidungsträger wahrgenommen werden. Die historisch bedingte binnenwirtschaftliche Mentalität, für die Export lediglich Nachbarschaftshandel ist, kann aber nur durch bildungspolitische Anstrengungen auf allen Ebenen überwunden werden.

Alle Versuche, die Zukunftsmärkte der Weltwirtschaft in Ostasien und vor allem in Lateinamerika zu erschließen, blieben bisher deshalb ohne Erfolg, weil als wichtigster Ansatzpunkt *bildungs- und ausbildungspolitische* Maßnahmen erforderlich sind. Für den Volks- und Betriebswirt, mehr noch für den Wirtschaftspolitiker, Unternehmer und Bankier, wird dies leider als eine außerhalb seines Wirkungskreises liegende Feststellung betrachtet.

Wenn heute von der Notwendigkeit einer Exportoffensive gesprochen wird, dann muß gleichzeitig festgestellt werden, daß diese Exportoffensive vor allem auch eine *bildungspolitische* sein muß; daß deren Wirksamkeit nur über längere Zeiträume zu erreichen ist, müßte gerade aus diesem Grund für ihre unmittelbare Notwendigkeit sprechen.

Die Ausbildung von Exportkaufleuten auf jeder Ausbildungsstufe ist in Österreich nur ansatzweise gegeben. Auch auf der Managementebene herrscht noch immer in erheblichem Ausmaß Einsprachigkeit. Es mag wie ein Gemeinplatz klingen. Österreich wird aber nicht in der Lage sein, die im Inland hergestellten Güter, ob sie nun intelligenter sind als bisher oder nicht, zu vermarkten, wenn nicht die Menschen ausgebildet werden, die dazu in der Lage sind. Österreich wird gezwungen sein, als Sublieferant von Marktführern abhängig zu sein, und jeder, der auf diesem Sektor tätig ist, weiß welche Bedeutung die Stellung als Sublieferant auf die Entwicklung der Gewinnmargen hat. Änderungen traditionell bedingter Verhaltensweisen sind nur schrittweise und unter großen Anstrengungen möglich. Vor allem beanspruchen sie lange Zeiträume. Sie reichen, und auch das ist ein großes Problem, weit über die Wirtschaftspolitik im engeren Sinn

hinaus und umfassen vor allem und in entscheidendem Maße die Bildungspolitik. Gerade in der Bildungspolitik haben wir in bezug auf die Internationalisierung Österreichs eher Rückschritte als Fortschritte zu verzeichnen. Die Entwicklung Österreichs zu einem vielsprachigen Volk ist jedenfalls in den letzten Jahren nicht intensiviert worden. Für die Karriereentwicklung eines in der Wirtschaft Tätigen ist die Vielsprachigkeit kein unmittelbar wirksamer Vorteil. Das mag auch in der hierarchischen Struktur seine Ursachen haben, denn der Wertmaßstab wird immer von der Spitze nach unten gesetzt, und wenn im Selektionsmuster der Entscheidungsträger im Unternehmensbereich die Vielsprachigkeit keine Voraussetzung ist, so darf es nicht Wunder nehmen, wenn sich diese Tendenz verbreiternd auf die Basis weiter durchsetzt. Es ist bemerkenswert, daß ein Land, das seine Exportquote von rund 20% auf 30% anheben wird müssen, keine für den Außenhandel spezialisierten Ausbildungsstätten besitzt: weder im Fachschulbereich noch auf den Universitäten. Es gibt zwar Hotelfachschulen, aber nichts Gleichwertiges für die Ausbildung von Außenhandelskaufleuten. Die Fortbildung ist nur rudimentär ausgebildet. Die Rechtswissenschaft entwickelt keine Studienangebote für internationales Vertragsrecht. Da für die in der Praxis Tätigen die Vermittlung von Erfahrungswissen mit keinem Sozialprestige verbunden ist und noch immer die einstige Trennung zwischen Theorie und Praxis vorherrscht, stehen nur wenige Lehrpersonen zur Verfügung, selbst wenn der institutionelle Rahmen gegeben wäre. Eine maßgebende Literatur ist in englischer und französischer Sprache vorhanden, die Übersetzungsnotwendigkeit stellt ein zusätzliches Hindernis dar. Die *Rentabilität* bildungspolitischer Investitionen steht außer Zweifel. Um nur ein Beispiel anzuführen: Jeder Exportvertrag, der garantiert wird, ist wirtschaftlich ein Vertrag zu Lasten Dritter, nämlich des Bundes. Durch sachgemäße Vertragsgestaltung hätten Verluste vermieden werden können, mit deren Gegenwert die Kosten eines konzentrierten, praxisbezogenen und unmittelbar wirksamen Ausbildungszentrums für lange Zeit hätten finanziert werden können. Es wird von der Notwendigkeit von *Know-how-*,

Patent- und *Lizenzexporten* gesprochen. Es gibt derzeit keine Möglichkeit, sich eines Vertragsmusters zu bedienen, noch viel weniger solcher, die auf die konkreten Probleme bestimmter Länder abgestellt sind. Das Erfahrungswissen, das es weltweit gibt und das darin besteht, Fehler nicht zu wiederholen, bleibt ungenützt.

Da Österreich auf absehbare Zeit keine Leistungsbilanzüberschüsse erzielen wird, kann die *Finanzierung des Exportes* auch nicht über ein bestimmtes Maß hinaus in das Inland verlagert werden. Die Umsetzung der genannten Zielvorstellung wird im Gegenteil eine größere und nicht geringere Finanzierungsanstrengung erforderlich machen. Solange es gelingt, durch die Exportausweitung möglichst diversifizierte Forderungen mit durchschnittlich hohem Bonitätsgrad zu begründen, eignet sich die Exportfinanzierung in besonderem Maße als Basis für die Beschaffung von Finanzierungsmitteln im Ausland, weil zwei Funktionen gleichzeitig erfüllt werden können: die Deckung des notwendigen Kapitalimportbedarfes durch Diskontierung von Auslandsforderungen und ein Beitrag zur Überbrückung des Ungleichgewichtes in den Leistungsbilanzen der Wirtschaftsregionen durch Übernahme einer Transformationsfunktion. Was heißt das konkret für die österreichischen Verhältnisse? Vom Stand der von der Republik Österreich übernommenen Haftungen zum 31. Dezember 1979 in der Höhe von 146 Mrd S waren 42% durch die Kontrollbank verfahrensmäßig finanziert. Nimmt man die Entwicklung des Jahres 1980, dann werden die Nettozuwächse an Haftungen um 82 Mrd S zunehmen. Dies würde wahrscheinlich bedeuten müssen, daß die Exportzuwachsrate weiterhin nominell etwa doppelt so hoch sein müßte, wie in der Prognose des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung angenommen und wie sie in den ersten vier Monaten des Jahres 1980 auch war. Angenommen, der erwartete Abfall in der zweiten Hälfte des Jahres 1980 tritt nicht ein, ein Ziel, das wohl als allgemein wünschenswert erachtet wird, dann würde sich das Garantie- und Bürgschaftsvolumen um 82 Mrd S erhöhen und, wenn die Refinanzierungsquote gleich bleibt, würde dies ein Nettofinanzierungser-

fordernis von etwa 35 Mrd S für 1980 bedeuten. Es ist nicht abzusehen, wie sich die Entwicklung tatsächlich abspielen wird. Eines ist jedenfalls sicher, daß 1980 eine ganz entscheidend erhöhte Finanzierungsleistung erforderlich sein wird.

Die Nachfrage nach Finanzierungsmitteln kann nicht mehr schwerpunktmäßig damit begründet werden, daß die Liquiditätssituation der Kreditwirtschaft eine verstärkte Inanspruchnahme der verfahrensmäßigen Finanzierung bewirkt, wenngleich dies ein zusätzliches Moment darstellen wird.

Soll also eine überdurchschnittliche Expansionsrate des Exportes bewirkt werden, dann werden die Finanzierungsbedürfnisse noch überproportionaler steigen, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Die Beschaffung von Mitteln in der angesprochenen Größenordnung ist nur unter Einschaltung internationaler Finanzquellen möglich. Ein Nettovolumen von 30 bis 40 Mrd S würde heute etwa zwei Drittel des gesamten Nettoaufkommens des inländischen Rentenmarktes entsprechen.

Es ergibt sich also die Notwendigkeit, Kapitalexporte durch Kapitalimporte zu finanzieren. Gelingt es, die Zinsenerträge gleich hoch oder höher zu halten als die Zinsenaufwendungen, dann wird die Leistungsbilanz nicht belastet. Nach den zur Verfügung stehenden Unterlagen wurde in dem durch die Kontrollbank betreuten Verfahren diese Aufgabe gelöst, jedenfalls dann gelöst, wenn man davon ausgeht, daß die finanzierte Exportwirtschaft nicht überwiegend zu Verlustpreisen exportiert hat. Für einen weiten Bereich kann dies jedenfalls ausgeschlossen werden, nämlich für jenen, der im Wege gebundener Finanzkredite finanziert wird. Die Übernahme der Garantiekosten für den Staat und die Bezahlung der Spanne der Hausbanken und der Kontrollbank durch die Exporteure sind überdies nicht zahlungsbilanzwirksam.

Die Voraussetzung für das Gelingen dieser Strategie liegt in der Riskenauswahl bei der Erschließung von Exportmärkten und einer zumindest ausgeglichenen Zinsenbilanz. Daher ist aus zahlungsbilanzpolitischen Gründen bei der Beteiligung an großen

Entwicklungsprojekten, die zu einer Riskenkonzentration führen und Zinsensubventionen erfordern, wie überhaupt bei der Frage des einseitigen Ressourcentransfers im Rahmen der Entwicklungshilfe, zur Vorsicht geraten. Die Transformation von finanziellen Überschüssen zur Finanzierung österreichischer Exporte in die Defizitregionen im Ausland aber scheint dennoch ein wesentlicher und adäquater Beitrag zur Lösung der weltwirtschaftlichen Probleme der achtziger Jahre für ein Land wie Österreich zu sein.

In diesem Beitrag wurden lediglich einige unmittelbar außenhandelsrelevante Aspekte behandelt. Der Außenhandel ist aber nur *ein* Aspekt. Je stärker die weltwirtschaftliche Verflechtung umso mehr wird die gesamte Wirtschaftspolitik und, wie zu zeigen versucht wurde, die Bildungspolitik außenwirtschaftlich relevant. Dies trifft vor allem für alle Probleme zu, die unter den Sammelbegriff Strukturpolitik fallen. Es ist möglich, es ist zu hoffen, daß die im Export erzielten Erfolge die Kraft geben, diese Strukturprobleme zu lösen, denn der Export ist nur eine Komponente, aus der der Leistungsbilanzsaldo gebildet wird. Dieser Saldo ist negativer, als er sein müßte, sein sollte und sein darf.

Leistungsbilanzverbesserung durch den Fremdenverkehr

Dkfm. Helmut Mayr
Gesellschafter des Kurbades Althofen

Nach Stefan Papson, Professor an der St. Lawrence University in New York, wird der „Tourismus der Welt stärkster Wirtschaftszweig" werden und tatsächlich könnte nach Meinung einiger Fremdenverkehrsfachleute die Zahl der Touristenankünfte von derzeit 250 Millionen auf 2 Milliarden im Jahre 2000 hochschnellen. Selbst Pessimisten rechnen mit 600–700 Millionen. Vor kurzem habe ich von einem alten arabischen Sprichwort gelesen: „Jeder, der versucht, die Zukunft vorherzusagen, ist ein Lügner."

Trotzdem wage ich die Prognose, daß sich die Anzahl der gewerblichen Betten im österreichischen Fremdenverkehr in den nächsten 20 Jahren um 10 bis 15% erhöhen wird. Dies vor allem in touristisch unterentwickelten Gebieten des Wald- und Mühlviertels, der Südsteiermark und des Burgenlandes.

Die Zunahme der Bettenkapazität und geringfügige Erhöhungen bei der Bettenauslastung – derzeit liegt die Bettenauslastung der gewerblichen Betten bei 27·4% – können in den acht-

ziger Jahren weitere Steigerungsraten der Nächtigungszahlen bringen. Sicherlich aber wird der Tourismus eine Wachstumsbranche bleiben. Auf jedes Prozent Sozialproduktzuwachs reagierten die Ausgaben für Tourismus, z. B. bei den OECD-Ländern, mit einem Plus von 1·4%.

Hinzu kommen aber noch andere Faktoren. Professor Knapp liegt sicherlich in seiner Betrachtung „Modell für qualitatives Wachstum" richtig, wenn er meint:

„Schon heute stoßen bevorzugte Fremdenverkehrsregionen an ihre touristische Kapazitätsgrenze, die spätestens dann erreicht ist, wenn der Urlaub aufhört, ein Kontrasterlebnis zu sein, weil die Landschaft so verhüttelt, der Verkehr so dicht, die Luft so schlecht und die Nacht so laut ist wie zu Hause in der Großstadt."

Genauso wie man ungehemmten Fremdenverkehrswachstum entgegentritt, wird es aber in Zukunft notwendig sein, die Aktivitäten einiger Naturschützer auf ein vernünftiges Maß einzudämmen. Nicht jedesmal soll bei Errichtung von volkswirtschaftlich bedeutenden Betrieben eine Volksbefragung initiiert werden, wie man es jetzt immer wieder erlebt.

Für Österreich spielt nun der Fremdenverkehr eine ungleich größere Rolle als für die meisten anderen europäischen Staaten.

So betrugen die Deviseneinnahmen 1979 aus dem Fremdenverkehr 74.404 Mio S, denen Devisenausgänge von 39.589 Mio S gegenüberstehen, so daß ein Devisenüberschuß von 34.815 Mio S zur teilweisen Abdeckung des Handelsbilanzpassivums (57·6%) vorhanden war. Dabei muß berücksichtigt werden, daß rund 40% der Ausgaben im Reiseverkehr zum Ankauf von langlebigen Wirtschaftsgütern im Ausland verwendet werden. Sie verzerren die Fremdenverkehrsstatistik und müßten daher eigentlich der Handelsbilanz zugerechnet werden, umgekehrt müßte man auch Einkäufe solcher Güter durch ausländische Touristen in Österreich berücksichtigen.

Vergleicht man die Deviseneinnahmen Österreichs nach den wichtigsten Exportpositionen 1979, so rangiert der Fremdenverkehr weitaus an erster Stelle aller Wirtschaftszweige. So betra-

gen z. B. die Deviseneinnahmen aus Maschinenexporten 64%, aus Eisen- und Stahlexporten 30% und aus Papierexporten 9% der Deviseneinnahmen, die im Fremdenverkehr hereinkommen.

Unsere Position ist aber auch innerhalb der internationalen Konkurrenz eine ganz bedeutende: 1978 – Ziffern für 1979 liegen noch nicht vor – partizipierte Österreich bei rund 12'9 Millionen Ausländerankünften mit dem beachtlichen Ausmaß von 5% am Welttourismus. Was die Reiseverkehrseinnahmen betrifft, so nimmt die WTO, die World Tourism Organisation, für den internationalen Tourismus einen Gesamtbetrag von annähernd 75 Milliarden Dollar an. Österreichs Anteil auf der Einnahmenseite würde rund 7% betragen. Dies zeigt, daß das Reiseland Österreich überdurchschnittliche Ausgabenanreize bietet. In der Rangordnung der wichtigsten Reiseländer nach ihren Deviseneinnahmen liegt Österreich nach den USA, Italien, Frankreich, Spanien und der Bundesrepublik Deutschland an sechster Stelle, noch vor Großbritannien, der Schweiz, Kanada und Griechenland.

Die Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges für die österreichische Wirtschaft zeigt sich auch an Hand folgender Indikatoren:

- Die Relation der Deviseneinnahmen aus dem Reiseverkehr zum Brutto-Inlandsprodukt betrug 1979:
  in Österreich 8'1%,
  in den OECD-Staaten Europas 2%.
- Die Relation der Deviseneinnahmen aus dem Reiseverkehr zu den Exporterlösen im weiteren Sinne (Waren und Dienstleistungen) betrug 1979:
  in Österreich 26'5%,
  in den OECD-Staaten Europas 5–6%.
- Nach Berechnung der Wirtschaftsforscher würden rund 11% des österreichischen Brutto-Inlandsproduktes durch die gesamte touristische Endnachfrage hervorgerufen.

Die wichtigste gesamtwirtschaftliche Funktion des Fremdenverkehrs wird nun in der weitgehenden Abdeckung des österreichischen Handelspassivums durch den Überschuß an Reisedevisen gesehen, wobei jedoch berücksichtigt werden muß, daß der

Beitrag der touristischen Einnahmen zur Abdeckung des Außenhandelsdefizites laufend abnimmt. Dieses Versagen liegt nicht am österreichischen Fremdenverkehr, sondern bekanntlich an der relativ starken Zunahme im Warenimportbereich.

Die positive Seite dieser Entwicklung: Solange der Tourismus zur fast gänzlichen Abdeckung des Handelsbilanzdefizites beigetragen hat, bestand nur wenig Anreiz, die Angebotsstruktur, sowohl auf der industriellen Seite als auch auf der Fremdenverkehrsseite, zu ändern, die Deckung hatte sogar einen strukturkonservierenden Effekt.

Nun hat das zunehmende Defizit der Leistungsbilanz besondere Anstrengungen der Wirtschaft zur Folge gehabt, dem Importsog durch Angebotsverbesserungen zu begegnen. Eine allmähliche Strukturverbesserung ist die Folge.

Eine weitere Funktion unseres Fremdenverkehrs besteht nun darin, daß er einen wesentlichen Beitrag zur Errichtung neuer bzw. Erhaltung bestehender Arbeitsplätze leistet, und die Investitionen der Fremdenverkehrswirtschaft ganz bedeutend die regionale und örtliche Konjunktur beleben. Mit einer Zuwachsrate von fast 20% des Beschäftigtenstandes im Zeitraum Juli 1974 bis Juli 1979 lag das österreichische Gast- und Beherbergungsgewerbe – zusammen mit dem Geld- und Kreditwesen – an der Spitze aller Wirtschaftszweige. Die Zunahme des Beschäftigtenstandes war damit mehr als viermal so stark wie im Bundesdurchschnitt; der Anteil am Gesamtbeschäftigtenzuwachs erreichte 17%. Gesamtwirtschaftlich gesehen trägt der Fremdenverkehr allerdings zur Vollbeschäftigung nicht sosehr durch absolut hohe Beschäftigungszahlen bei, wenngleich ca. 120.000 Arbeitnehmer und ca. 68.000 Arbeitgeber im Fremdenverkehr beschäftigt sind. Mehr noch ist er für abwanderungsgefährdete Gebiete und Gegenden mit alpiner Agrarstruktur mit ungünstigen Standortvoraussetzungen für industrielle Entwicklungen geradezu lebensnotwendig.

Der Fremdenverkehr stellt hiermit die ideale Ergänzung zur bergbäuerlichen Landwirtschaft dar und ermöglicht die intensivste Nutzung von alpinen Gebieten einschließlich des Ödlandes.

Wo liegen nun die Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Zahlungsbilanzsituation durch den Tourismus, also nicht durch andere Komponenten der Zahlungsbilanz?

1. Verringerung der Zuwachsrate der Ausgaben der Österreicher für den Urlaub im Ausland.

   Dies wäre allerdings – abgesehen von einer verstärkten Werbung für den Inlandsgast – nur durch unerwünschte Lenkungsmaßnahmen zu erreichen, scheidet daher aus allen Betrachtungen aus.

   Die relative Wohlstandsverbesserung Österreichs, verglichen mit dem Ausland, spiegelt sich in einer rascheren und aufwendigeren Zunahme der Auslandsreisen der Österreicher wider.

   Laut Stefan Schulmeister („Modellprognosen für den Reiseverkehr") wachsen in Österreich bei einer 1%-Steigerung der Masseneinkommen die Ausgaben für Auslandsreisen um 3%.

2. Erhöhung der Einnahmen durch verstärkten Ausländerreiseverkehr.

   Während die Ausländernächtigungen in Westeuropa in der Periode bis 1973 durchschnittlich um 7·6% expandierten, kam es 1973 zum größten Wachstumsknick im Fremdenverkehr. Nach einer Abschwächung im Jahre 1974 um – 4·3%, erfuhr er 1975 eine leichte Steigerung.

   1976 und 1977 hatten wir mit – 1·1% und – 0·9% Rückgänge im Ausländerfremdenverkehr zu verzeichnen, dafür stieg die Inlandsnachfrage.

   1978 wurde der Spitzenwert des Jahres 1975 überschritten (+ 3·7%), ein Trend der sich 1979 um 4·3% von 81·3 Mio auf 84·8 Mio Ausländerübernachtungen fortsetzte. Verantwortlich dafür war primär die Unruhe in der Weltwährungsordnung insbesondere der Verfall des Dollars, die Inflationsbeschleunigung sowie die Ankündigung des Lieferboykotts für Erdöl.

   Dieses Aviso löste einen sozialpsychologischen Schock dahingehend aus, daß es zu einem rapidem Anstieg des Vor-

sorgesparens kam, das zum Großteil durch Einschränkungen im Reiseaufwand finanziert wurde.

Einen nicht unwesentlichen Einfluß auf die Entwicklung des österreichischen Fremdenverkehrs hatte die Verschiebung der Preisstruktur im internationalen Reiseverkehr auf Grund der starken Wechselkursänderungen und der unterschiedlichen Binneninflation.

Nach Stefan Schulmeister („Modellprognosen für den Reiseverkehr") ergaben sich zwischen 1972 bis 1977 folgende Preisverschiebungen in fünf der für uns wichtigsten Ländern, wenn wir Österreich mit 100 annehmen.

1972	
Schweiz	127·0
BRD	123·3
Italien	110·8
Spanien	97·6
Jugoslawien	74·6
1977	
Schweiz	113·3
BRD	101·7
Spanien	90·2
Italien	72·7
Jugoslawien	72·3

Österreich war in dieser Periode von einem sehr billigen zu einem teuren Land geworden. Die Differenz zu den Hartwährungsländern Bundesrepublik Deutschland und Schweiz verringerte sich deshalb, weil das touristische Preisniveau deutlich rascher als in den beiden anderen Hartwährungsländern wuchs. Die Österreichurlaube verteuerten sich von 1972 bis 1977 um 26·9%.

Österreichs Fremdenverkehr hat diese Wettbewerbsnachteile dennoch gut, ja zum Teil besser bewältigt als seine begünstigten Nachbarn.

Die Ursache dafür waren verschiedene Sonderfaktoren wie

- wirtschaftliche und politische Stabilität gegenüber den Mittelmeerländern, wobei die innenpolitischen Verhältnisse in

Portugal, die Zypernkrise für Griechenland sowie der Tod Francos in Spanien ins Kalkül gezogen werden sollten.

- Standortvorteil gegenüber unserem wichtigsten Reisemarkt, der Bundesrepublik Deutschland – 75% Anteil am österreichischen Ausländertourismus –, in dem die touristische Nachfrage durch das Hinzukommen neuer Urlauberschichten am stärksten expandierte.
- Die starke Zunahme des Wintertourismus, der in Österreich einen wesentlicheren Anteil am Gesamttourismus hat als in anderen vergleichbaren Ländern (33%).
- Deutlich niedrigeres Preisniveau als in der Schweiz, was zu einer Abwanderung des dortigen Stammpublikums führte.

Grundsätzlich muß gesagt werden, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland von entscheidender Bedeutung für unseren Tourismus ist, denn laut Stefan Schulmeister verändert sich der Anteil Österreichs am deutschen Reisemarkt durch gleichzeitiges Zusammenwirken folgender Bestimmungsgründe:

- Relative Preise zwischen Österreich und seinen Konkurrenzländern: Verteuert sich ein Urlaub in Österreich um 1% stärker als in den übrigen Zielländern (einschließlich Wechselkurseffekt), so sinkt der touristische Marktanteil nominell um 0·3% und real um 1%.
- Arbeitslosigkeit und Brutto-Nationalprodukt als Indikator der Wirtschaftserwartungen: Österreich ist von Schwankungen der „Konsumentenstimmung" stärker betroffen als die Konkurrenzländer. Die starke Zunahme des Tourismus aus der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger Jahren wurde von jenen Schichten hervorgerufen, die erstmals auf Grund des wirtschaftlichen Fortschritts in die Menge der Urlauber hineinwuchs. Diese Schicht ist aber von Arbeitslosigkeit und Rezessionen bedroht.
- Binnentourismus in der Bundesrepublik Deutschland: Da für deutsche Touristen Aufenthalte im Inland bzw. in Österreich wechselseitig relativ leicht ersetzbar sind, sinkt der Marktanteil Österreichs, wenn der Binnentourismus in der Bundes-

republik Deutschland expandiert. 1% Steigerung in der Bundesrepublik bewirkt bereits einen Rückgang von 0'5%.

Die Marketingstrategie muß heute unbedingt doppelseitig fahren, um Marktanteile beim Inlandsurlauber zu gewinnen, gleichzeitig aber auch ausländische Gäste weiter für Österreich zu interessieren.

Um Österreich weiterhin einen adäquaten Anteil an der zukünftigen Entwicklung zu sichern, wird es notwendig sein, sich Maßnahmen im Marketingbereich des Fremdenverkehrs einfallen zu lassen. Aus der gegenwärtigen Situation des Fremdenverkehrs kann man folgende Schlüsse ableiten:

- Die Österreich-Gäste werden sich auch in Zukunft weit überwiegend aus benachbarten westlichen Staaten rekrutieren.
- Der Bahntourismus wird gegenüber dem Flugtourismus gewiß wieder an Bedeutung gewinnen. Grund – Erhöhung der Energiekosten.
- Der rasche Ausbau der Verkehrswege wird Österreich näher an die westeuropäischen Zentralräume heranrücken lassen. Dadurch kommen unsere Fremdenverkehrsregionen zusätzlich als Kurzurlaubsdestinationen in Frage.
- Der Winterfremdenverkehr wird in viel stärkerem Maße in Richtung Ganzjahrestourismus wirken. Hier werden auch die Steigerungen in der Zukunft erfolgen.
- Das Angebot wird künftighin nur mehr im Großen vermarktet werden können, der Trend zum Großreiseunternehmer – etwa in der Bundesrepublik Deutschland – ist unverkennbar und unaufhaltsam.

  Reisegroßveranstalter mit neuen Reiseveranstaltergesetzen in der Bundesrepublik Deutschland, Tausenden von Verkaufsstellen und aggressiver Werbepolitik, eigenen Bahn- und Flugzeugzubringerorganisationen, modernstem elektronischem Marketing und modernsten TV- und Video-Vertriebsmethoden werden den Incoming-Tourismus weitgehend verändern und der erstarrten Althotellerie Marktanteile abnehmen.

Ca. 8 Millionen deutsche Touristen buchen ihren Urlaub über Reiseveranstalter, eine Zahl, die sich in naher Zukunft verdoppeln dürfte.

Österreichs Stärke ist sicherlich der Klein- und Mittelbetrieb (99·6%). Aufgrund von neu zu erwartenden Vertriebsmethoden in unseren Hauptherkunftsländern ist das Fehlen einer gewissen Anzahl von Mittelbetrieben in der betriebswirtschaftlich optimalen Größe von ca. 350 Betten aber bedauerlich. Eine Zusammenfassung qualitativ gleichwertiger Betten ist Voraussetzung, nicht nur für die Arbeit von Reisegroßveranstaltern, sondern überhaupt jeglicher, nach modernen Methoden arbeitender Incoming-Politik.

Ferienclubhotels, wie Club Méditerranée und Club Robinson, lassen sich dank ihres gleichmäßig hochklassigen Standards und Erlebniswertes gut vermarkten und bringen auch jene Auslastungszahlen, die für einen rentablen Betrieb unerläßlich sind. Besondere Schwerpunkte werden in diesen Clubs auf Animation gelegt.

Diese Entwicklung ist an Österreich völlig vorbeigezogen, obwohl Großveranstalter und Cluborganisationen aufgrund der stabilen österreichischen Verhältnisse und der überaus günstigen Verkehrslage besonders jetzt im Nahbereich gerne in Österreich investieren würden. Von kompetenten und inkompetenten Stellen wurde leider vieles unternommen, um diese „Betriebsform der Zukunft" in Österreich nicht Fuß fassen zu lassen.

- Die Typisierung, Klassifizierung und der Zusammenschluß qualitativ gleichwertiger Betriebe soll erreicht werden. Warum könnten nicht auch Genossenschaften im Fremdenverkehr reüssieren?
- Die Eigenkapitalsbasis des Fremdenverkehrs ist zu klein. Die Verschuldung der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft beträgt gegenwärtig rund 36 Mrd S. Neue Eigenkapitalsformen, wie z. B. Beteiligungssparen, könnten Verbesserungen bringen.
- Überlegungen hinsichtlich der Beteiligung österreichischer

Unternehmen (Österreichisches Verkehrsbüro, AUA, Österreichische Fremdenverkehrswerbung, Casino, Banken) an Reisegroßveranstaltern wären anzustellen.

- Der Ausbau der Infra- und Gaudiumstruktur muß forciert werden, und nur perfektionierte „big things" werden in Zukunft die Masse der jüngeren Urlaubsgeneration, die in erster Linie „erleben" will, bewegen, ihren Sommerurlaub in Österreich zu verbringen.
- Umstellung von Werbe- auf Verkaufspolitik: Die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft gibt bundesweit (Bund, Gemeinden, Länder) jährlich schätzungsweise mehr als 1 Mrd S für Werbung aus. Man kann sagen, je weiter weg von Wien die Werbung betrieben wird, desto ineffizienter – mit Ausnahme der Landeswerbung – wird sie.

  Die Aktivität der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung gilt als sehr gut, eine Umstellung bzw. Koordinierung von Werbung und Verkauf, wie es in Frankreich praktiziert wird, wäre jedoch sinnvoll. (Neben Werbung betreiben Außenstellen Verkaufspromotion.)
- Darüber hinaus wäre eine Zusammenarbeit aller für den Verkauf unseres „Touristikangebotes" zuständigen Stellen unbedingt notwendig.

  Sinnvoll wäre auch, wie schon oftmals angeregt, die Gründung von Österreichhäusern. Alle österreichischen Stellen, die an einer Präsentation österreichischer Waren und Leistungen am jeweiligen ausländischen Markt interessiert sind, müßten ihre Außenstellen in solchen Häusern unterbringen. In den USA hat man oft das Gefühl, daß Außenstellen der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung, AUA, Außenstellen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Österreichisches Verkehrsbüro etc. sich eher bekämpfen als kooperieren. Man sollte die Marktbearbeitung in den USA z. B. der AUA, die über die bestausgerüsteten Außenstellen verfügt, überlassen.
- Innerhalb der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung müßte es zu einer scharfen Trennung zwischen Direktorium,

welches lediglich die Kontrollfunktion haben soll, und Geschäftsführung kommen.

- Sondermaßnahmen für entsiedlungsgefährdete Grenzgebiete, wie z. B. im Waldviertel, Mühlviertel, in der Südsteiermark und im Burgenland, wären notwendig. Diese Gebiete sind überaus reizvoll und lassen sich, wie man es z. B. im Waldviertel erlebt, durch ihre Natürlichkeit, Unberührtheit und Einsamkeit unter besonderer Beachtung dieser Faktoren, gut vermarkten.
- Einflußnahme führender Politiker auf die Festsetzung der Urlaubstermine bei befreundeten Regierungen.
- Ausbau des Zubringerdienstes, speziell der Österreichischen Bundesbahnen (Spezialzüge mit Kinos, Unterhaltungswaggons), und Förderung reiner „Incoming"-Gesellschaften (Flug, Reisebüro) könnten viel zu einer Steigerung im Fremdenverkehrsaufkommen beitragen.

Darüber hinaus könnte die Einführung der 5-Tage-Schule als Wochenend- und Kurzurlaubsfüller dienen.

Wie lauten nun die Prognosen für die Entwicklung des Tourismus in den wichtigsten Touristenherkunftsländern Österreichs, basierend auf Prognosen von Bevölkerung, Einkommensverwendung, Entwicklung der Urlaubsdauer, Preis- und Bevölkerungsentwicklung in den nächsten 5 Jahren (Quelle: E. Intelligence Unit. Ltd.):

Durchschnittliches jährliches Wachstum
des internationalen Outgoing-Tourismus
in Prozent

	Anteil	Zuwachsraten			Zuwachsraten
		1966–74	1974–80	1980–85	
Bundesrepublik Deutschland	74·3	+ 15	+ 13	+ 4	fallend
Niederlande	10·3	+ 11	+ 9	+ 9	gleichbleibend
USA	1·6	+ 4	+ 15	+ 14	leicht fallend
Belgien/Luxemburg	3·0	+ 11	+ 10	+ 8	fallend
Großbritannien	1·8	+ 3	+ 5	+ 7	steigend
Schweden	1·3	+ 10	+ 11	+ 6	fallend
Dänemark	1·1	+ 6	+ 8	+ 7	leicht fallend
Jugoslawien	0·4	+ 5	+ 8	+ 8	gleichbleibend

Der gesamte Tourismusmarkt wird weniger stark wachsen als bisher. Neben den auf manche Länder zutreffenden Schwierigkeiten kommt noch hinzu, daß Österreich auf vier seiner wichtigsten Herkunftsmärkte um seinen Anteil wird verstärkt kämpfen müssen, nämlich in der Bundesrepublik Deutschland, in Belgien, Schweden und den USA.

Unter den kleineren Herkunftsgebieten ist die Entwicklung Osteuropas mehr von politischen Entwicklungen abhängig. Speziell Jugoslawien könnte sehr interessant werden. Lateinamerikas touristische Zukunft wird im Gegensatz dazu von der Wirtschaft geprägt. Das Potential ist vielversprechend, darüber hinaus zählen südamerikanische Touristen zu den ausgabefreudigsten der Welt.

Zahlenmäßig unwesentlich, aber wirtschaftlich umso bedeutender ist der touristische Verkehr aus dem Nahen Osten.

Abschließend sei in bezug auf Fremdenverkehr und Zahlungsbilanzsanierung vor Illusionen gewarnt:

Österreich liegt mit einem Anteil der Einnahmen aus dem Fremdenverkehr am Gesamtexport im internationalen Vergleich mit 26·5% an der Spitze, nur wirtschaftlich weit schwächere Länder, wie Spanien mit 22·5%, Griechenland mit 21·5%, erreichen ähnliche Werte, in der Schweiz beträgt der Anteil 9%!

Dieser hohe Prozentsatz zeigt die starke Abhängigkeit Österreichs von den Fremdenverkehrseinnahmen. Nur unterliegt der Fremdenverkehr nicht allein rein ökonomischen Grundsätzen. Kein Industriezweig ist so wie der Fremdenverkehr von nicht vorhersehbaren Faktoren abhängig. Als Wichtigstes sei hier nur das Wetter und die Schneelage angeführt. Langfristig muß eine Sanierung der Zahlungsbilanz von anderen Kriterien ausgehen.

Immerhin ist es dem österreichischen Fremdenverkehr gelungen, trotz der relativen Verteuerung in den letzten 7 Jahren, im internationalen Reiseverkehr kaum Marktanteile einzubüßen. Bei Fortsetzung der Tendenz der Verschlechterung der Handelsbilanz wird der Fremdenverkehr dennoch nicht die früheren Deckungsgrade bringen können.

Strukturschwächen und Leistungsbilanz

Prof. Dr. Gunther Tichy

Ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik an der Universität Graz

Österreichs wirtschaftspolitisches Interesse konzentrierte sich in den letzten Jahren sehr stark auf konjunkturpolitische Fragen, mit dem Ergebnis, daß wir auf diesem Gebiet erfolgreicher waren als andere Industriestaaten. Wir haben die drittniedrigste Inflationsrate nach der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland, die zweithöchste Wachstumsrate und die zweitniedrigste Arbeitslosenrate, die beiden letzten nach Japan, einem Land, in dem Wachstumstrend und Arbeitsmarkt von den österreichischen Verhältnissen so verschieden sind, daß man eigentlich Unvergleichbares vergleicht. Andererseits kann die österreichische Attitüde der Leistungsbilanz gegenüber bestenfalls als *„benign neglect"* und der Strukturpolitik gegenüber als *bewußte Mißachtung* bezeichnet werden. Lange Jahre haben wir uns einzureden versucht, unsere Leistungsbilanz wäre im Grunde gesehen gar nicht so schlecht: Die Defizite wären Folgen der Ölverteuerung – für die wir nun wirklich nichts können –, unserer guten Rezessionsbekämpfung, die die Nachfrage hier relativ höher hielt als im Ausland, überhöhter Kosten einer großzügigen Lohnpolitik und der Aufwertung. Die meisten dieser Ausreden haben einen wahren Kern, keine genügt zur Klärung weder des Niveaus noch des steigenden Trends unserer Leistungsbilanzdefizite.

Wodurch unser Leistungsbilanzdefizit nicht erklärt werden kann

Alle Leistungsbilanzaggregate haben einen deutlichen Trend der Verschlechterung, die Handelsbilanz, die Leistungsbilanz wie die erweiterte Leistungsbilanz (Leistungsbilanz einschließlich statistischer Differenz), der nun schon seit fünfzehn Jahren zu beobachten ist und sich in den letzten fünf Jahren deutlich verstärkt hat. Der Trend ändert sich nicht nennenswert, wenn man den Außenhandel mit Brennstoffen ausschaltet. Nun wäre ein steigendes Leistungsbilanzdefizit in einer wachsenden Wirtschaft eventuell zu tolerieren, wenn es nicht stärker als im Ausmaß des Wirtschaftswachstums zunimmt. Allerdings wächst unser Leistungsbilanzdefizit erheblich rascher. Das Handelsbilanzdefizit vergrößerte sich in den letzten Jahren von 4½% des Brutto-Nationalprodukts auf 7½%, ohne Brennstoffe von 3½% auf 4½%. In der erweiterten Leistungsbilanz trat anstelle eines Überschusses von ½% ein Defizit von 1½%; nur die Leistungsbilanz ohne Brennstoffe nahm über die ganze Periode von 1% auf 1½% des Brutto-Nationalprodukts zu, und auch in diesem Aggregat hat sich in den letzten fünf Jahren ein negativer Trend durchgesetzt. Rechnet man den Trend der letzten fünf Jahre auf absolute Zahlen um, so zeigt sich, daß sich das Handelsbilanzdefizit jährlich um 2·5 Mrd S stärker vergrößert, als einer konstanten Relation zum Brutto-Nationalprodukt entsprechen würde, das Defizit der Handelsbilanz ohne Brennstoffe um ¾ Mrd S pro Jahr stärker, das der erweiterten Leistungsbilanz um 2½ Mrd S pro Jahr und das der erweiterten Leistungsbilanz ohne Brennstoffe um ¾ Mrd S pro Jahr stärker als der Relation zum Brutto-Nationalprodukt entsprechen würde.

Kein Zweifel, auch ohne Ölpreiserhöhungen wäre unser Leistungsbilanzdefizit nicht nur gestiegen, sondern sogar stärker gestiegen als aufgrund des Wirtschaftswachstums vielleicht noch toleriert werden könnte; dabei vergißt eine solche Betrachtungsweise, daß wir am Öldefizit zwar nicht „schuld" sind, aber jetzt, 7 Jahre nach dem ersten Schock, doch allmählich darauf reagie-

ren sollten (entweder durch ein wirkungsvolles Energiesparprogramm oder durch eine Exportoffensive oder am besten durch beides). Jedenfalls zeigte die Entwicklung der letzten Jahre, daß der Leistungsbilanzoptimismus, der noch vor 2 Jahren herrschte, nicht gerechtfertigt war: „Die widerspruchsfreie Bewältigung des ‚magischen Vielecks' ist in Österreich nahezu perfekt gelungen, nachdem selbst der bisher schwächste Eckpfeiler, die Zahlungsbilanz, einer fast unerklärlich raschen Sanierung zustrebt."[1])

Der zweite wichtige Erklärungsversuch unseres Leistungsbilanzdefizits geht von der *relativen Übernachfrage* aus: Die Kapazitätsauslastung in Österreich wäre besser als im Ausland, die Nachfrage höher, sodaß der Importsog stärker und der Importdruck schwächer sei. Diese Erklärung hatte in der ersten Hälfte der siebziger Jahre erhebliche Kraft; die Verschlechterung zwischen 1971 und 1973 ist überwiegend auslastungsbedingt. Die Verschlechterung in den Jahren 1973 bis 1977 war aber viel größer als der Vergrößerung der Auslastungsdifferenz entsprechen würde. Nachfragedämpfung allein wäre daher kein politisch gangbarer Weg zur Leistungsbilanzsanierung: Um die erweiterte Leistungsbilanz auszugleichen, müßte Österreich seine relative Kapazitätsauslastung zum Ausland, verglichen zu 1977, um mindestens 8 Prozentpunkte zurücknehmen. Leider fehlen derzeit

---

[1]) A. Kausel, Die österreichische Wirtschaft ist kerngesund. Beurteilung der nachhaltigen Wettbewerbsstärke der österreichischen Wirtschaft aufgrund makroökonomischer Tatbestände, Quartalshefte der Girozentrale, Sonderheft 1/1979, S. 11.

Von wissenschaftlichen Untersuchungen wurde dieser Optimismus auch damals nicht geteilt. In einem mit dem oben zitierten gleichzeitigen Gutachten zitiert der Autor: „Das Maßnahmenpaket (der Bundesregierung) konnte den Passivierungstrend (der Leistungsbilanz) zwar unterbrechen und war in diesem Sinne als Sofortmaßnahme wichtig, kann aber längerfristig bei Beibehaltung des Vollbeschäftigungsziels die Leistungsbilanztendenz nicht ändern. Es hat aber einen zeitlichen Spielraum geschaffen, der hoffentlich reicht, bis endgültige Sanierungsmaßnahmen strukturpolitischer Art zu wirken beginnen." G. Tichy, Zahlungsbilanz- und beschäftigungsrelevante Strukturprobleme von Industrie und Gewerbe sowie Ansatzpunkte zu ihrer Lösung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen. In: Quartalshefte der Girozentrale, Sonderheft 1/1979.

Ähnlich argumentierte der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen: „Der Umstand, daß die Passivierungstendenz schon Mitte der siebziger Jahre einsetzte, spricht dafür, daß mittelfristige Faktoren am Werk waren, die im Laufe der Zeit an Gewicht gewannen oder durch zusätzliche Einflüsse verstärkt wurden." Beirat für Sozialfragen, Kurz- und mittelfristige Fragen der Zahlungsbilanzentwicklung, Wien 1978.

ausländische Daten über die Kapazitätsauslastung der Jahre nach 1977, sonstige Indikatoren lassen jedoch erkennen, daß sich an der Leistungsbilanz-Kapazitätsauslastungsrelation nicht allzu viel geändert haben dürfte.

Der dritte Ansatz zur Erklärung unseres steigenden Leistungsbilanzdefizits geht von den *steigenden Produktionskosten* aus. Die statistische Untersuchung dieser Behauptung ist nicht ganz leicht, weil die Daten schlecht und manipulationsempfindlich sind. Aber auch neuere Berechnungen bestätigen der Tendenz nach, was der Autor vor 2 Jahren fand: Daß nämlich die österreichischen Arbeitskosten (in nationaler Währung) weniger steigen als bei den Handelspartnern, und zwar nach den neuesten Daten (gewichtet) in den sechziger Jahren um 8% weniger; vor allem zu Beginn und zu Ende der Periode sind die österreichischen Arbeitskosten hinter den ausländischen zurückgeblieben. Da der Schilling allerdings in den siebziger Jahren gegenüber den Handelspartnern um 33% aufgewertet wurde, verschlechterte sich die Kostenposition dennoch um ein Fünftel.

Das bringt uns zur vierten möglichen Begründung des Leistungsbilanzdefizits, der *Aufwertung*. Auch hier ist der Befund weitgehend negativ. Eine bisher noch unveröffentlichte Studie von Schebeck/Suppanz/Tichy[2])[3]) ergab, daß eine Aufwertung von 10% zwar die Inflationsrate um 5% senkt, die Handelsbilanz jedoch zunächst wenig berührt. Für Importe von Halb- und Fertigwaren muß um 22 Mrd S, von Rohstoffen um 6 Mrd S und von Energie um 10 Mrd S weniger aufgewendet werden, für Exporte von Halb- und Fertigwaren wird um 35 Mrd S, von Energie um 3 Mrd S weniger erlöst. Der Handelsbilanzsaldo bleibt von der Aufwertung somit nahezu unberührt. Eine leichte Verschlechte-

---

[2]) F. Schebeck/H. Suppanz/G. Tichy, Der Einfluß von Wechselkursänderungen auf Außenhandel und Preise, Manuskript Wien 1980.

[3]) Betreffend die Ergebnisse einer vorläufigen Fassung siehe: F. Schebeck/H. Suppanz/G. Tichy, The effect of exchange rate changes on foreign trade in manufactured goods and on prices in small open economies. Preliminary results for Austria. In: H. Frisch/G. Schwödiauer, The economics of flexible exchange rates, Beiheft 6 zu Kredit und Kapital, 1980. Die endgültigen Ergebnisse werden in einem der nächsten Hefte der Zeitschrift Empirica publiziert.

rung der Dienstleistungsbilanz durch geringere Nettoeinnahmen aus dem Tourismus bleibt für unsere Fragestellung von geringerer Bedeutung, weil primär ja die Ursachen der Verschlechterung der Handelsbilanz zu klären sind (Übersicht 1).

Übersicht 1

Wirkung einer Aufwertung um 10%
in Mrd S

	Rohstoffe	Energie	Halb- und Fertigwaren	Insgesamt
Exportmenge	–	–	– 3/4	– 3/4 } +11
Importmenge	– 3/4	– 1/4	+11 1/2	+10 1/2
Exportwert	–	– 3	–35	–38
Importwert	–5 3/4	–10 3/4	–22	–38 1/2
Handelsbilanz				+ 1/2
Reiseverkehr				– 8
Leistungsbilanz				– 7 1/2

Quelle: Schebeck/Suppanz/Tichy, 1980.

Daß Aufwertungen die Handelsbilanz kaum, das Preisniveau jedoch kräftig beeinflussen, war bisher nicht Standardweisheit der Lehrbücher; es entspricht aber der *Theorie des Vicious bzw. Virtuous Circle*. Nach dieser Theorie setzen Aufwertungen durch Verbilligung der Importe einen antiinflatorischen Mechanismus in Bewegung: Die Verbilligung der Importe zwingt die heimischen Produzenten von Importsubstitutionsgütern die Preise zu senken und beide zusammen dämpfen den Anstieg der Verbraucherpreise. Damit kann die Einkommenspolitik niedrigere Lohnsteigerungen durchsetzen, die gemeinsam mit den billigeren importierten Vorprodukten den Kostenauftrieb dämpfen. Dadurch wird ein Teil der Wettbewerbsverluste wieder hereingebracht, die durch die Aufwertung entstanden waren. Allerdings nur ein Teil: Nach Schätzungen des Autors[4]) senkt eine 10%ige Aufwer-

[4]) G. Tichy, Die Situation Österreichs im internationalen Wettbewerb, Quartalshefte der Girozentrale, Heft 4/1978, S. 26f.

tung die Exportpreise gewerblicher Waren um etwa 8%, die Kosten um etwa 6–7%, die Verbraucherpreise um etwa 5%. Die Differenz zwischen Aufwertung und Preis- bzw. Kostensteigerung drückt die Gewinne des exponierten Sektors (der Exporteure und der unter Importsubstitutionskonkurrenz stehenden Produzenten). Das läßt vermuten, daß der Prozeß der Aufwertungsfolgen für die Handelsbilanz noch nicht abgeschlossen ist: Entweder es gelingt dem exponierten Sektor durch zusätzliche Produktivitätsfortschritte, sein Gewinniveau wieder zu erhöhen, oder es werden längerfristig doch negative Handelsbilanzeffekte auftreten, sei es, daß zunächst die unter Verlust (oder wenigstens mit geringerem als handelsüblichen Gewinn) gehaltenen Märkte doch aufgegeben werden müssen, sei es, daß die Konkurrenzfähigkeit des exponierten Sektors mangels entsprechender Investitionen und Forschungsausgaben verloren geht.

Insgesamt zeigt sich somit, daß weder die Ölverteuerung noch eventuelle Übernachfrage, noch steigende Produktionskosten, noch (zumindestens bisher) die Aufwertung das steigende Defizit der österreichischen Leistungsbilanz zur Gänze erklären können. Diese Größen sind auch keine geeigneten Ansatzpunkte für Maßnahmen zur Leistungsbilanzsanierung. Ursachen wie Ansatzpunkte müssen anderswo liegen, wahrscheinlich bei der großen Unbekannten, die man üblicherweise „Struktur" nennt. Um sie wenigstens etwas in den Griff zu bekommen, zunächst eine Sammlung von Indikatoren für österreichische Strukturprobleme.

Indikatoren für österreichische Strukturprobleme

Evidenz für Strukturschwächen wird im folgenden auf drei Gebieten gesucht und – leider in überreichem Maße – auch gefunden, und zwar auf dem Gebiete von Produktionsstruktur und Strukturwandel, der Entwicklung der Produktivität und im Bereich des Außenhandels.

Strukturschwächen in Produktionsstruktur und Strukturwandel

Der Vergleich der österreichischen mit der deutschen *Produktionsstruktur* (Übersicht 2) zeigt einen überdimensionierten Basissektor (Bergbau, Erdöl, Eisen- und Metallhütten, Gießereien und Papiererzeugung), überdimensionierte Baubranchen (Glas, Steine–Keramik, Holz) und eine überdimensionierte Produktion traditioneller Konsumgüter (Papierverarbeitung, Nahrungs- und Genußmittel, Leder, Textil, Kleidung); zu klein sind die chemische Industrie und vor allem die technischen Verarbeitungsprodukte (Maschinen, Fahrzeuge, Eisen- und Metallwaren, Elektro). Die Bereiche also, die einfache Produktionsverfahren anwenden, wenig spezialisierte Produkte erzeugen, keine besonders geschulten Arbeitskräfte benötigen, sind in Österreich viel stärker vertreten als in der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Ergebnis wird durch deutliche Indikatoren für ein *Forschungs- und Entwicklungsdefizit* gestützt. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung erreichen bloß 1·2% des Brutto-Nationalproduktes, halb soviel wie in den USA, aber auch bloß halb soviel wie in der besser vergleichbaren Schweiz und weniger als $^2/_3$ der deutschen oder selbst der englischen Forschungsausgaben. Für Patente, Lizenzen und Schutzmarken gibt Österreich im Jahr $1^1/_4$ Mrd S mehr aus, als es einnimmt.

Der Rückstand ist somit groß; holen wir wenigstens auf? Ist der *Strukturwandel* wenigstens rascher als in Westeuropa? Leider nein. Übersicht 2 zeigt, daß die Anteilsverschiebungen innerhalb der Gruppen wie innerhalb der Branchen der Bundesrepublik Deutschland rascher waren als in Österreich, ob man nun Beschäftigte, Netto-Produktionswerte oder Investitionen betrachtet.

Österreich liegt bei den Forschungsausgaben weit unter dem Niveau vergleichbarer Industrieländer und das Lizenzdefizit wächst beängstigend von 0·15 Mrd S im Jahre 1960 über 0·73 Mrd S im Jahre 1970 auf 1·27 Mrd S im Jahre 1977. Kein Wunder, daß ausländische Firmen klagen, es wäre schwierig, in Österreich Zulieferer zu finden, die bereit und in der Lage sind, die internatio-

Übersicht 2

Produktionsstruktur

Anteile	Beschäftigte		Produktion Netto-Produktionswert real		Investition nominell	
	Österreich	BRD	Österreich	BRD	Österreich	BRD
Basissektor ohne Chemie	16	12½	19	14½	31½	20
Baubranchen	10	7½	11	7½	10	7½
traditionelle Konsumgüter	26	17½	25	19	18	16½
Chemie	10	12	15½	17	14½	19
technische Verarbeitungsprodukte	38	50	29	42	26	37
Strukturwandel						
Gruppen[1])	23	31½	28½	30½	22½	30
Branchen[1])	28½	32½	35½	37	31½	37½

[1]) Summe der absoluten Anteilsverschiebungen.

Quelle: Aiginger, 1980, S. 33 und 35.

nal anerkannten Normen zu erfüllen. Damit soll nicht behauptet werden, daß es in Österreich nicht ausgezeichnete Betriebe gäbe, die international einmalige Produkte bester Qualität erzeugen – ihr Anteil ist nur noch viel zu klein und nimmt offenbar auch nicht im entsprechenden Maße zu.

Zu langsames Wachstum der Produktivität

In bezug auf das Wachstum der Produktivität sind Österreichs Probleme glücklicherweise nicht ganz so groß wie im Bereich des Strukturwandels; Österreichs Produktivität ist *rascher* gewachsen als in anderen Industriestaaten und auch rascher als in der Bundesrepublik Deutschland. Allerdings – und das ist ein Indikator für Strukturprobleme – wurde dieser Erfolg mit einer überdurchschnittlich hohen Investitionsquote erkauft. Auch ist das Niveau der österreichischen Produktivität noch zu niedrig. Trotz etwa gleich hoher Kapitalintensität ist die Kapitalproduktivität noch um 1/10 niedriger als in der Bundesrepublik Deutsch-

land[5]) und auch die Arbeitsproduktivität liegt trotz etwa gleicher Kapitalausstattung der österreichischen Arbeitsplätze unter den deutschen Werten. Sehr vorsichtig wird man daraus schließen können, daß der Kapitalstock hierzulande weniger effizient eingesetzt wird[6]). Das ist nicht nur deswegen unangenehm, weil dem hohen Konsumverzicht der Österreicher nicht der entsprechende Erfolg gegenübersteht, sondern auch deswegen, weil gut die Hälfte aller Investitionsgüter aus dem Ausland importiert wird, ein mangels entsprechender Effizienz überhöhter Kapitalstock, also unmittelbar die Leistungsbilanz belastet. Schenk[7]) hat darüber hinaus auch auf die verhältnismäßig geringe Arbeitsproduktivität in den technischen Verarbeitungsindustrien, Wagener[8]) auf die Verschärfung der Gegensätze zur Bundesrepublik Deutschland hingewiesen: Branchen mit vergleichsweise überdurchschnittlichem Produktivitätsrückstand sind im Zeitraum 1960–1972 noch weiter zurückgefallen, solche mit relativ geringen haben weiter aufgeholt.

Strukturschwächen im Bereich des Außenhandels

Die Strukturschwächen in Produktion und Produktivität werden im Bereich des Außenhandels unmittelbar leistungsbilanzwirksam. Sie zeigen sich im Verlust von Marktanteilen im Inland, in einer Konzentration der Exporte auf einfache Pro-

---

[5]) H. Seidel, Struktur und Entwicklung der österreichischen Industrie, Schriftenreihe der Bundeswirtschaftskammer, Heft 32/1978, S. 46.

[6]) G. Tichy, Wie wirkt das österreichische System der Investitionsförderung? Universität Graz, Research Memorandum 7906. In: Quartalshefte der Girozentrale, Heft 1/1980. – Investorenverhalten in Österreich. Ist die hohe Investitionsneigung eine Folge der weitgehenden staatlichen Förderung. Universität Graz, Research Memorandum 7904. In: Schriftenreihe des wirtschaftswissenschaftlichen Seminars Ottobeuren, Band 9/1979.

[7]) W. Schenk, Wettbewerbsverschärfung und technologischer Wandel in der Industrie. In: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,1980, S. 122.

[8]) H. J. Wagener, Arbeitsproduktivität im industriellen Bereich: Ein Vergleich zwischen Österreich und Westdeutschland. In: F. Levcik (Hrsg.), Internationale Wirtschaft – Vergleiche und Interdependenzen, Wien 1978, S. 94f.

dukte, in großen Importüberschüssen im Bereich der technischen Finalgüter sowie ungünstigen Preisen und Gewinnen.

Übersicht 3 zeigt die Entwicklung der Inlandsmarktanteile: Die österreichische Industrie hat im Durchschnitt der Jahre 1970/77 1²/₃% Inlandsmarktanteil pro Jahr verloren. Die Verluste sind besonders groß im Bereich der einfachen Konsumgüter (Textil, Bekleidung, Leder), in der Metallverarbeitung und in der Chemie. Offenbar verloren wir mehr Marktanteile nicht nur – und vielleicht nicht einmal so sehr – an die Entwicklungsländer, sondern auch an Industriestaaten im Bereich hochwertiger Güter. Umgekehrt hat Österreich in derselben Periode etwa 10% *Marktanteile im Ausland* gewonnen[9]), und zwar vor allem in den Bereichen Chemie, Maschinen und Fahrzeuge.

Übersicht 3

Entwicklung der Inlandsmarktanteile
der heimischen Industriegütererzeugung
1967 = 100

	1970	1975	1976	1977
Industrie insgesamt	92·5	88·7	84·0	80·9
Bergbau und Metallgrundindustrie[1])	86·2	75·9	89·8	86·1
Metallverarbeitung[2])	92·9	92·4	81·5	77·7
Textil, Bekleidung, Leder	93·8	79·3	73·6	66·9
Papier und Holz	95·8	91·3	88·1	88·1
Chemie	93·6	89·3	84·7	82·8
Steine-Keramik und Glas	97·4	96·5	94·4	92·8
Nahrungs- und Genußmittel[3])	98·0	99·4	95·6	94·0

[1]) Bergwerke, Eisenhütten, Metallhütten, Gießereien. – [2]) Maschinen-, Fahrzeug-, Eisen- und Metallwaren-, Elektroindustrie. – [3]) Ohne Tabakindustrie.

Quelle: WIFO-Datenbank.

[9]) E. Smeral, Marktanteilsentwicklung und Konkurrenzfähigkeit. CA Wirtschaftsberichte, Heft 4/1979, S. 39ff.

Die Entwicklung scheint hier in die richtige Richtung zu gehen, die Struktur selbst entspricht aber noch nicht der eines hochindustrialisierten Staates: die Maschinenexporte erreichen bloß 82% des westeuropäischen und 62% des deutschen Anteils, die Chemieexporte gar nur 72% und 59%; entsprechend höher ist – wie Übersicht 4 zeigt – der österreichische Anteil an sehr einfachen Waren (SITC 6).

Es verwundert daher wenig, daß eine Untersuchung des österreichischen Amerikaexportes feststellte, daß er sich größtenteils auf solche Halb- und Fertigwaren beschränkt, deren Verarbeitungsgrad im internationalen Vergleich eher mäßig wäre, und daß Waren mit hohem Verarbeitungsgrad und großer Forschungsintensität geringe Bedeutung hätten; Österreich wäre Konkurrent nicht der Industriestaaten, sondern der Entwicklungsländer[10]). Dementsprechend zeigte auch die Befragung des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, daß sich die Firmen unter erheblichem Konkurrenzdruck der Oststaaten und der Entwicklungsländer befinden, und zwar große Firmen stärker als kleine. *Besonders stark* ist der Druck in den Branchen Gießerei, Textil, Lederverarbeitung, Bergbau, Bekleidung, *stark* in den Bereichen Eisen und Stahl, Elektro, Maschinen, Steine–Keramik und Metallwaren. Man sieht: Branchen reichen zur Analyse nicht mehr aus, auch bei einfacheren Maschinen und Elektrogeräten gibt es schon Konkurrenzprobleme. Für eine Untersuchung nach Produkten sei auf die jüngste Analyse des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung[11]) verwiesen.

Gliedert man die *Handelsbilanz nach Warengruppen* zeigen sich Überschüsse allein bei *bearbeiteten* Waren (SITC 6), einer Gruppe mit sehr geringem Veredelungsgrad; die höchsten Defizite – von Brennstoffen abgesehen – treten bei Maschinen und

---

[10]) E. Smeral, Absatzschwierigkeiten in den USA, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Monatsberichte, Heft 7/1977.

[11]) W. Urban, Arbeits- und Qualifikationsintensität der österreichischen Industriesparten, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Monatsberichte, Heft 4/1980, S. 194ff.

Übersicht 4

Internationaler Vergleich der Warenstruktur der Ausfuhren

Anteil am Gesamtexport in %

Warengruppen (SITC)	Österreich 1978	Westeuropa 1978	BRD 1978	Frankreich 1978	Großbritannien 1978	Italien 1978	Niederlande 1978	Belgien 1978	Schweden 1978	Schweiz 1978	Westl. Industriestaaten 1977	USA 1977	Japan 1978
Industriewaren (5–9)	86·5	80·2	90·0	78·0	83·2	85·7	56·2	83·1	82·7	94·9	78·0	70·9	97·4
Nahrungsmittel Rohstoffe (0–4)	13·4	19·8	10·0	22·0	16·8	14·3	43·8	16·9	17·3	5·1	22·0	29·1	2·6
Maschinen, Verkehrsmittel (7)	29·0	35·3	46·8	35·9	37·0	32·1	18·8	24·2	42·5	32·3	38·1	43·3	59·7
Chemische Erzeugnisse (5)	7·9	11·0	13·3	11·6	11·3	6·5	14·9	12·7	5·1	20·4	9·6	9·2	5·2
Bearbeitete Waren (6)	35·5	22·4	20·2	20·9	22·7	24·1	15·9	35·3	27·8	20·6	20·1	9·6	23·8
Konsumnahe Waren (8)	13·7	10·2	9·4	9·2	9·6	20·9	6·3	7·2	6·7	20·9	8·8	6·3	8·0
Nahrungsmittel (0, 1, 4)	4·0	10·5	4·8	15·5	8·0	6·8	22·2	9·5	2·4	3·7	10·7	14·7	1·2
Roh- und Brennstoffe (2, 3)	9·4	9·3	5·2	6·6	8·8	7·3	21·6	7·3	14·9	1·4	11·3	14·4	1·4
Rohstoffe (2)	7·9	4·0	2·0	3·9	2·4	1·5	5·3	3·0	12·9	1·3	6·3	10·9	1·1
Brennstoffe (3)	1·6	5·3	3·2	2·7	6·4	5·8	16·2	4·4	2·0	0·1	5·0	3·5	0·3

Verkehrsmitteln auf (Übersicht 5). Nach Branchen aufgegliedert, gibt es Aktiva (in abnehmender Größenordnung, bezogen auf die Produktion) bei den Eisenhütten, Papiererzeugung und -verarbeitung, Glas, Leder und Gießereien, durchwegs also sehr einfachen Produkten. Alle komplizierteren Produkte werden mehr importiert als exportiert (Übersicht 6).

Übersicht 5

Handelsbilanzsalden im Verhältnis zur Inlandsproduktion

	Importe minus Exporte (Passivum) in % der Inlandsproduktion Durchschnitt 1975–1977
Bergbau und Magnesit	73
Erdöl	82
Eisenhütten	– 42 (Aktivum)
Metallhütten	23
Steine-Keramik	7
Glas	– 6 (Aktivum)
Chemie	16
Papiererzeugung	– 22 (Aktivum)
Papierverarbeitung	– 21 (Aktivum)
Holzverarbeitung	0
Nahrungs- und Genußmittel	13
Ledererzeugung	45
Lederverarbeitung	– 4 (Aktivum)
Textilien	9
Bekleidung	10
Gießereien	– 3 (Aktivum)
Maschinen	4
Fahrzeuge	100
Eisen- und Metallwaren	9
Elektro	7
Industrie insgesamt	14

Quelle: WIFO-Datenbank; W. Schenk, Technologiebedingte Strukturschwächen in der österreichischen Wirtschaft. In: Zentralsparkasse der Gemeinde Wien (Hrsg.), Neue Technologien und Produkte für Österreichs Wirtschaft, Wien 1979.

Der zu geringe Verarbeitungsgrad der österreichischen Exportprodukte, ihre zu geringe Technologie- und Facharbeitsintensität ist vor allem deswegen unangenehm, weil einfache Pro-

Übersicht 6

Handelsbilanzsalden nach Warengruppen 1955 bis 1979

in Mrd S

Warengruppen (SITC)	1955	1960	1970	1973	1977	1978	1979
Industriewaren (5–9)	1·0	−1·1	− 6·0	−18·9	−38·6	−22·4	−21·8
Rohstoffe, Nahrungsmittel (0–4)	−5·9	−6·6	−12·0	−17·0	−34·4	−33·4	−41·9
Maschinen, Verkehrsmittel (7)	−2·7	−5·8	−10·9	−19·9	−34·3	−20·0	−22·0
Chemische Erzeugnisse (5)	−0·7	−1·8	− 4·9	− 5·7	− 8·0	− 7·6	− 9·1
Bearbeitete Waren (6)	4·5	6·3	8·5	7·5	11·7	15·8	22·7
Konsumwaren (8)	0·0	0·1	1·2	− 0·8	− 8·8	−10·5	−13·4
Nahrungsmittel (0, 1, 4)	−4·8	−4·5	− 5·2	− 8·5	−12·3	−10·6	−10·3
Roh- und Brennstoffe (2, 3)	−1·1	−2·1	− 6·8	− 8·5	−22·1	−22·7	−31·6
Rohstoffe (2)	1·5	0·6	− 1·0	− 0·3	− 1·0	− 0·7	− 1·3
Brennstoffe (3)	−2·6	−2·8	− 5·8	− 8·1	−21·0	−22·1	−30·3
Alle Waren (0–9)	−4·9	−7·7	−18·0	−35·9	−73·0	−55·8	−63·7

dukte in einem Industrieland mit dem ihm entsprechenden Lohnniveau nicht gewinnbringend erzeugt werden können. Das steigende Handelsbilanzdefizit resultiert daraus, daß Österreich trotz relativ günstiger Kostenentwicklung bei diesen Exportprodukten nicht mehr konkurrenzfähig ist. Es bleibt nur die Wahl zwischen Verzicht auf Exporte – also einem Handelsbilanzdefizit –, Verlustexporten oder Strukturwandel. Mangels entsprechender Daten über Exportgewinne wurden die gesamten Industriegewinne[12]) verglichen: Sie zeigen das ganze vergangene Vierteljahrhundert hindurch einen sinkenden Trend, von der kurzen Periode 1968/70 abgesehen. Der sinkende Trend stammt jedoch allein aus dem Basissektor und in den letzten Jahren aus der Bauwirtschaft. In den technischen Verarbeitungsindustrien und sogar bei traditionellen Konsumgütern steigt der Gewinn so-

[12]) K. Aiginger/K. Bayer, Die Selbstfinanzierungskraft der Industrie: Cash-Flow-Entwicklung 1956 bis 1979, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Monatsberichte, Heft 1/1980, S. 10ff.

gar recht ordentlich. Wäre der Strukturwandel entsprechend rasch gewesen, wäre der Trend auch für die gesamten Industriegewinne inzwischen anders.

Abschließend noch eine Bemerkung zu den *Strukturproblemen im Osthandel.* Wir sind sehr stolz auf unser Verhandlungsgeschick im Osten, darauf, daß wir die Genossen zu behandeln wissen. Leider schlagen sich die guten Kontakte nicht im Außenhandel nieder: Der Marktanteil Österreichs ist in den Oststaaten seit 1965 von 7 auf 5% zurückgegangen, unsere Handelsbilanz ist mit Rußland und der Tschechoslowakei negativ, nur mit den kleinen Oststaaten positiv, und die Struktur der österreichischen Ostexporte ist so schlecht wie anderswohin: Während die übrigen Weststaaten einen Investitionsgüteranteil von 42% haben, bringt es Österreich auf 33%; dafür exportieren wir mehr Eisen und Stahl und mehr einfach bearbeitete Produkte[13]). Kein Wunder, daß die österreichischen Firmen den steigenden Zwang zu Kompensationsgeschäften beklagen; es scheint für sie die einzige Möglichkeit zu sein, im Geschäft zu bleiben. Etwas überspitzt formuliert: Kompensationsgeschäfte als Tauschhandel nicht weltmarktfähiger Produkte auf beiden Seiten.

Ursachen der Strukturprobleme

Die Ursachen der österreichischen Strukturproblemeliegen nicht in überdurchschnittlich hohen Arbeitskosten: diese sind noch immer um 1/4 niedriger als in der Bundesrepublik Deutschland und um 1/5 niedriger als im Durchschnitt der Handelspartner, wenn auch etwas höher als in Frankreich, Italien oder Großbritannien[14]). Die Ursachen sind eher im *raschen Aufholen der österreichischen Löhne* und in der Industrialisierung der Ent-

---

[13]) J. Stankovsky, Österreichischer Osthandel: Bestandsaufnahme und Aussichten, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Monatsberichte, Heft 2/1980, S. 69ff.

[14]) E. Walterskirchen, Arbeitskosten im internationalen Vergleich, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Monatsberichte, Heft 10/1977, S. 484ff., insbesondere S. 486.

wicklungsländer zu suchen. 1960 lagen die österreichischen Löhne noch unter denen der wichtigsten Handelspartner, und die Industrien, die heute als strukturschwach gelten, siedelten sich zum Teil gerade erst an, das Lohnniveau war ihnen in Deutschland oder in den USA zu hoch geworden. Die weltweite Grundstoffkonjunktur der siebziger Jahre führte dann zu einem strukturwidrigen Ausbau dieser mit Standardprodukten in Österreich langfristig nicht konkurrenzfähigen Bereiche. Mit dem Übergang zu niedrigeren Wachstumsraten der Nachfrage, der Energieverteuerung und den ersten Erfolgen der Industrialisierung der Schwellenländer sind diese latenten Strukturprobleme in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wieder virulent geworden, nachdem sie es schon einmal Mitte der sechziger Jahre waren[15]).

Daß andere Industriestaaten vor denselben Problemen der Umstrukturierung stehen, weil die *Industrialisierung der Entwicklungsländer* zum Abwandern einfacher Produktionen geführt hat, verschärft die österreichischen Probleme noch; es intensiviert den Konkurrenzdruck auf den Märkten für intelligente Produkte enorm. Noch nie war es so schwer wie heute, eine der sagenhaften Marktlücken zu finden. Dazu kommt, daß der Schilling (ebenso wie die DM und der Schweizer Franken) heute nicht mehr unterbewertet ist, wie das noch zu Anfang der siebziger Jahre der Fall war, ganz im Gegenteil ist der Schilling eher überbewertet.

Die *Wirtschaftspolitik* hemmte den Strukturwandel in den siebziger Jahren durch die Forcierung der Beschäftigung von Gastarbeitern, die das Lohnniveau für ungelernte Arbeit drückten[16]) und den Niedriglohnbranchen die Möglichkeit gaben, die Anpassung hinauszuschieben. Strukturkonservierend wirkte weiters die massive Förderung der Investitionen bei gleichzeitig hoher Steuerbelastung, die weit unterdurchschnittliche Förde-

---

[15]) Siehe den „Koren-Plan" und ähnliche Versuche zur Beseitigung der damaligen Strukturprobleme.

[16]) W. Pollan, Der Einfluß des Konjunkturverlaufes und der Fremdarbeiterbeschäftigung auf die interindustrielle Lohnstruktur, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Monatsberichte, Heft 2/1977.

rung von Forschung und Entwicklung sowie die Versuche, Arbeitsplätze auch in strukturschwachen Betrieben zu erhalten.

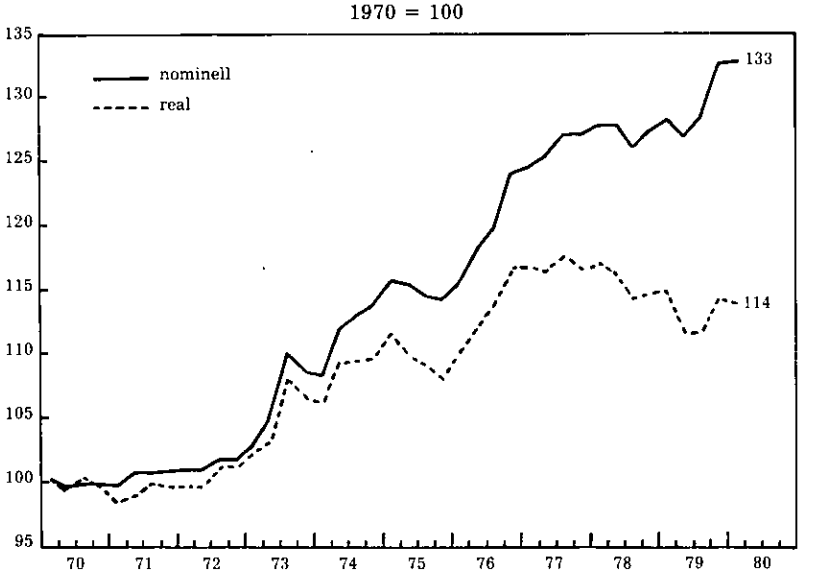
Zwiespältig ist der Beitrag der *Hartwährungspolitik* zum Strukturwandel. Er wurde noch nie genauer untersucht. Bekanntlich muß beim gegenwärtigen Wechselkurssystem unterschieden werden zwischen dem

- faktischen Wechselkurs des Schillings gegenüber einzelnen Währungen,
- dem effektiven Wechselkurs, dem gewichteten Wechselkurs gegenüber den Handelspartnern,
- dem effektiven realen Wechselkurs, dem effektiven Wechselkurs abzüglich der gewichteten Preise oder Kosten gegenüber den Handelspartnern, der die Konkurrenzfähigkeit wiedergibt.

Übersicht 7

Entwicklung des effektiven Wechselkurses des Schillings

1970 = 100



Quelle: H. Handler, Internationale und nationale Rahmenbedingungen für die monetäre Entwicklung der achtziger Jahre. In: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 1980.

Diese Unterscheidungen sind wichtig, weil Aufwertungen die Inflationsrate drücken, der reale effektive Wechselkurs also stets weniger steigt als der nominelle. Übersicht 7 zeigt, daß der Schilling im Zeitraum 1970 bis Ende 1979 gegenüber den Handelspartnern, also effektiv, um 33% aufgewertet wurde, real dagegen nur um 14%. Die Preise bzw. Kosten blieben also um etwa 19 Prozentpunkte zurück. Wie stark die Steigerung des realen hinter dem nominellen Wechselkurs zurückbleibt, hängt von der Wirtschaftspolitik ab. Je restriktiver diese ist, desto kleiner wird der Abstand.

Welche Folgen hatte nun die reale Aufwertung um insgesamt 14% in den siebziger Jahren? Daß die Effekte auf die Leistungsbilanz gering waren, wurde schon vorne erwähnt; ebenso auch, daß die Exporte mengenmäßig etwas sanken und die Importe mengenmäßig stark stiegen. Niehans[17]) berichtet, daß nach noch nicht abgeschlossenen Untersuchungen in der Schweiz eine reale Aufwertung um 10% die Auslandsaufträge um 7½%, die Exporte sofort (unbeschadet späterer Effekte) um 3% und die Industrieproduktion um 3½% sinken läßt. Ähnliche Resultate ergeben sich für Österreich: $\dot{IP}_a = 2{\cdot}97 + 0{\cdot}66\ \dot{IP}_{oecd} - 0{\cdot}43\ RWK_{ak}\ r^2$.
(4·68) (2·87)

Eine 10%ige Erhöhung des realen, arbeitskostenbereinigten Wechselkurses läßt – bei konstanter OECD-Industrieproduktion – die österreichische Industrieproduktion um 4½% sinken. Geht man davon aus, daß eine 10%ige Aufwertung des Wechselkurses zu einer 7%igen realen Aufwertung führt, bringt sie somit eine 3%ige Verringerung der Industrieproduktion mit sich. Sie dämpft daher den Preisauftrieb nicht nur von der Kostenseite, sondern wirkt auch deutlich restriktiv; der Strukturwandel aber ist in Perioden langsamen Wachstums in Österreich deutlich langsamer. Strukturhemmend wirkt eine Aufwertung weiters dadurch, daß sie die Gewinne der Exportindustrie senkt – die Konkurrenzverschlechterung durch die Aufwertung wird teilweise

[17]) J. Niehans, Geldpolitik bei überschießenden Wechselkursen, Außenwirtschaft 34 (3), S. 199ff., 1979.

aufgefangen – und dadurch die Investitionen (gewinnabhängige vorzeitige Abschreibung!) und damit die Möglichkeit zum Strukturwandel beeinträchtigt wird. Weiters begünstigt eine Aufwertung den geschützten Sektor relativ zum meist produktiveren exponierten und verstärkt die Konzentration der Exporte auf die Länder, mit denen de facto feste Wechselkurse bestehen. Andererseits könnte eine Hartwährungspolitik den Strukturwandel auch beschleunigen, da sie die Exportgewinne der strukturschwachen Bereiche besonders stark drückt und ihnen die Notwendigkeit der Änderung der Produktionsprogramme besonders drastisch vor Augen führt. Wahrscheinlich wird es jedoch an Finanzierungsmitteln für die Umstrukturierung fehlen; solche Fälle der passiven Sanierung durch Ausscheiden waren in letzter Zeit nicht selten. Insgesamt zeigt sich, daß die Hartwährungspolitik den Strukturwandel eher bremsen dürfte, flankierende Maßnahmen für die Exportindustrien, die schon oft gefordert wurden[18]) sind bis jetzt ausgeblieben.

Der Beitrag der Industriepolitik zur Leistungsbilanzsanierung

Der Autor hat bereits vor eineinhalb Jahren in einem Gutachten für das Finanzministerium sechs Pakete zur Strukturverbesserung vorgeschlagen, und zwar ein Forschungsförderungs-, ein Innovationshilfe-, ein Mobilitätshilfe-, ein Finanzierungshilfe-, ein Exporthilfe- und ein Starthilfepaket. Bei der *Forschungsförderung* geht es vor allem um die Verschiebung von der Investitionsförderung zur indirekten Forschungsförderung sowie direkte Maßnahmen der Projektförderung. In der *Innovationsförderung* geht es um die teilweise Übernahme der Kosten für die Fertigungsüberleitung, nötige Testgeräte, die Markteinführung

[18]) G. Tichy, Zahlungsbilanz- und beschäftigungsrelevante Strukturprobleme von Industrie und Gewerbe sowie Ansatzpunkte zu ihrer Lösung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen. In: Quartalshefte der Girozentrale, Sonderheft 1/1979.

sowie Hilfe bei der Produkthaftung in der Einführungsphase. Die *Mobilitätshilfe* sollte helfen, Arbeitskräfte und Kapital rasch und mit möglichst geringen Kosten von strukturschwachen in aussichtsreiche Bereiche hinüberzuführen, die *Finanzierungshilfe* die Gleichstellung von Eigen- und Fremdkapitalzinsen sicherzustellen und für die Risikokapitalbildung außerhalb der Betriebe zu sorgen. Die *Exporthilfe* sollte noch stärker den Problemen der Exporteure in Weichwährungsländer und den Problemen der Mittelbetriebe zugewendet werden, die große Schwierigkeiten bei der Erschließung ausländischer Märkte haben, vom Know-how wie von den Kosten her. Das *Starthilfepaket* schließlich sollte Hilfe bei der Neugründung technologie- und facharbeitsintensiver Firmen geben.

Gelingt es uns, die Produktionsstruktur eines modernen Industriestaates zu erreichen, werden unsere Leistungsbilanzprobleme von selbst verschwinden; ohne Lösung der Strukturprobleme hingegen müßten wir zum Ausgleich der Leistungsbilanz um 5% geringere Kapazitätsauslastung und dementsprechend höhere Arbeitslosigkeit erzwingen als unsere Handelspartner, ein Weg, der zu ernsten sozialen Spannungen führen müßte. Die Umstrukturierung unserer Wirtschaft wird aber nur gelingen können, wenn wir uns bemühen, ein weniger verkrampftes Verhältnis zur Wirtschaft, zur Wissenschaft und vor allem zur Technik zu finden. Wir dürfen den Techniker nicht mehr als den Mann verteufeln, der Arbeitsplätze gefährdet, die Umwelt zerstört und die Energieverschwendung fördert; wir müssen akzeptieren, daß es Wissenschaft und Technik waren, die Hunger, Armut, körperliche Not und Krankheit doch ganz erheblich verringert haben, und daß Wissenschaft und Technik die Instrumente schaffen, auf diesem Weg fortzuschreiten.

Die Sammlung der Strukturprobleme in dieser Arbeit soll und darf nicht als Krankjammern der österreichischen Wirtschaft verstanden werden; die Erfolge der österreichischen Wirtschaftspolitik sollen nicht geleugnet werden. Es muß aber betont werden, daß die österreichischen wirtschaftspolitischen Erfolge der Vergangenheit Resultat illusionsloser Erkenntnis der Proble-

me *und* vielleicht überdurchschnittlicher Problemlösungskapazität gewesen sind. Diese beiden Elemente zusammen führten zu einer im internationalen Durchschnitt überdurchschnittlich konsequenten antizyklischen Budgetpolitik (von einigen Fehlern abgesehen), zu der berühmten Einkommenspolitik, zur Hartwährungspolitik, zu der – verglichen zum internationalen Standard – stärker mittelfristigen Konzeption der Wirtschaftspolitik und zur frühzeitigen Akzeptierung der Strukturpolitik (die heute in Amerika als Angebotspolitik neu entdeckt wird). Unsere Erfolge sind uns also nicht in den Schoß gefallen, wir haben sie erkämpft. Unsere gegenwärtigen Probleme zu erkennen und damit die Voraussetzungen für ihre Lösung zu schaffen, dazu sollten diese Überlegungen beitragen.

Beitrag der Einkommenspolitik zur Verbesserung der Leistungsbilanz

Abgeordneter Sepp Wille
Vorsitzender-Stellvertreter
der Gewerkschaft Metall–Bergbau–Energie

Die österreichische Wirtschaft hat in den letzten Jahren einen großen Sprung vorwärts gemacht und die „Europareife" erlangt.

Das Brutto-Inlandsprodukt betrug 1979 in Österreich 9.200 $, in den Ländern der OECD 8.800 $ und in den Ländern der OECD-Europa 7.800 $ pro Kopf und Jahr. Der Österreicher hat damit die europäische Leistungsfähigkeit und den „Europalohn" im Durchschnitt überschritten, also ein langfristiges Ziel erreicht.

Dennoch: Die österreichische Wirtschaftsstruktur bedarf einer tiefgreifenden Veränderung, deren Notwendigkeit mit einigen Fakten aufgezeigt werden soll.

1. Die Zahl der Industrie-Beschäftigten nahm seit 1974 von rund 670.000 auf rund 620.000 ab. Obwohl die Zahl der Industriebeschäftigten im letzten Jahr vielleicht wieder um 10.000 angestiegen ist, ist eine kräftige Verjüngung der Industrie durch mehr Innovation und weniger Investition notwendig.

2. Einen Schwerpunkt in der Verbesserung der Leistungsstruktur der österreichischen Wirtschaft bildet daher die Förderung von Industrieansiedlungen. Die Bundesregierung hat dazu Vorhaben unterstützt, die diese Entwicklung beschleunigen. (Beispiele: Produktion des Geländewagens Steyr-Mercedes; Produktion von Steyr-BMW-Motoren; Produktion von GM-Motoren; Produktion von Philips-Videocassettenrecordern; Produktion von Siemens-Mikroelektronik-Bausteinen.)
3. Einen weiteren Schwerpunkt der Strukturpolitik bildet die Energiepolitik.

   Für Energieimporte mußte Österreich 1973 10 Mrd S aufwenden. 1974 waren es bereits 20 Mrd S, 1980 werden es 45 Mrd S sein. Nachdem das Leistungsbilanzdefizit 1980 „nur" 37 Mrd S betragen wird, kann die Schwere des Problems an den Energieimporten gemessen werden.

   Daher auch dazu ein Regierungsprogramm. Es sieht vor: Ausbau der österreichischen Energiequellen; Entwicklung alternativer Energiequellen; sparsame Energieverwertung.

Nicht nur die Bundesregierung, auch die Wirtschaft erwartet zudem in einer „offensiven Industriepolitik" eine „wettbewerbsorientierte Arbeitskostenorientierung", ohne den Gewerkschaften diese „Erwartung" näher zu definieren. Die Gewerkschaften warten auch nicht darauf. Sie haben längst erfahren, daß alle Objektivität in der Lohnpolitik im „Fingerspitzengefühl" und im „Augenmaß" zu suchen ist.

Zum Problem „Lohnhöhe und Beschäftigung" ist vor allem in der BRD eine Serie von Untersuchungen erschienen. Das Ergebnis in einem Satz: „Gerade die Vielseitigkeit der vorgetragenen Argumentationskette zeigt, wie wenig sicher unsere Kenntnisse auf diesem Gebiet sind."

Natürlich wird wiederholt die Frage gestellt, ob nicht absolute oder relative Lohnsenkungen die gegenwärtige Arbeitslosigkeit beseitigen und auch die Exportchancen erhöhen könnten, doch wird – z. B. von Herbert Giersch – eine Politik, „die sich nur auf die Dämpfung von Reallöhnen bezieht, für wenig aus-

sichtsreich gehalten". Schließlich kommt man zum Schluß, daß die Lohnpolitik „eben doch *nur eine* der Determinanten von Stabilisierungs- und Strukturpolitik ist".

Der Beitrag der Gewerkschaften zur Wirtschaftspolitik ist daher sicher recht allgemein. Da wird Vollbeschäftigung und Stabilität direkt angesteuert und indirekt natürlich damit Strukturpolitik betrieben. Jeder Gewerkschafter anerkennt, daß ein Leistungsbilanzdefizit nur vorübergehend zu verkraften ist. Auch die Absicherung der außenhandelspolitischen Flanke muß daher ein zentrales Anliegen sein und bleiben.

Der größte Erfolg der österreichischen Gewerkschaften ist daher vermutlich der gesicherte soziale Friede. Er ist von der Stärke der Gewerkschaften und dem daraus gewonnenen Vertrauen in die Gewerkschaften und in die Wirtschaft abgeleitet und substantieller als die Lohnpolitik selbst.

Dazu: Auch Experten – falls es dazu Experten gibt – überschätzen immer wieder die direkten Auswirkungen der gewerkschaftlichen Lohnpolitik. Meiner langjährigen Erfahrung zufolge, wird mit der Erhöhung der Istlöhne durch die Gewerkschaften im größten Wirtschaftsbereich aber nur die Inflation „abgegolten", die jährliche kollektivvertragliche Istlohnerhöhung entspricht also etwa nur der Steigerung der Verbraucherpreise. Darauf aufbauend erhöhen allerdings die Betriebe und Betriebsräte die „Löhne" entsprechend den sehr unterschiedlichen Wünschen und Möglichkeiten; dabei setzt erst die entscheidende „Feinsteuerung" ein, wobei die höchste „wage-drift" im geschützten Bereich zu verzeichnen ist. Da stehen dann Aktiengesellschaften mit Personalkosten pro Kopf und Jahr von 150.000 S anderen Aktiengesellschaften gegenüber, deren Personalkosten über 350.000 S hinausgehen.

Die Gewerkschaften gehen somit in hohem Maße auf ökonomische Notwendigkeiten der Unternehmungen ein und leisten damit umfassend ihren Beitrag. Die offenen Fragen der Strukturpolitik sind also vor allem von den Unternehmungen durch eine „offensive Industriepolitik" zu beantworten, die von den Gewerkschaften erwartet, aber auch getragen werden wird.

Diese Auffassung wird vermutlich Allgemeingut sein. Weder Regierung noch Wirtschaft erwarten von den Gewerkschaften eine Neuorientierung ihrer Lohnpolitik. Daß die allgemein schwierige Wirtschaftsentwicklung, die sich vor allem in einem stark reduzierten Wachstum ausdrückt, auch von den Gewerkschaften verstanden wird, ist offenkundig. Die Gewerkschaften werden solange auf die Notwendigkeit der Wirtschaft einzugehen bereit sein, solange sie als gleichberechtigte Partner in der Wirtschaft behandelt werden.

Soweit zu den unmittelbar zu bewältigenden Aufgaben. Langfristig braucht unsere Gesellschaft sicher mehr als eine Struktur, die aus dem „Wachstum" kommt. Immer werden wir unseren Problemen nicht „davonwachsen" können.

Schlußbemerkungen

Dkfm. Dr. Heinz Kienzl
Generaldirektor der Oesterreichischen Nationalbank

Die Volkswirtschaftliche Tagung 1980 hat uns vor Augen geführt, daß wir Österreicher, immer wenn es darauf ankommt, in der Lage waren, größte Anstrengungen zu setzen, um mit existenzbedrohenden Schwierigkeiten fertig zu werden. Dies hat Professor Tichy an einigen Beispielen aufgezeigt. Und die Erfolge, die uns Hofrat Kausel vor Augen gestellt hat, sind Ausdruck dafür, daß wir uns in den siebziger Jahren tapfer gehalten haben. Man kann daher hoffen, daß eine solche Haltung vom größten Teil der Österreicher auch bei der Bewältigung der künftigen schwierigen Probleme eingenommen wird. Fest steht leider, daß uns der Wind jetzt sehr stark ins Gesicht bläst, und wenn wir unsere internationale Position halten, Lebensstandard und Vollbeschäftigung sichern wollen, müssen wir uns kräftig in die Riemen legen.

Professor Koren hat sicher recht, wenn er vor der Gefahr warnt, die Dinge zu verniedlichen und die Probleme zu kaschieren. Denn die Neigung, sich in Sorglosigkeit zu wiegen und Anstrengungen aus dem Wege zu gehen, ist eine altösterreichische Nationaleigenschaft. Dazu kommt, daß jetzt die Tendenz um sich greift, die „Leistungsgesellschaft" abzulehnen.

Die Notenbank hat, wie es ihre Pflicht ist, immer wieder alle ihre Hebel in Bewegung gesetzt, um eine Verbesserung unserer Leistungsbilanz zu erreichen, und mancher ihrer Funktionäre hat, weil er harte Maßnahmen vorgeschlagen hat, allerlei Kritik in Kauf nehmen müssen. Daß aber dann Erfolge nicht ausgeblieben sind, hat wieder alles gutgemacht. Daß gerade bei der Volkswirtschaftlichen Tagung der Notenbank solche Maßnahmen beraten wurden, hat die Bedeutung dieser Einrichtung als Forum für eine echte volkswirtschaftliche Meinungsbildung erhöht.

Das 1977 konzipierte Maßnahmenpaket hat eine vorübergehende Entlastung unserer Leistungsbilanz herbeigeführt und war erfolgreich, wenngleich der Erfolg angesichts neuer weltwirtschaftlicher Erschütterungen nicht von Dauer sein konnte. Die Referate des ersten Vormittags unserer Tagung haben uns gezeigt, wie sehr die Energie- und Rohstoffverteuerung und -verknappung neuerlich zur Verschlechterung der Leistungsbilanz beigetragen haben. Nun sind aber Verteuerung und Verknappung der Primärenergieträger einmal ein weltwirtschaftliches Faktum, und unser fundamentales Problem ist jedenfalls die Verbesserung der Struktur und damit der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft.

Daß wir verstärkte Anstrengungen zur Verbesserung der Leistungsbilanz unternehmen müssen, ist unbestritten. Ich glaube aber nicht, daß dies mit einer einzigen Maßnahme geschehen kann, sondern daß ein umfangreiches Maßnahmenpaket entwikkelt werden muß. Die Alternative wäre eine Wirtschaftspolitik, die die österreichische Wirtschaft in ein extrem enges monetäres Korsett zwängt. Sie würde die bekannten, sozial höchst unerwünschten Effekte in Österreich genau so zeitigen wie in anderen Ländern. So wenig wünschenswert eine solche Politik wäre: Wenn nicht rechtzeitig und wirksam gehandelt wird, werden wir in diese Richtung getrieben werden. Der Aktionsparameter unserer Politik wird in einschneidendem Maße durch unsere Devisenreserven bestimmt. Und die sind bekanntlich seit 1972, dem Jahr vor dem ersten Ölschock, auf weit weniger als die Hälfte ihres Gewichtes gesunken. Denn seinerzeit deckten sie das Import-

erfordernis für 3·7 Monate. Gegenwärtig beträgt diese Quote nur mehr 1·6 Monate.

Das zu ergreifende Maßnahmenpaket wird, wie ich glaube, ein breites Spektrum umfassen müssen – von der Inbetriebnahme des fertigen Kernkraftwerks bis zu dem von Dkfm. Mayr vorgestellten „Nockalmdorf". Dabei ist natürlich mit den verschiedensten Widerständen politischer, gesellschaftlicher, ideologischer und sonstiger Natur zu rechnen. Aber solche Widerstände müssen überwunden werden: denn wenn man in diesen Dingen nachgibt – kapituliert –, öffnet man das Tor für alle möglichen Narreteien, welche einige Länder, die Österreich gar nicht so unähnlich sind, auf eine sehr schiefe Bahn gebracht haben.

Ich hatte bei der BIZ in Basel kürzlich Gelegenheit, mit Notenbankkollegen aus Schweden und Dänemark zu sprechen: ihre Länder sind durch solche Zeiterscheinungen in eine viel schlechtere Situation gekommen, als wir sie gegenwärtig haben, obwohl sie jahrzehntelang für uns Vorbild und Muster waren.

Ich bin, wie Professor Tichy, am meisten von dem soziologischen Teil der INTERFUTURES-Studie der OECD beeindruckt, wo dargestellt wird, daß jede Generation – oder jeder Mensch – sich im Laufe seiner Entwicklung eine eigene Weltanschauung bildet. Daß man natürlich eine andere Weltanschauung gewinnt, wenn man hungert oder die Auswirkungen von Kriegen und Katastrophen zu spüren bekommt, als wenn man wohlbehütet unter konsolidierten Verhältnissen heranwächst, liegt auf der Hand.

Das große gesellschaftspolitische Problem, mit dem wir es zu tun haben, ist aber, ob eine solche aus dem Wohlstand erwachsene Weltanschauung tauglich ist, um mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten fertig zu werden. Denkt man daran, welchen verheerenden Beitrag die Ideologie der Lebensunfähigkeit Österreichs zur Entwicklung in der Ersten Republik geleistet hat, kann einem angst und bange werden, wenn man zusehen muß, wie Politiker, die es eigentlich besser wissen müßten, sich plötzlich einen Bart wachsen lassen oder sich der Öffentlichkeit auf einem Fahrrad präsentieren, nur um zu zeigen, daß sie „in" sind. Natür-

lich setzen sie sich eine Narrenkappe nur auf, weil sie glauben, dadurch Wählerstimmen zu gewinnen, verstärken aber dadurch, wie ich annehme ungewollt, den verantwortungs- und leistungsfeindlichen Zug, den unsere Gesellschaft anzunehmen droht.

In der INTERFUTURES-Studie ist davon die Rede, daß die Haltung der jungen Generation von dem Wunsch bestimmt wird, sich zu befreien und sich zu verwurzeln. Sich vom Leistungsdruck zu befreien ist bequem, muß aber dazu führen, daß wir aus angestammten Märkten verdrängt werden und neue nicht erobern können. Und daß in Drop-outs-Gruppen verwurzelt zu sein, auf die Dauer auch nicht befriedigt, erkennen manche erst, wenn es für sie und die Gesellschaft zu spät ist.

Wenn aber – wie auch INTERFUTURES herausstellt – die geistigen Grundlagen für eine Vorwärtsentwicklung nicht vorhanden sind, und eine Generation heranwächst, die keinen Willen hat, sich über Wasser zu halten, und glaubt, der liebe Gott oder der Papa oder ein österreichisches Wirtschaftswunder werden schon weiterhelfen, dann, meine ich, fehlen ganz wichtige Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf.

Aber leider kann man Erfahrung nicht lernen, man muß sie machen!

Die Vortragenden

Ludwig Bauer, 1945 Geschäftsführer bzw. öffentlicher Verwalter der AG der Kohlenwertstoffverbände, Gruppe Benzin-Benzol-Verband, ab 1946 Prokurist der „Martha" Erdöl Ges. m. b. H., ab 1955 alleiniger Geschäftsführer der „Martha" Erdöl Ges. m. b. H., ab 1960 Generaldirektor der „Martha" Erdöl Ges. m. b. H., seit 1966 Vorsitzender des Vorstandes und Generaldirektor der ÖMV Aktiengesellschaft. Vorsitzender des Aufsichtsrates der ELAN Mineralölvertrieb AG, der Österreichischen Mineralölvertriebs-Ges. m. b. H. und der Erdölraffinerie Ges. m. b. H. i. L., Vorsitzender-Stellvertreter des Aufsichtsrates der Adria-Wien-Pipeline Ges. m. b. H. und der „Martha" Erdöl Ges. m. b. H., Vorsitzender-Stellvertreter der Österreichischen Pipeline-Studiengesellschaft m. b. H., Mitglied des Aufsichtsrates der Siemens AG Österreich und der Petrochemie Schwechat Ges. m. b. H.

Otmar Emminger, geboren 1911, wirtschaftswissenschaftliche Studien, Dr. oec. publ., an den Universitäten Berlin, München, Edinburgh und London. 1947 bis 1949 Oberregierungsrat im Bayerischen Wirtschaftsministerium, 1949 bis 1950 Leiter der Wirtschaftsabteilung der Deutschen Delegation bei der OEEC in Paris. Ab 1950 Hauptabteilungsleiter und Mitglied des Direktoriums, ab 1953 Mitglied des Zentralbankrates der Bank deutscher Länder. 1953 bis 1959 Exekutivdirektor des Internationalen Währungsfonds. Ab 1957 Mitglied des Direktoriums, ab 1970 Vizepräsident und von 1977 bis 1979 Präsident der Deutschen Bundesbank. 1958 bis 1976 Vizepräsident des Währungsausschusses der EWG, 1964 bis 1967 Vorsitzender-Stellvertreter der „Zehnergruppe" in Paris, 1969 bis 1977 Präsident der Arbeitsgruppe III der OECD in Paris, 1977 bis 1979 Gouverneur des Internationalen Währungsfonds für die BRD. Publikationen: Die Bayerische Industrie, 1947; Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft, 1953; Währungspolitik im Wandel der Zeit, Frankfurt/M. 1966; Zwischenbilanz der DM-Aufwertung, 1970; Inflation and the International Monetary System, 1973.

Helmut H. Haschek, 50 Jahre, Studium der Rechtswissenschaften in Wien und der Volkswirtschaft in den USA, Doktor juris. Seit 1954 in der Österreichischen Kontrollbank AG tätig, seit 1970 Vorsitzender des Vorstandes. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Verbandes österreichischer Banken und Bankiers, Mitglied des Vorstandes der Wiener Börsekammer, Präsident der Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H., Aufsichtsrat in- und ausländischer Banken und Industrieunternehmen. Honorarprofessor am Institut für Finanzwissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien, Lehrbeauftragter an der Diplomatischen Akademie in Wien. Früher Präsident der International Union of Credit Insurers and Investment Insurers (Berne Union) und der internationalen Vereinigung der Export- und Beteiligungsgarantieinstitutionen, stellvertretender Vorsitzender der Kapitalmarktgruppe des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen. Publikationen: Arbeiten zu Fragen der Exportversicherung, der Exportfinanzierung und des Kapitalmarktes.

Anton Kausel, geboren 1919, Studien der Wirtschaftswissenschaft und Staatswissenschaft an der Universität Wien, 1947 Diplomvolkswirt, 1949 Dr. rer. pol., 1947 Revisionsassistent der Austria Wirtschaftsprüfung AG, 1949 Revisor bei einem Wirtschaftsprüfer. Ab 1956 Referent im Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (Aufbau der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Österreich). 1973 Übertritt in das Österreichische Statistische Zentralamt, seit 1975 Abteilungsleiter des Österreichischen Statistischen Zentralamtes (Referate: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Input-Output sowie Forschung und experimentelle Entwicklung).

Heinz Kienzl, geboren 1922, Studium an der Hochschule für Welthandel in Wien. Seit 1947 Mitarbeiter des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. 1950 bis 1968 Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, in dieser Zeit u. a. Mitglied des Wirtschaftsbeirates und des Preisunterausschusses der Paritätischen Kommission, Vertreter des Österreichischen Gewerkschaftsbundes im gewerkschaftlichen Beratungsausschuß der OECD, Vorstandskonsulent der Bank für Arbeit und Wirtschaft AG, 1963 Generalrat der Oesterreichischen Nationalbank. Seit 1967 Obmann der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft, 1969 Stellvertretender Generaldirektor der Oesterreichischen Nationalbank, 1971 Vorsitzender der Kontrollkommission des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, 1973 Generaldirektor der Oesterreichischen Nationalbank. Publikationen: Freie Wirtschaft, Wien 1952; Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, 1. bis 3. Auflage, Wien 1960 bis 1967; Der durchleuchtete Wähler (mit anderen), Wien 1964; Wirtschaftspartnerschaft, Stabilität und Wachstum (Festschrift für Andreas Korp), Wien 1971; Ökonomie und Ideologie (in: Rote Markierungen), Wien 1972; Gesellschaft am Wendepunkt, Wien 1975.

Hans Korbl, geboren 1925, Studium an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, Promotion 1948. Ab 1948 Referent bei der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs, ab 1957 Leitender Sekretär der Abteilung für Handelspolitik. Seit 1964 Generalsekretärstellvertreter der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs. Publikationen: Referate über markt- und handelspolitische Fragen, über Probleme der Integration mit der EWG sowie über Probleme der Energiepolitik im Bereich der Land- und Forstwirtschaft.

Stephan Koren, geboren 1919, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien. Ab 1945 Mitarbeiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung. 1964 Habilitation für das Fach Wirtschaftspolitik an der Universität Wien. 1965 3. Lehrkanzel für Nationalökonomie an der Universität Innsbruck. 1967 Staatssekretär für Wirtschaftsfragen. 1968 Finanzminister, ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Weltwirtschaftslehre an der Hochschule für Welthandel in Wien. 1970 Abgeordneter zum Nationalrat, Obmann des Parlamentsklubs der Österreichischen Volkspartei. Seit 1978 Präsident der Oesterreichischen Nationalbank. Publikationen: Der Betriebszensus in der Wirtschaftsstatistik (in: Die erste Bestandsaufnahme der österreichischen Wirtschaft), Wien 1956; Die österreichische Erdölwirtschaft (10. Sonderheft des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung), Wien 1957; Österreichs Industrie und der europäische Markt (Hrsg.: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung), Wien 1957, 1958; Struktur und Nutzung der Energiequellen Österreichs (in: Österreichs Wirtschaftsstruktur, gestern, heute, morgen), Berlin 1961; Die Industrialisierung Österreichs – vom Protektionismus zur Integration (in: Österreichs Wirtschaftsstruktur, gestern, heute, morgen), Berlin 1961; Sozialisierungsideologie und Verstaatlichungsrealität in Österreich (in: Die Verstaatlichung in Österreich), Berlin 1964; Zur Problematik der Wohnungspolitik in Österreich (in: Wiener Studien zur Wirtschafts- und Sozialpolitik), Wien 1965; Der Koren-Plan, Wien 1968; Strukturpolitische Schwerpunkte der österreichischen Wirtschaftspolitik (in: Die Zukunft des Mittelstandes), 1969.

Bruno Kreisky, geboren 1911, Studium der Rechtswissenschaft sowie der Nationalökonomie in Wien, Doktor der Rechtswissenschaft. 1935 verhaftet und im Sozialistenprozeß 1936 wegen Hochverrats verurteilt. 1938 von der Gestapo 5 Monate lang festgehalten, dann Flucht nach Schweden. Dort Fortsetzung der volkswirtschaftlichen Studien, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stockholmer Konsumgenossenschaft, Korrespondent verschiedener westeuropäischer Zeitungen. Nach 1945 im Auftrag schwedischer Regierungsstellen Organisator von Hilfsaktionen für Österreich, Vorbereitung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und den skandinavischen Staaten. 1946 bis 1950

Diplomat an der Österreichischen Gesandtschaft in Stockholm. 1951 Rückkehr nach Österreich, Kabinettsvizedirektor in der Präsidentschaftskanzlei, 1951 Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten. Teilnahme an der Berliner Konferenz 1954 und an den Staatsvertragsverhandlungen 1955 in Moskau. 1959 Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten; als solcher nahm er an zahlreichen internationalen Konferenzen teil und vertrat Österreich, u. a. in der Frage Südtirols, vor den Vereinten Nationen; er führte die Verhandlungen über den Beitritt Österreichs zur EFTA und bereitete ein Arrangement Österreichs mit der EWG vor. Seit 1956 Abgeordneter zum Nationalrat, 1959 stellvertretender Vorsitzender der SPÖ, 1966 Landesparteiobmann der niederösterreichischen SPÖ, seit 1967 Vorsitzender der SPÖ. Seit 1970 Bundeskanzler.

Egon Matzner, geboren 1938, Studium der Handelswissenschaften, Promotion 1961. 1962 bis 1963 Angestellter im Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Direktionssekretär in der Bank für Arbeit und Wirtschaft AG, freier Mitarbeiter im Volkswirtschaftlichen Referat des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. 1964 bis 1965 Assistent am Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung, 1966 bis 1967 Fellow am Institute of International Economic Studies an der Universität Stockholm. 1968 bis 1969 Habilitation für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der Universität Linz, 1970 bis 1972 Direktor des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums. Seit 1972 ordentlicher Universitätsprofessor und Institutsvorstand am Institut für Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik an der Technischen Universität Wien. Publikationen: Mehr Planung in der Wirtschaft, Wien 1962; Modell Österreich, Wien 1967; Trade Between East and West: The Case of Austria, Stockholm 1970; Wirtschaft und Finanzen österreichischer Städte (Hrsg.), Wien 1972; Notizen zur Gesellschaftsreform, Wien 1976; Öffentliche Aufgaben und Finanzausgleich (Hrsg.), Wien 1977; Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftskrise, Reinbek 1978.

Helmut Mayr, geboren 1931, Studium an der Hochschule für Welthandel in Wien, Diplomkaufmann. Von 1952 bis 1954 Werkstudent im Gastronomiebereich, anschließend Reisebürotätigkeit in Italien. 1956 bis 1970 Leiter des Marketingbereiches der Firma Selfpack-Zupack, 1958 Erwerb eines Fremdenverkehrsbetriebes in Kärnten. Seit 1970 Gesellschafter verschiedener Fremdenverkehrsbetriebe im Kurbereich, u. a. Kuranstalt Althofen, Moorbad Harbach, Althofen Consulting. 1977 bis 1978 Berater der persischen Regierung beim Aufbau des persischen Kurwesens, 1979 Mitbegründer des ersten „Kärntner Bauernferiendorfes Seeleiten" am Faakersee. 1980 vom Bundeskanzleramt mit der Ausarbeitung eines FV-Waldviertelkonzeptes beauftragt. Publikationen: Gedanken über den österreichischen Fremdenverkehr, 1979; Fremdenverkehrsentwicklungsprogramm des Waldviertels, 1980.

Wolfgang Michalski, Dr., Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg, Leiter des Planungsstabs der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) in Paris. Von 1976 bis 1979 Stellvertretender Direktor des OECD-INTERFUTURES-Projekts. Früher Vorstandsmitglied des Instituts zur Erforschung technologischer Entwicklungslinien (ITE) und Leitender Wissenschaftlicher Direktor des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg. Publikationen: 8 Bücher und zahlreiche Beiträge in wissenschaftlichen Sammelwerken und Zeitschriften über Probleme des wirtschaftlichen Wachstums, des Strukturwandels und der internationalen Handels- und Rohstoffpolitik.

Walter Heinrich Neubauer, geboren 1927, Studium der Philosophie an den Universitäten Graz und Wien, Promotion 1949, Studium an der Montanuniversität Leoben. 1947 bis 1951 Assistent an der Montanuniversität Leoben. 1951 bis 1953 Betriebsgeologe Cassandra Mines, Griechenland, später Leiter der Lagerstättenabteilung. 1953 bis 1955 Leiter der Bergbau-Explorationsabteilung der Hellenic Comp. of Chemical Products & Fertilizers, Athen, Griechenland. 1955 bis 1958 Betriebsdirektor und General Manager El Sid Gold Mine der Egyptian Mining & Prospecting Comp., Ägypten. 1958 bis 1969 Montangeologe und Project-Manager, später Chefgeologe und stellvertretender Geschäftsführer Fried. Krupp Rohstoffe, Essen, BRD. 1969 bis 1971 Geschäftsführer der Mineral Investitions Ges. m. b. H., Düsseldorf, BRD, und Geschäftsführer der Mineral Investment Corp., Zürich, Schweiz. Seit 1971 Geschäftsführer der AUSTROMINERAL Ges. m. b. H., Wien. Begründer und Mitverantwortlicher der Rohstoffsicherungsaktivitäten des VÖEST-ALPINE Konzerns. Publikationen: Arbeiten über den Mineral- und Bergbausektor in Fachzeitschriften, Artikel zum Thema „Rohstoff-Sicherung" in Tages- und Wochenzeitschriften.

Hans Seidel, geboren 1922, Studium an der Hochschule für Welthandel in Wien, Diplomkaufmann. Seit 1946 im Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung tätig. 1957 Studienaufenthalt beim Internationalen Währungsfonds, 1962 Leiter-Stellvertreter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, 1973 Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung. Berufstitel: Professor, Honorarprofessor der Universität Wien. Publikationen: Arbeiten der empirischen Wirtschaftsforschung (Spezialthemen Konjunkturforschung, Regionalforschung, Industriepolitik, Finanzpolitik) in den Publikationen des Institutes, in Fachzeitschriften und Fachbüchern.

Gunther Tichy, geboren 1937, Studium der Rechtswissenschaften und der Nationalökonomie an der Universität Wien, 1960 Doktor juris. 1960 bis 1967 Referent für Währungs-, Geld- und Kapitalmarkt am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, 1966/67 Forschungsstipendium an der Columbia University, New York. 1968 bis 1974 Referent für Konjunkturanalyse und -prognose am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, 1972 bis 1974 Mitglied des Führungsteams dieses Institutes. 1974 bis 1978 Abteilungsdirektor für Volkswirtschaft, Marketing und Werbung der Girozentrale und Bank der Österreichischen Sparkassen Wien. 1976 Habilitation für Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik an der Universität Wien. Seit 1978 Professor an der Universität Graz. Publikationen: Indikatoren der österreichischen Konjunktur, 1950 bis 1970, Wien 1972; Konjunkturschwankungen – Theorie, Messung, Prognose – Berlin, Heidelberg, New York 1976; zahlreiche Artikel über Konjunktur-, Geld- und Außenhandelstheorie und -politik in verschiedenen in- und ausländischen Fachzeitschriften.

Sepp Wille, geboren 1926, 1947 bis 1949 Werkmeisterschule, 1954/55 Sozialakademie. Ab 1957 Leitender Redakteur der Gewerkschaft Metall–Bergbau–Energie, seit 1959 Kammerrat der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, ab 1965 Zentralsekretär der Gewerkschaft Metall–Bergbau–Energie. Seit 1971 Abgeordneter zum Nationalrat, Obmann des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung. Mitglied des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft und der Gesellschaft zur Förderung der Forschung. Mitglied der Staatlichen Wirtschaftskommission, des Akademischen Rates und der Reaktorsicherheitskommission. Seit Mai 1980 Vorsitzender-Stellvertreter der Gewerkschaft Metall–Bergbau–Energie.